



22. Heft / 5. November 1908

## JANKO SAKASOW · DAS UNABHÄNGIGE BULGARIEN

**I**N der alten Königsstadt Bulgariens, dem pittoresken Tirnowo, hat Fürst Ferdinand Bulgariens Unabhängigkeit proklamiert. Der Präsident der *Sobranje* hat dem Fürsten den Titel eines *Zaren* verliehen, der Fürst selbst das Vasallenfürstentum zum Königreich (*Zarstwo*) erhoben, und die Bulgaren sollen sich nun seit jenem Tage ihres Zaren und ihres Königreichs erfreuen und einer neuen Geschichtsepoche entgegensehen. Doch kein bulgarisches Herz konnte über diese Ereignisse Freude empfinden. Und die Masse fragte sich, ob sie einen Krieg herbeiführen würden. Diese Gefahr scheint ja nun fürs erste abgewandt: Die Türkei hat sich bereit gefunden die Unabhängigkeit Bulgariens anzuerkennen. Aber die Sache stand doch auf des Messers Schneide. Die politische Minderheit, die einsah, was für Verwickelungen die Tat von Tirnowo in den umliegenden Balkanländern heraufbeschwören musste, entdeckte sehr bald, dass dieser Schritt des Fürsten Ferdinand nur einen integrierenden Bestandteil einer neuen Orientpolitik der westeuropäischen halbkonstitutionellen Monarchien darstellte. Und so trübten die Besorgnisse um die ungewisse Zukunft die Freude und die Genugtuung des Volks über die legitime, nach vielen Kämpfen erlangte Unabhängigkeit. Ausserdem legte man sich die Frage vor, was uns denn in Wirklichkeit fehlte, als unser jetziges Königreich ein *Vasallenstaat* unter türkischer Suzeränität war; ferner ob die Proklamierung dieser Unabhängigkeit tatsächlich den nationalen Bestrebungen dienlich sei. Abgesehen von einer kleinen gesellschaftlichen Oberschicht, ist man in Bulgarien weit davon entfernt sich den Blick durch nationale Eitelkeit oder Chauvinismus trüben zu lassen, und man beurteilt die eigenen Taten mit der Ruhe eines objektiven Beobachters. Auch ich will versuchen in meinen Ausführungen im Sinn eines solchen Durchschnittsbulgaren zu obigen Fragen Stellung zu nehmen.

Das Fürstentum Bulgarien besorgte in den letzten Jahren seine inneren Angelegenheiten völlig selbständig. Freilich hat es diese Selbständigkeit erst nach langen Kämpfen errungen. Das im Jahre 1878 durch den Berliner Vertrag geschaffene Fürstentum durfte seine ersten Schritte nur nach dem Willen und den Bestimmungen Russlands gehen. Ein russischer Offizier war Bulgariens

Kriegsminister, der russische diplomatische Agent in Sofia der permanente Berater oder, richtiger, Vorgesetzte der bulgarischen Minister; die ersten Kabinette wurden nach der Entscheidung der Russen gebildet und gestürzt; die äussere Politik war russisch: Bulgarien war eben Russlands Vasall. Der Staatsstreich vom Jahre 1881, die Aufhebung der Verfassung, wurde vom Fürsten Alexander von Battenberg mit Genehmigung und Unterstützung der russischen Regierung inszeniert. Aber die Nation erwachte, das nationale Bewusstsein verlangte nach Selbständigkeit, und schon im Jahre 1883 wurde der Fürst gezwungen die Verfassung wiederherzustellen. Im Jahre 1884 hatten wir das erste liberal-radikale Ministerium Korawelows, und ein Jahr später schritt man zur Vereinigung der beiden gesonderten Teile Bulgariens, des Fürstentums mit Ostrumelien, dem jetzigen Südbulgarien. Dieser Staatsstreich wurde von Bulgaren vorbereitet und vollzogen und machte einen dicken Strich durch die Rechnung der russischen Agenten in Bulgarien. Die weiteren Vorgänge: die Abberufung der russischen Offiziere aus dem bulgarischen Heer, Bulgariens Verwicklung in einen Krieg mit Serbien und schliesslich einige Monate später der von russischen Handlangern herbeigeführte Sturz des Fürsten, sind bekannt. Der sieggekrönte Krieg mit Serbien und der darauf folgende Kampf gegen die russischen Umtriebe in den Jahren 1887 bis 1893 haben Bulgariens Unabhängigkeit besiegelt; seit dieser Zeit begann es eine selbständige innere und äussere Politik zu treiben. Von seinen Befreiern befreit, trat Bulgarien allmählich in diplomatische, wirtschaftliche und finanzielle Beziehungen zu den europäischen Mächten, es knüpfte Verträge aller Art mit ihnen und bewahrte ihnen allen gegenüber seine Bewegungsfreiheit. Bald begann es auch mit Nachdruck von seinem Suzerän, dem Sultan, für seine in Mazedonien wohnenden Stammesgenossen Erleichterungen in kirchlichen und Schulangelegenheiten zu fordern.

Aber in den Beziehungen zur Türkei lag die Wurzel aller seitherigen Reibereien verborgen. Das in wirtschaftlicher Hinsicht weit über der Türkei und besonders über Mazedonien stehende Fürstentum wurde ein Zufluchtsort für alle intelligenten und arbeitenden Kräfte, die unter den politischen und sozialen Verhältnissen in der Türkei keine Wirksamkeit fanden. Viele Tausende von Mazedoniern leben in Bulgarien; viele von ihnen sind höhere Offiziere und Beamte, ja, es gab sogar in drei Ministerien je einen Mazedonier. Es ist also natürlich, dass die zur Türkei gehörige Einwohnerschaft Mazedoniens von ihren in Bulgarien lebenden Stammesgenossen den Impuls zu ihren politischen Bestrebungen erhielt. Einerseits drängten die überflüssigen Beamten und Militärs im Fürstentum andererseits die Interessen der industriellen und handeltreibenden Schichten des Landes dazu die Türkei, wenigstens die stammverwandten Völker, einer freieren politischen und sozialen Entwicklung zu erschliessen. Aber das türkische Reich war einer Reformierung nicht zugänglich. Daraus ergaben sich in Bulgarien zwei Richtungen für die mazedonische Frage. Die eine wirkte für eine Einverleibung Mazedoniens, die andere wollte dessen Autonomie. Aber welche Tendenz auch die jeweilige Regierung Bulgariens hatte: Fürst Ferdinand betrieb mit Hilfe seiner Kriegsminister und Generale stets eine Politik des Unruhestiftens in Mazedonien. Diese gleichzeitig von Sofia, Belgrad, Athen und Konstantinopel betriebene Politik die Lage der unterdrückten Mazedonier zu eigennützigen Zwecken auszubeuten

hatte die beklagenswertesten Resultate: Die Bevölkerung zerfleischte sich gegenseitig, Revolten lösten einander ab, und das Bandenunwesen brachte neue Unruhen. Die dagegen notgedrungen eingeleitete europäische Aktion konnte nichts fruchten, da sie ja von den selben eigennützigen Motiven hergeleitet war, nur dass die grossen europäischen Staaten die Stelle der kleinen Balkanländer einnahmen. Aus diesem Wirbel gegenseitiger Interessenkämpfe brachte die türkische Revolution, die allen Politikern überraschend kam, einen Ausweg. Ich habe bereits in den *Sozialistischen Monatsheften* darauf hingewiesen, dass eine konstitutionelle Türkei die beste Lösung der Orientfrage sei.<sup>1)</sup> Aber man hatte nicht den guten Willen die unterdrückten Völker frei leben zu lassen, man hegte die Befürchtung, dass eine erstarkte konstitutionelle Türkei für die Eroberungspläne gewisser kleiner und grosser Potentaten ein unüberwindliches Hindernis sein würde. Und als erstes trat das offizielle Bulgarien auf den Plan.

Uns Bulgaren brachte die türkische Revolution etwas nie Dagewesenes. Die Völker verbrüdernten sich, die bulgarischen Mazedonier fühlten sich als künftige Bürger des grossen türkischen Reichs, und die Bulgaren im Fürstentum begrüsstten mit Freuden ein solches Zusammenarbeiten aller Elemente des Fortschritts und der Kultur. Zu seiner Unterstützung veranstaltete man grossartige Zusammenkünfte zwischen Bulgaren aus dem Fürstentum und der Türkei in Saloniki, Adrianopel und Sofia. In unserer ganzen Geschichte gab es eine derartige innige Verbrüderung zwischen Türken und Bulgaren noch nicht. Alle bulgarischen Parteien setzten ihre Hoffnungen auf eine gemeinsame nationale Politik, auf ein enges Zusammengehen mit der befreiten Türkei. Nur die bulgarische Regierung dachte anders. Die Regierungspartei ging wohl mit den anderen zusammen, aber das dem Fürsten ergebene Ministerium dachte und handelte anders. Die fürstliche Regierung begrüsstte das neue türkische Regime nicht, das alle Völker im Osmanenreich befreit aufatmen liess, und der bulgarische diplomatische Agent bewahrte den neuen Machthabern in Konstantinopel gegenüber eine befremdende und beleidigende Reserve. Geschows Benehmen schreibt man bei uns den Gegencoup seiner Nichteinladung zu dem den fremden Diplomaten gegebenen Diner zu. Es scheint, dass die fürstliche Regierung diese Affäre provozierte, um einen Streit mit der Türkei vom Zaune zu brechen. Sie berief ihren Agenten ab und weigerte sich ihn zurückzusenden, selbst nachdem von Konstantinopel die Versicherung gekommen war, dass solche Zwischenfälle nicht mehr vorkommen würden.

Gleich darauf kam die Besetzung der Orientbahn. Weil sich die bulgarischen Eisenbahner mit den streikenden Arbeitern und Angestellten der *Orientkompagnie* solidarisch erklärt hatten, liess die bulgarische Regierung die auf ihrem Gebiet liegende Strecke durch Militär besetzen, um den Verkehr wieder herzustellen. Als die türkische Regierung indessen gewahr wurde, was dort auf dem Spiel stand, nötigte sie die Gesellschaft den Streik zu beenden und die Bahnlinie zurückzunehmen. Jedoch Bulgarien verweigerte die Rückgabe der Strecke unter dem Vorwand, es habe erst noch einige Fragen hinsichtlich der Exploitation der Linie, der nationalen Verteidigung usw. mit der Kompagnie zu regeln. Nach einigen Tagen aber verkündete die Regierung, die nationalen Interessen Bulgariens verlangten die Bahn selbst in Pacht zu nehmen, und sie

<sup>1)</sup> Vergl. meinen Artikel *Die türkische Revolution* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1908. 2. Band, pag. 1037 ff.

werde zu diesem Zweck mit der *Orientkompagnie* in Verhandlungen treten. Die türkische Regierung, die vertragsmässige Eigentümerin der Strecke, protestierte dagegen, gab aber zu verstehen, dass sie bereit wäre mit der bulgarischen Regierung über die Abtretung ihrer Eigentumsrechte zu verhandeln. Jedoch umsonst. Die fürstliche Regierung wollte eben einen Konflikt heraufbeschwören. Obgleich die diplomatischen Agenten Deutschlands und Österreichs scharfen Protest gegen die Okkupation der Bahnlinie einlegten — deutsches wie österreichisches Kapital ist bei der *Orientkompagnie* beteiligt —, beilte sich die fürstliche Regierung nicht einmal die daraus resultierenden Gegensätze zu mildern. Man musste also vermuten, dass hinter dieser herausfordernden Haltung eine andere Absicht verborgen war. Und des Rätsels Lösung kam bald. Sie zeigte sich nach der Rückkehr des Fürsten Ferdinand von seiner Reise, auf der er vom österreichischen Kaiser sehr freundlich empfangen worden war, sie zeigte sich in der Proklamation des Königturns in Bulgarien und in der Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Österreich. Da sah man, dass die Haltung der fürstlichen Regierung gegen die Türkei nur ein Glied einer neuen Orientpolitik war.

Und nun berechnet der Durchschnittsbulgare ganz nüchtern, bei welcher Politik die grössten Vorteile zu erreichen sind. Die Keime einer bulgarisch-nationalen Politik, die Annäherung an die Türkei suchte, waren da, die Regierung hat jedoch ihre eigene befolgt, die die nationale durchkreuzt hat. Aber vielleicht lassen sich beide kombinieren, vielleicht kann ein unabhängiges Königreich Bulgarien einen festeren Zusammenschluss mit einem freien türkischen Reich bewirken. Überlegt man freilich, dass die Handlungsweise Bulgariens und Österreichs die ersten Schritte zu einer allmählichen Zerstückelung der Türkei bedeuten können, dann muss man mit seinem Urteil noch zurückhalten. Dass Bulgariens Schritte von einer noch unüberschbaren Politik dirigiert sind, deren Zentrum im Abendland liegt, darüber besteht bei uns kein Zweifel. Und dass diese Politik darauf abzielt die bisherigen Verhältnisse auf dem Balkan zu verschieben, das sieht man an der Erregung in Serbien, Montenegro und Griechenland, die Kompensationen fordern, an der Ruhe und Zustimmung Rumäniens, die doch nicht ohne Bedeutung ist. Man verkennt bei uns keineswegs das Bedenkliche der Regierungspolitik und sucht den möglichen Gefahren zu begegnen.

Die Proklamation des Königreichs fällt in eine Periode der politischen Entwicklung Bulgariens, wo der Monarchismus nicht viel zu gewinnen hat, desto mehr aber der Industrialismus und die an seinem Aufschwung interessierten Klassen. Die Politiker dieser aufstrebenden Klassen und die Demokratie Bulgariens haben Neigung die vom Volk befolgte Politik einer engen Annäherung an die Türkei gutzuheissen, zu unterstützen und weiterzubilden. Das momentane Hervorheben des monarchistischen Prinzips mit dem Heraufbeschwören der Vision des alten *Zaren-* und *Zarstwtotitels*, den tagelangen Festlichkeiten und der bevorstehenden Krönung des Königspaares kann eine verschwindende Periode der bulgarischen Geschichte nicht verlängern. Man setzt wenig Hoffnungen auf den proklamierten König. Die ungeheure Mehrheit der bulgarischen Bevölkerung, die die Zukunft des Landes in ihrer Arbeit sieht, hält an dem volkstümlichen Misstrauen gegen die sie jahrhundertlang bedrückenden und ausbeutenden Fürsten, Zaren wie Sultane, fest. Die Demokratie hat

in Bulgarien ein breites und best bearbeitetes Terrain. Sie birgt alle Zeichen einer friedlichen, völkerfreundlichen Entwicklung des modernen Bulgariens in sich. Und nicht die letzte Mitarbeiterin auf diesem Wege ist die bulgarische Sozialdemokratie.

XX

## KARL LEUTHNER · INTERNATIONALER LÄRM UM NICHTS



EDE politische Tat von internationaler Bedeutung greift aus begrenzten Motiven und beschränkten Mitteln in das allgemeine Weltgeschehen, das sich in einer Unendlichkeit von Triebkräften und Beziehungen, Wirkungen und Gegenwirkungen unübersehbar hinspinnt. Dadurch tritt in alle Staatskunst ein internationales Element ein, und die Diplomatie wird, wenn sie über die Schranken der alltäglichen Geschäfte handelnd hinausgreift, zur wagenden Spielerin. Der zündende Funke, der vom kühnen Entwurf zum krönenden Erfolg fliegt, sprüht aus einer Art von Intuition hervor, an der der Beurteiler wenigstens im gefühlserfüllten Schauen, im Nachfühlen und Einfühlen teil haben muss, um seiner Aufgabe gerecht zu werden. Denn die Politik und ihre Beurteilung möchten der Kunst und ihrer Kritik noch am ähnlichsten sein, sofern in beiden Fällen die qualitativ-intensive Fülle und die individuelle Form der Einzelgestaltungen es nicht gestattet sie in theoretischen Vorstellungen nachzuzeichnen. Allein wie gewissenhaft der Chronikschreiber des Tages den Beweggründen des Handelnden nachforschen mag, so trennt beide zumeist doch dieses: Der tätige Politiker, ob nun Staatsmann oder Parteiführer, hat es stets mit Menschen zu tun, darum nimmt ihm leicht alles menschliche, persönliche Züge an, verschwindet ihm allzu oft die Sache vor ihrem Sachwalter, und er fehlt dort am häufigsten, wo innere Bewegungen und Kräfteverschiebungen in Staaten und Parteien den Willen derer kreuzen, die sie repräsentieren. Hingegen liegen dem Publizisten in der Regel die Sachen näher als die Menschen, so dass er nur allzu oft übersieht, wie das, was er *treibende Kräfte* nennt, nur abstrakt erfasste Möglichkeiten sind, denen Gelegenheit und der Antrieb persönlicher Entschlüsse Wirkung und Wirklichkeit verleihen. Es ist demnach die Weisheit beider, wenn auch aus verschiedenen Gründen, sehr problematisch, solange der Erfolg seinen Spruch nicht gefällt hat.

Dessen wollen wir uns denn auch bewusst bleiben, wenn wir das internationale Ereignis des Augenblicks, die Annexion Bosniens und der Herzegowina, betrachten. Unser Handelnder ist Baron Achrenthal, und es steht fast zu fürchten, dass er sich als Held und Täter dem allgemeinen Bewusstsein ein wenig überlebensgross eingepägt hat. Denn in der Ruhe seiner fest eingefriedeten Grenzen hat es von Einverleibungen und gebrochenen Verträgen schon lange nichts vernommen und legt die Seltenheit der Tat zu. Trotzdem lässt sich von ihr einstweilen nichts mit Sicherheit sagen, als dass sie sehr effektiv inszeniert war. Aus dem Dunkel des Geheimnisses und vertraulicher Beratungen trat sie plötzlich hervor und überraschte das europäische Publikum umsomehr als dieses sich am wenigsten von dem in innerem Hader zerrissenen Österreich-Ungarn einer solchen Kraftleistung verschon hätte. Die eben nicht sehr respektierte Monarchie umgab sich mit neuem Glanz: Kein Wunder, dass

man nun auch den Helden des Tages zum wirklichen Helden zu steigern begann. Die Kühnheit und zwingende Einfachheit in der Grundkonzeption seines Plans war unverkennbar. Aehrenthal ging von dem englisch-deutschen Gegensatz aus. Beide Staaten ringen um den bestimmenden Einfluss in Konstantinopel, beide mussten die Annexion deshalb unangenehm empfinden, und sie schieden damit aus den vorbereitenden Verhandlungen aus: England als der unversöhnliche Hauptgegner der Aktion, Deutschland, weil es trotz des innern Widerstrebens als Gegner dieses Gegners die österreichische Balkanpolitik zuletzt doch unterstützen musste. Frankreich kommt für die österreichische Politik unmittelbar wenig in betracht, es ist kein Grenznachbar und hat nur das Interesse die Monarchie nicht allzu eng und völlig unauflöslich an Deutschland zu binden. Dafür lag aber alles an der vorherigen Zustimmung Russlands und besonders Italiens, durch das der Widerspruch der Westmächte am fühlbarsten hätte wirksam werden können. Mit diesen wurde dann auch ein Abkommen erzielt, während das gemeinsame Vorgehen mit Bulgarien die Gefahr einer Balkancoalition fernhielt. Die Karten waren gut gemischt, und fast schien es zu viel der Vorsicht: denn durfte man nicht voraussetzen, dass Europa die Formalität der Verwandlung faktischen Besitzes in rechtlichen am Ende als Formalität nach einigen pflichtschuldigen Protesten hinnehmen würde? Der Anfang entsprach diesen Erwägungen. Die abweichende Haltung Russlands raubte zunächst dem Widerspruch Englands die praktische Bedeutung. Und dieses Verhältnis änderte sich nicht, als sich der erste Rechenfehler Aehrenthals herausstellte, als es sich zeigte, dass Iswolskij mehr versprochen hatte als er halten konnte, und der Sturm der panslawistischen Presse ihn um seinen Posten bangen machte. Denn da er nun heftig nach Konzessionen begehrte, so stand England vor der schmerzlichen Wahl entweder das Revaler Übereinkommen völlig zum Spott werden zu lassen oder seinen türkischen Schützling preiszugeben. Das Konferenzprogramm, sein Widerhall schmerzlicher Enttäuschung in Konstantinopel und die Anknüpfung direkter Verhandlungen mit der Pforte schienen Aehrenthals Sieg zu besiegeln.

Allein jetzt zeigte sich, das er in seiner Rechnung noch andere Faktoren entweder übersehen oder falsch eingesetzt hatte. Das gemeinsame Vorgehen Österreich-Ungarns und Bulgariens lähmte freilich von vornherein jeden Widerstand, der sich etwa aus dem Balkan hätte regen können, aber es machte auch der Türkei unmöglich an der Annexion als an einer Formalität vorbeizugehen. Bedroht in seiner Volkstümlichkeit und Autorität sah sich vielmehr das jungtürkische Regime gezwungen eine antiösterreichische Bewegung zu entfesseln, es wurde bald, als die Reaktion immer kecker ihr Haupt erhob, völlig in die Arme Englands getrieben, das in der entscheidenden Stunde mit der Geldhilfe und seiner Flotte nahe war. Die Türkei ist durchaus zum Werkzeug der britischen Politik geworden, mehr als jemals in den Zeiten der tiefsten Schwäche des Absolutismus, sie hat sich der Konferenzidee unterworfen, deren Gefährlichkeit ihr eben bewusst geworden war, und wird auch bei direkten Verhandlungen nur wiederholen, was ihr der englische Vertreter vorsagt. Seltsam verschlingt sich mit der türkischen die serbische Politik. Im Namen des Rechts der Nation erhebt Serbien auf den Besitz Bosniens Anspruch und wird eben dadurch zum Verbündeten der Pforte, die über die Verletzung ihres Souveränitätsrechts in diesem Lande klagt. Das mag grotesk klingen, und das Belgrader

Kriegsgeschrei Spott erregen. Die Posse wandelt sich doch sofort in bitteren Ernst, sobald Russland die Kriegsschreier empfängt und gar unter seinen Schutz nimmt. Die Tat Aehrenthals konnte segensreich werden, wenn sie dazu führte, dass der Interessengegensatz auf dem Balkan das Revaler Bündnis lockerte; sie wird verderblich in dem Augenblick, wo die Schwäche der Jungtürken es der britischen Politik ermöglicht das Heterogenste zu verbinden, am Bosphorus gebietend aufzutreten und zugleich den Bestrebungen des Panslawismus zu schmeicheln. Auch Österreich-Ungarn, das bei seinen geringfügigen Seeinteressen von der Beherrscherin der Meere nichts zu besorgen hat und kaltblütig deren Zorn herausfordern dürfte, findet heute die Wahrheit der alten Regel bewährt, dass England, an sich ohne Macht in das politische Getriebe des Kontinents einzugreifen, zum gefährlichsten Störer seines Friedens wird, wenn es in kontinentalen Staaten Helfer und Werkzeuge findet; denn losgelöst von den Geschicken Europas kann es fröhlich den Brand schüren, der das eigene Haus verschont. Ist in Rom schon das letzte Wort gesprochen? Darin liegt jetzt das Hauptmoment, ob es der britischen Politik gelingt seine russischen und seine türkischen Beziehungen im Einklang zu erhalten; denn dies würde die ungeheuerste Erhöhung der englischen Machtstellung bedeuten und damit auch der Gefahr für die Ruhe Europas.

Doch wenn hiervon allein das Urteil über die Annexion abhängen soll, ist ihr nicht auch ein innerpolitischer Wert beizumessen? Das lässt sich so einfach nicht beantworten. Der unmittelbare Anstoss zur sogenannten *Einverleibung* scheint gewesen zu sein, dass man fürchtete, vor dem Konstantinopeler Parlament könnte eine bosnische Deputation klagend und anklagend erscheinen. Der Wiener Hof ist aber für nichts so empfindlich wie für die Möglichkeit von Blamagen. Nun möchten wir Aehrenthal nicht zumuten, dass er nur diesen einen ärmlichen Gedanken hatte, als er eine Aktion einleitete, die den ganzen Orient in Wallung gebracht hat. Vielleicht wünschte er als Person wie als Staatsmann bei günstiger Gelegenheit der Welt vorzudemonstrieren, dass Österreich-Ungarn die Handlungsfähigkeit und zugleich die Geschlossenheit der feindlich getrennten Teile noch besitze, die ihm nach aussen als Grossmacht zu wirken gestattet: die sonst ganz unbegreifliche und überflüssige Heimlichkeit, Schroffheit und Plötzlichkeit, mit der die so gänzlich unbedeutende Affäre durchgeführt wurde, und die ihr eigentlich erst den Schein einer grossen Staatsaktion gaben, gewinnen nur aus den Motiven einer reinen Prestigepolitik eine zureichende Erklärung. In dieser Hinsicht knüpfte sich an die Unternehmung der volle Erfolg. Europa rechnet heute mit Österreich-Ungarn wieder als mit einem Faktor der grossen Politik, und die beiden Staaten, ihre Nationen und Parteien, scharfen sich mit erstaunlicher Einigkeit um den Thron. Als Probe war das bedeutsam und verkündete Europa, dass Österreich-Ungarn ungeachtet der wechselseitigen Eifersucht der beiden Staaten und des Hasses der Nationen einstweilen und für geraume Zeit bei Aktionen nach aussen noch ein brauchbares Werkzeug in der Hand des habsburg-lothringischen Herrschers darstellt. Den realen Untergrund dieser Einmütigkeit bildet der selbstverständliche Gehorsam, mit dem die Wehrmacht einem Kriegsruf des Monarchen folgen würde, ihren äusserlich glänzenden Ausdruck erhält sie in den patriotischen Allüren der Wiener Presse, die das Ausland allein kennt und liest, während es die slawische Presse aus sprachlichen Gründen nicht zu lesen vermag

und die deutschen Provinzblätter nicht beachtet. Ja man darf noch mehr sagen: Wenn es Franz Josef über sich bringt der ungarischen Koalitionsregierung das Wahlrecht preiszugeben, wird sich das patriotische Schauspiel, das besonders die ungarische Delegation mit vollendeter Regiekunst aufgeführt hat, noch um einen für den obersten Kriegsherrn sehr erfreulichen Akt erweitern: der lang geplanten gewaltigen Vermehrung des Heeres steht dann nichts Ernstliches mehr im Wege. Was hindert aber Österreich-Ungarn mit seinen 50 Millionen Einwohnern eine Militärmacht mindestens von dem Range Frankreichs zu werden? Dann ist eine für ganz Europa bedeutungsvolle Wendung eingetreten. Der *alte Kaiserstaat* gewinnt seine führende Rolle zurück, erhält die Möglichkeit einer nach allen Seiten aktiven Politik, die er nicht mehr hinter sondern neben seinem deutschen Bundesgenossen und, wer weiss, vielleicht sogar in gehöriger Entfernung betreiben wird.

In diesem Zusammenhang, mit diesen — möglichen, nicht notwendigen — Entwicklungen und Folgen könnte die bosnische Affäre die künftigen Geschehnisse Österreich-Ungarns entscheidend bestimmen: doch dies ist es nicht, was das — über österreichisch-ungarische Verhältnisse erstaunlich schlecht unterrichtete — Ausland meint, wenn es von der Annexion Bosniens als von einem Gebietszuwachs, ja von einer Vermehrung der Macht und der kulturellen Möglichkeiten redet. Darauf aber gibt es nur eine Erwiderung: Es ist überhaupt nichts annektiert worden, man hat bloss einen Namen geändert. Oder kann man wohl ein Land annektieren, das man seit 30 Jahren mit allen militärischen, administrativen und legislativen Befugnissen der uneingeschränkten Souveränität innehat? Den Rechten, die der Kaiser-König in Bosnien und der Herzegowina bisher ausgeübt hatte, ist durch die Tat Aehrenthals auch nicht ein Spänchen hinzugefügt worden. Ja, nicht einmal von einer staatsrechtlichen Formänderung kann im Ernst gesprochen werden: Unter *annektieren* versteht man sonst einverleiben, einfügen in das bestehende Staatsganze. Gerade das ist aber in unserm Fall nicht geschehen und unter den gegebenen Verhältnissen auch gar nicht möglich. Einzuverleiben vermag nur ein Staat. Wir haben es jedoch mit *zwei* Staaten zu tun: mit Österreich und Ungarn. Soll der Haager Kongress entscheiden, welchem von beiden Bosnien zufällt? Innerhalb Österreich-Ungarns existiert jedenfalls keine für solche Entscheidungen kompetente Körperschaft. Oder soll man das Gebiet teilen und jedem sein Stück geben? Das verbieten nationale, politische und wiederum staatsrechtliche Schwierigkeiten von fast unüberwindlicher Kraft. Ein Reichsland lässt sich aber aus dem *annektierten* Territorium ebenfalls nicht machen, denn wo kein Reich ist, kann auch kein Reichsland sein. Also? Also bleibt alles beim alten, bleibt das Verhältnis, in dem die okkupierten Länder zu den okkupierenden Staaten bisher standen, unverändert aufrecht, nur dass man jetzt *Annexion* statt *Okkupation* sagt. Gleichwohl ist eine Änderung eingetreten: Die unmöglichen und undefinierbaren staatsrechtlichen Beziehungen Bosniens und der Herzegowina zu den beiden Donaustaaten sind jetzt zur vollen Schärfe herausgestellt. Man überlege doch: Bosniens und der Herzegowinas höchste Beamte wird die gemeinsame Regierung ernennen, die beiden Delegationen und die beiden Parlamente haben ein Recht der Gesetzgebung und der Kontrolle über jene Länder. Aber das ist nicht etwa mit der Lage der Reichsländer im Reich vergleichbar, denn die Elsasser sitzen im Reichstag, der über sie an letzter Stelle



mit entscheidet, die Bosnier und Herzegowinaer beschicken jedoch weder das Wiener noch das Budapester Parlament. Daneben sollen sie wieder autonom sein und selbst Kontrolle ausüben. Die Kreuzung und Reibung dieser Abhängigkeiten ist gar nicht auszudenken. Jedenfalls wird ein staatsrechtlicher Typus wiedererweckt, der längst modern in dem Aschengrabe der Vergangenheit liegt: der Typus des Untertanstaates niederländischer und schweizerischer Reminiszenz. Wagt man zu behaupten, diese barock hingefällige Staatsform werde sich standhaft zeigen in den Stürmen moderner parlamentarischer und ausserparlamentarischer Demagogie?

Indes, wenn man sagt, zum Annektieren fehle der Staat als Subjekt der Annexion, so ist dies nur die halbe Wahrheit: es mangelt auch an dem Volk als Träger des Annexionswillens. *Die Österreicher haben annektiert*: diese Redensart eignet sich selbst als abgekürzte Form nur für Gespräche am Biertisch. Die Österreicher haben nämlich gar nichts annektiert, weil es keine Österreicher als Einheit des Denkens und Empfindens gibt, es sei denn bei vereinzelten zusammenfassenden Aktionen nach aussen hin. Allein hier ist eine in den letzten Konsequenzen innerpolitische Frage zu lösen. Da brechen natürlich sofort die staatsrechtlichen Eifersüchteleien zwischen Österreich und Ungarn los. Ungarn hat erzwungen, dass in der Annexionskundgebung der angeblichen historischen Rechte der Stefanskronen auf Bosnien und die Herzegowina Erwähnung getan wurde, worüber wieder Österreich beleidigt war. Mutete man freilich den Magyaren ernstlich zu durch Einverleibung von 1 600 000 Slawen ihre Nationalitätennot zu verschlimmern, so würden sie sich wohl höflich bedanken. Und die Völker Österreichs? Die deutschböhmisches Blätter stellen bedenkliche Betrachtungen über die Verstärkung des slawischen Elements an. Der Führer der Tschechen verteidigt sich knapp nach der Loyalitätskundgebung in Budapest in der Petersburger *Nowoje Wremja*, dass er das »natürliche Anrecht Serbiens« auf das bosnische Gebiet nie verleugnet habe. Für dieses *natürliche Anrecht* Serbiens demonstriert der Nationalradikale Klofatsch durch seine Belgrader Reise, kämpft durchaus mit den Argumenten der Serben das grösste tschechische Organ, die *Narodny Listy*. So verlangt es die panslawistische Idee. In ihrem Namen sind die Slawen Österreichs für das zustimmende Votum in den Delegationen in Belgrad und Petersburg des Verrats geziehen worden. Die Tschechen haben den Vorwurf mit viel Aufregung, die galizischen Polen kaltlächelnd vernommen; sie sind noch keine Panslawisten und haben Franz Josef mit Bewusstsein eine patriotische Gefälligkeit erwiesen, an sich kümmern sie sich jedoch nicht allzuviel um die Vorgänge auf dem Balkan. So ist ein wirklicher Annexionswillen nur in den Kroaten lebendig geworden; dieser aber setzt in seiner Erfüllung die Schaffung des selbständigen kroatischen Königreichs, eines *dritten Österreichs*, also den Trialismus voraus, also die Zerschlagung der jetzigen dualistischen Form. Und was für den Augenblick wichtiger ist, weil es verwirrend nach Bosnien selbst herüberwirkt: Die grosskroatische Idee der Angliederung Bosniens an ein selbständiges Königreich Kroatien bietet zugleich Motiv und Anlass zu den erbittertsten inneren Kämpfen der bosnischen Parteien.

Das Haus Habsburg könnte fast zufrieden sein, dass die bosnische Bevölkerung konfessionell in 3 Gruppen, die serbisch-orthodoxe, die muhamedanisch-serbische und die kroatisch-katholische, zerfällt. Wären die orthodoxen Serben

statt der stärkste Teil das gleichartig umfassende Ganze, dann stünde Wien einem irredentistischen Land und Landtag gegenüber. So mag es hoffen eine Religionspartei gegen die andere auszuspielen. Allein auch damit hat es die allergrössten Schwierigkeiten. Sich auf die Orthodoxen zu stützen wird kaum möglich sein; nicht nur die Belgrader auch die ungarisch-serbischen Einflüsse weisen sie in eine antiösterreichische Richtung. Das muhamedanisch-kroatische Kartell würde verlangen, dass die Verwaltung auf ihre wichtigste Aufgabe, die Agrarreform, verzichtet, weil diese die führende muhamedanische Schicht in ihren gutsrechtlichen Privilegien bedroht. Indes, einem solchen Kartell geht jetzt sogar die politische Basis ab, da das Ungestüm der katholischen Propaganda Muhamedaner und Orthodoxe derart erschreckt hat, dass sie ihres wirtschaftlichen Gegensatzes vergessen und sich zu einer Koalition zusammengetan haben, die in dem Augenblick der Annäherung Serbiens an die Türkei doppelt gefährlich ist. Kluge Erwägung würde demnach die Zurückdämmung der klerikalischen Agitation fordern. Allein, wie lange hält Klugheit gegen die stärksten und ältesten Tendenzen stand, die eine Staatspolitik bewegen, gegen die katholischen Neigungen des Wiener Hofes und gegen den Umstand, dass die Kroaten schliesslich die einzigen Slawen sind, die es wirklich mit Österreich halten? Ohnedies hat die Not des gemeinsam gefühlten magyrischen Druckes Kroaten und Serben in Kroatien bereits zusammengeführt: soll man die separatistische Grundstimmung etwa auf die Kroaten hinübergreifen lassen? Auch dem Weisesten würde es schwer fallen sich einen Weg durch das Dickicht dieser religiös-nationalen Wirrnisse durchzuschlagen. Denn selbst dies grosskroatische Reich ist mehr eine Utopie als eine politische Möglichkeit. Es setzt eine ausserordentliche Schwächung des Staatswillens der Ungarn voraus, die ja Kroaten abtreten müssten, und würde den Gegensatz zu Serbien auf die Spitze treiben. Die einzige denkbare staatsrechtliche Lösung des bosnischen Problems hat also die Perspektive eines europäischen Kriegs.

Betrachtet man diese Vielverflochtenheit der Dinge und Möglichkeiten, dann wird man auch die Haltung der österreichischen Sozialdemokratie zu der bosnischen Frage verstehen lernen: Die österreichischen Sozialdemokraten hatten gar nicht darüber zu entscheiden, wie man sich dies im Auslande einbildet, ob sie für oder gegen die Annexion, ob sie die Wahrung des Rechts oder die Mehrung des Staats nach Umfang und Kulturkreis vorzuziehen hat. Annektiert war das Land längst, eine Souveränität des Sultans — die Kaiser Franz Josef weder rechtlich noch tatsächlich gehindert hätte nötigenfalls in Bosnien ausgehobene Soldaten gegen den angeblichen Souverän marschieren zu lassen — als noch geltendes Recht anzuerkennen sind sie nicht juristische Fexen genug. Für sie handelte es sich nur darum, ob die blosser inhaltlose Namensänderung den Lärm und die Verwickelungen wert war, die sie erregen musste. Die Sozialdemokratie antwortete mit *Nein* und hatte dabei den offiziösen Begründungen folgendes entgegenzusetzen: Gegen die grossserbische Bewegung bot die Annexion keinen Schutz, weil jene doch aus dem angeblichen Rechtstitel des Sultans keine Nahrung zog. Die Möglichkeit, dass eine jungtürkische Agitation den Glauben der muhamedanischen Bevölkerung an die bloss provisorische Herrschaft Österreich-Ungarns hätte benutzen können, brauchte ernstlich nicht erwogen zu werden; denn einmal wussten die Muhamedaner wohl, dass die Okkupation endgültig war, dann vermag eine als Rechtsbruch emp-

tundene Annexion bei den Muhamedanern die Stimmung nicht zu verbessern, und endlich hätten die Jungtürken mit solchen Plänen ohnehin an die Gewalt der Waffen appellieren müssen. Vollends grundlos ist die auch im Hand-schreiben an die Souveräne wiederholte Behauptung, Kaiser Franz Josef habe doch türkischen Untertanen nicht die Verfassung verleihen können. Wenn die selben *türkischen Untertanen* schon vor zehn Jahren in Graz österreichische Staatsbürger niederknallen durften und jedem sichtbar die Wache vor der Hofburg beziehen, wenn sie militärisch und polizeilich verwendet werden wie andere Teile der gemeinsamen Armee, wenn diese äusserste Ausübung des Souveränitätsrechts möglich war: weshalb nicht die Berufung eines Parlaments? Der Landtag aber im okkupierten Gebiet wäre das grosse Geschenk, wäre die herzaufschliessende Konzession gewesen und zugleich eine ausreichende Erklärung des fortdauernden Besitzwillens. Heute haben Landtag und Autonomie alle moralische Wirkung verloren. Statt ein neues Recht zu schaffen löschte die Annexion der Besitztitel, der aus der Okkupation erwachsen und allgemein anerkannt war, und gründete, wenn auch nur zum Schein, eine neue Besitzform auf die Zerreiung eines internationalen Vertrages. Wozu der englischen Moral, die ausserhalb der von Grossbritannien okkupierten und annektierten Länder ihr historisch gegebenes Betätigungsfeld hat, wozu dem Panslawismus Gelegenheit zu all den Turnübungen der Entrüstung geben?

Aus diesen Gründen und mit dieser Voraussicht des Kommenden — das freilich noch übler eingetroffen ist — bekämpfte die Sozialdemokratie die Annexion, bevor sie geschehen war. Nach vollzogener Tatsache musste nicht der Standpunkt, aber die Tonart gewechselt werden. War früher die bestimmende Absicht vor der Gefahr internationaler Trübungen und Reibungen zu warnen, so nötigt jetzt die selbe Tendenz das Geschehene mit einer grundsätzlichen Verwahrung hinzunehmen. Wenn es in jedem Fall in einer Zeit der Spannungen und Kriegsdrohungen bedenklich wäre Demonstrationen zu unternehmen, die im Ausland falsche Hoffnungen und damit die Kriegslust fördern könnten, so wäre es diesmal ein Verbrechen gewesen. Denn die Serben mit ihrer illusionären grossserbischen Idee, die Jungtürken mit ihrer aus Verlegenheit und Naivetät geborenen Boykottagitation sind von der Artung aus dem Unbeträchtlichsten, aus jedem Tribünenwort und jedem gedruckten Papier Ermunterung, ungemessene Erwartungen zu schöpfen. Die sozialdemokratische Presse überliess dieses Arbeitsfeld willig den *Times*, der *Nowoje Wremja* und ihren sehenden und blinden Gefolge.

XX

## RICHARD CALWER · DIE REGELUNG DES BEAMTENEINKOMMENS IN PREUSSEN UND DIE NEUEN STEUERN



WENN im Laufe der letzten Jahre der Ruf nach einer allgemeinen Erhöhung der Beamtengehälter immer lauter und dringender geworden ist, so hatte dies seinen letzten Grund in der starken Verminderung der Kaufkraft des Geldes, die sich seit einer Reihe von Jahren vollzogen hat. Der Beamte, dessen Einkommen auf einen bestimmten Geldbetrag lautet, steht als Konsument wechselnden Warenpreisen

gegenüber, die seine Lebenshaltung ganz wesentlich beeinflussen. Sinken die Warenpreise, so haben davon die Beamten zweifellos Vorteil, während sie steigenden Preisen gegenüber ihre Ansprüche ans Leben zurückschrauben müssen. Wenn der Beamte bei dieser Sachlage auf dem reinen Konsumentenstandpunkt steht, so ist das durchaus natürlich. Er vermag sich gegen die Preissteigerungen nicht zu wehren sondern muss sich mit ihnen abfinden, bis der Staat sich herbeilässt das Missverhältnis zwischen dem fixierten Einkommen und den erhöhten Lebenskosten auszugleichen.

Es hat lange gedauert, bis man das Fazit der starken Preishausse während der letzten Jahre für die Beamten gezogen hat, und es lässt sich nicht leugnen, dass die Beamten auf eine harte Probe gestellt worden sind. Von 1897 bis 1907 dürften sich die Kosten der Lebenshaltung um annähernd 20, von 1900 bis 1907 um zirka 10 % erhöht haben. Der Beamte, der auf sein festes Gehalt angewiesen ist, hat bei dieser Preisbewegung eine ganz erhebliche Verschlechterung seiner wirtschaftlichen Lage erfahren. Ein Einkommen von 1000 Mark im Jahre 1897 bedeutete im Jahre 1907 nur noch 800 Mark, ein solches von 2000 nur 1600, ein solches von 3000 nur 2400 Mark usw. Diese Entwertung des Einkommens musste um so schmerzlicher von den betroffenen Kreisen empfunden werden als sie auf der andren Seite Zuschauer eines rapiden wirtschaftlichen Aufschwunges waren, der fast allen Schichten der Bevölkerung mehr oder weniger zu gute kam. Der Abstand zwischen den Beamten und solchen Bevölkerungskreisen, die früher mit den Beamten auf ähnlicher Einkommensstufe standen, wurde von Jahr zu Jahr grösser. Besonders schlimm waren und sind die Verhältnisse der Beamten in den Zentren des Handels, in den Grossstädten und vor allem in der Reichshauptstadt, wo der Wohlstand der am Waren- und Geldhandel beteiligten Selbständigen in einem fast ungesunden Grade zunahm. Der Beamte musste sich in jeder Weise zurückgesetzt fühlen, wenn er nicht durch eigenes Vermögen den Rückgang des Wertes seines Einkommens ausgleichen, durch seine privaten Mittel sich auf dem sozialen Niveau halten konnte, auf dem er bisher gestanden hatte. So ging es den höheren und mittleren Beamten; bei den unteren Beamten aber war es eher noch schlimmer, da die Preishausse für sie eine direkte Verschlechterung auch der allerbescheidensten Lebenshaltung bedeutete. Wenn auch das Lohn Einkommen des gewerblichen Arbeiters nur langsam und unter stetigen Kämpfen aufwärts ging, so holte es doch schliesslich nicht nur den Grad der Entwertung des Nominallohns ein sondern stieg im Durchschnitt sogar nicht unerheblich über das Niveau der Warenpreise. Der gewerbliche Arbeiter kam vorwärts, der untere Beamte konnte nicht einmal den früheren Zuschnitt seiner Lebensführung aufrecht erhalten. Es war daher hohe Zeit die Einkommen der Beamten den veränderten Verhältnissen entsprechend von neuem zu fixieren.

Man kann dabei zweierlei Ziele verfolgen: Entweder begnügt man sich damit die Einkommen so weit zu erhöhen, dass durch die Erhöhung die Steigerung der Warenpreise ausgeglichen wird, oder aber man will darüber hinaus die wirtschaftliche Lage der Beamten entsprechend den gestiegenen Anforderungen der verschiedenen Bevölkerungsschichten an das Leben grundsätzlich heben. Im ersteren Falle bedeutet die sogenannte *Einkommenserhöhung* keine wirtschaftliche Besserstellung sondern eine einfache Wiedereinsetzung in den früheren Stand. Prüft man den Gesetzentwurf betreffend die Bereitstellung von Mit-

teln zu Diensteinkommensverbesserungen, wie er dem preussischen Abgeordneten- hause zugegangen ist, so hat man im allgemeinen den Eindruck, dass die preussische Regierung sich damit begnügt hat das erste Ziel zu erreichen, das heisst den Beamten ihr Einkommen insoweit zu erhöhen als es durch die Preis- steigerung der letzten Jahre entwertet worden ist. Ja, eine Prüfung der ein- zelnen Gehaltssätze nach der neuen Ordnung ergibt, dass selbst bei den unteren und bei den mittleren Beamten nicht einmal die Erhöhung den Grad erreicht, der durch die Steigerung der Lebenskosten innerhalb der letzten zehn Jahre bedingt ist. Das ist aber doch das Allermindeste, was durch die Einkommens- erhöhung geboten werden muss. Denn darüber täusche man sich nicht, dass ein starkes Sinken des Warenpreisniveaus ausgeschlossen ist. Man kann also nicht einwenden, dass in Zeiten niedergehender Preise die Beamten gegen heute wieder günstiger gestellt sein würden. Die jetzige Periode des Preisrückgangs dürfte nur so lange anhalten, bis wieder eine kräftige Belebung des wirtschaftlichen Ge- triebes einsetzt. Bis zu diesem Zeitpunkt wird es nach Überwindung eines harten Winters hoffentlich nicht allzu lange mehr dauern. Dann steigen die Preise von neuem wieder, und die Beamten werden, selbst wenn man sie durch die jetzige Besoldungsvorlage in den Stand von 1897 wieder einsetzt, sehr bald wie- der ins Hintertreffen geraten. Es gibt also keinen Grund, der es rechtfertigt die Aufbesserung des Nominaleinkommens der Beamten grundsätzlich unter dem Satz zu halten, den die Geldentwertung seit etwa 1897 ausdrückt.

Es genügt aber nicht das Nominaleinkommen nur so zu steigern, das es die gleiche Kaufkraft besitzt wie 1897, sondern es muss auch die wirtschaftliche Hebung des deutschen Volkes in Rechnung gezogen werden. Die grossgewerb- liche Arbeiterschaft hat in den letzten zehn Jahren ihre Lage nicht unwesentlich verbessert. Das Lohnniveau hat sich durchschnittlich so gehoben, dass man für die letzten zehn Jahre eine Besserung von zirka 10 % annehmen kann. Von dieser Basis ausgehend kommt man zu der Forderung, dass namentlich die Ein- kommen der unteren Beamten um 25 bis 30 % aufgebessert werden müssen, wenn die Unterbeamten einigermassen den grossgewerblichen Arbeitern gleich- gestellt werden sollen. Aber es wäre kurzsichtig nur den unteren Beamten diese wirkliche Einkommensverbesserung zukommen lassen zu wollen. Wir sind vielmehr der Ansicht, dass die gesamte Beamtenschaft auf eine durch die all- gemein gestiegenen Lebensansprüche bedingte Erhöhung ihres Einkommens voll- berechtigten Anspruch hat. Im einzelnen wird man darüber streiten können, welche Gehaltssätze für die und jene Beamtensategorien die richtigen sind, generell aber muss man sich erst darüber klar sein, dass bei der Bemessung des Gesamteinkommens des Beamtenheers auf die Erfolge des wirtschaftlichen Auf- schwunges gebührende Rücksicht zu nehmen ist.

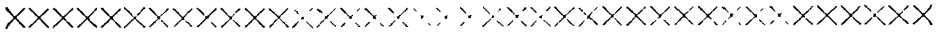
Es ist nicht zu leugnen, dass die wirkliche Aufbesserung des Einkommens der Beamten an die Finanzen Preussens überaus hohe Ansprüche stellt. Wenn schon die vorgeschlagenen Erhöhungen, die noch nicht einmal die Entwertung des Einkommens seit 1897 wieder völlig ausgleichen, eine dauernde Belastung des preussischen Etats um 126 Millionen Mark jährlich notwendig machen, so würde natürlich bei der jetzigen Art der Durchführung der Einkommenserhöhung noch ein beträchtlich höherer Betrag notwendig sein, um eine tatsächliche Ein- kommensverbesserung der Beamten herbeizuführen. Ob man freilich bei einer strafferen Organisation der staatlichen Tätigkeit, durch eine Vereinfachung und

kaufmännischere Gestaltung der Verwaltungspraxis nicht auf der anderen Seite wieder sehr erhebliche Summen ersparen könnte: diese Frage wäre sicherlich nicht ohne weiteres zu verneinen.

Nach diesen allgemeinen Bemerkungen zu dem Gesetzentwurf betreffend die Bereitstellung von Mitteln zu Dienstleistungsverbesserungen seien noch einige Glossen zu den einzelnen Teilen des Entwurfs nachgetragen, bevor wir uns mit der Deckungsfrage für die angeforderten Millionen beschäftigen. Die Sozialdemokratie wird sich vor allem der Interessen der Unterbeamten und der Volksschullehrer anzunehmen haben, ohne indes die berechtigten Forderungen der übrigen Beamten vernachlässigen zu dürfen. Was für den unteren Beamten zu erwirken ist, wurde schon gesagt. Nicht minder wichtig ist aber die Einkommensregelung der Volksschullehrer. Das Grundgehalt für Volksschullehrer ist auf 1350 Mark normiert worden. Die Motive zum Gesetzentwurf meinen, dass diese Summe ausreicht, um den Beteiligten die Führung eines angemessenen Lebensunterhaltes zu ermöglichen. Wenn Zollaufseher, Schutzleute und Gendarmen ein Anfangsgehalt von 1400 Mark erhalten, wenn die Kanzlisten der Lokalbehörden mit 1650 Mark beginnen, wenn die Packmeister, Stellwerksweichensteller und die Maschinenwärter für ihre Tätigkeit ein Anfangsgehalt von 1400 Mark beziehen, dann ist es gewiss nicht zu viel verlangt, wenn man für diejenigen Kräfte, denen die Erziehung des heranwachsenden Geschlechts anvertraut ist, ein Grundgehalt fordert, das die Wertschätzung des pädagogischen Berufs etwas deutlicher zum Ausdruck bringt. Dass eine Familie mit diesem Grundgehalt nicht angemessen leben kann, braucht nicht erst betont zu werden. Aber auch für den einzeln stehenden Lehrer bedeuten 112,50 Mark Gehalt pro Monat ein so niedriges Einkommen, dass es noch nicht einmal pro Tag gerechnet den ortsüblichen Tagelohn in grossen Städten erreicht, den Lohnsatz, den man für ungelernete Arbeit bezahlt. Wenn in die Besoldungsvorlage auch die Regelung des Einkommens der Geistlichen aufgenommen ist, so wird diesem Teile gegenüber die Sozialdemokratie durchaus ablehnend gegenüberstehen müssen, nicht weil sie die Einkommenserhöhung der Geistlichen etwa als unberechtigt ansieht, sondern weil die Besoldung der Geistlichen durch den Staat abgelehnt und den kirchlichen Gemeinden zugewiesen wird.

Dass eine Verbesserung des Einkommens der Beamten in dem angedeuteten Grade und Umfang grosse Summen erfordert, das kann von der Lösung einer notwendigen Aufgabe nicht abhalten. Man übersehe doch nicht, dass seit 1897 das einkommensteuerpflichtige Einkommen in Preussen sich beinahe verdoppelt hat. Es betrug 1897 6,37 Milliarden Mark, 1907 aber 12,35 Milliarden. Die Zahl der physischen Zensiten mit mehr als 3000 Mark stieg in der nämlichen Zeit von 345 328 auf 559 491, ihr Einkommen von 3,06 auf 5,16 Milliarden Mark. Dabei ist noch zu berücksichtigen, dass die Steuerveranlagung noch immer nicht das volle Einkommen der Zensiten zu erfassen in der Lage ist, dass ihr ganz erhebliche Summen durch eine kluge Art der Einkommensberechnung entgehen. Wenn daher der preussische Finanzminister durch eine Erhöhung der Einkommensteuersätze für Einkommen von mehr als 7000 Mark und durch eine Erhöhung der Ergänzungssteuersätze einen Teil des Mehrbedarfs für die Einkommensverbesserung der Beamten herausholen will, so ist dagegen vom sozialdemokratischen Standpunkt aus nichts einzuwenden. Dagegen wäre das neue Gesellschaftssteuergesetz zu beanstanden, dass an Stelle der Einkommensteuer

für bestimmte Arten von Erwerbsgesellschaften treten soll. Ertragssteuern neben Personalsteuern müssen ebenso zu Verwirrungen wie zu Ungerechtigkeiten auf steuerlichem Gebiete führen. In den Motiven zu dem Gesellschaftssteuergesetz wird diese Schwäche des Entwurfs auch berührt, ohne freilich in ihren Konsequenzen gewürdigt zu werden. Immerhin könnte man sich mit dieser Art der Deckung befreunden, wenn es sonst gelänge die ganze Vorlage so auszugestalten, dass den Beamten eine Steigerung ihres Einkommens beschieden würde, die den gehobenen Lebensansprüchen in Deutschland gerecht wird.



## LEO ARONS · ZUR FORMALEN TECHNIK ABGESTUFTER STEUERN



AS preussische Einkommensteuergesetz geht von dem Gedanken einer 4prozentigen Steuer aus, die aber erst bei einem Einkommen von mehr als 100 000 Mark voll erhoben wird, während für die Einkommen unterhalb dieser Grenze eine Degression stattfindet: bei 10 000 Mark beträgt die Steuer 3 %, bei 5250 Mark etwa 2,5 %, bei 3450 Mark etwa 2 % usw., bei 975 Mark etwa 0,6 %. Die Steuer ist im Gesetz nicht nach Prozenten des Einkommens festgesetzt, es wird vielmehr im § 17 eine Tabelle aufgestellt, die für bestimmte Einkommenstufen einen bestimmten Steuerbetrag festsetzt. Der § 17 beginnt folgendermassen:

•Die Einkommensteuer beträgt . . . jährlich bei einem Einkommen

von mehr als Mark	bis einschliesslich Mark	Mark
900	1050	6
1050	1200	9
1200	1350	12
1350	1500	16
1500	1650	21
1650	1800	26 usw.†

Bei Einkommen von mehr als 100 000 Mark sind die einzelnen Stufen auf 5000 Mark angewachsen, denen immer ein Zuwachs der Steuer um 200 Mark entspricht.

Diese Art der Steuerfestsetzung hat einen doppelten Fehler. Einmal wird der Ertrag der Steuer dadurch geschmälert, dass bei jedem Einkommen, das nicht gerade der unteren Grenze einer Stufe entspricht, ein Teil steuerfrei bleibt. Wenn zum Beispiel ein Mann mit 1799 Mark Einkommen 26 Mark Steuer zahlt und ein zweiter den gleichen Betrag bei einem Einkommen von 1651 Mark, so heisst das, dass der erste von der Einkommendifferenz von 148 Mark keine Steuer zahlt; und diese Steuerfreiheit für mehr als 8 % seines Einkommens trifft nicht den Mann mit dem kleineren sondern den mit dem grösseren Einkommen. Mit dem Steigen der Stufen, die schliesslich 5000 Mark betragen, steigt auch die absolute Höhe des Betrages, der steuerfrei bleiben kann. Auf der andern Seite bemüht sich jeder einzelne Steuerzahler es möglichst zu vermeiden bei seiner Einschätzung zur Einkommensteuer gerade die untere Grenze einer Stufe etwa um ein paar Mark zu überschreiten; so sieht man häufig, wie Leute, denen jeder Gedanke einer Steuer-

defraudation vollkommen fernliegt, sich bei der Einschätzung ängstlich bemühen diesen oder jenen Posten ihres Einkommens um ein paar Mark herabzudrücken. Und das ist leicht erklärlich: führt doch an den Grenzen der Stufen die strenge Rechnung zu geradezu unsinnigen Ergebnissen. Zwei Leute *A* und *B* mögen die genau berechneten Einkommen von 1499 Mark und von 1501 Mark haben; dann hat *A* 16 Mark und *B* 21 Mark Einkommensteuer zu zahlen; nach Zahlung der Steuer bleiben dem *A* noch 1483, dem *B* noch 1480 Mark; das heisst *B*, der das grössere Einkommen hatte, steht schlechter da als *A* mit dem geringeren Einkommen. Will *B* seine Angaben völlig korrekt machen,<sup>1)</sup> so bleibt ihm nur das Mittel sein Einkommen künstlich zu verkleinern, wenn er nach der Steuerzahlung nicht schlechter stehen will als *A*; ist *B* ein Arbeiter, so mag er seinen Meister bitten den letzten Akkord im Jahre etwa um 2 Mark niedriger anzusetzen: durch diese schlechtere Bezahlung macht *B* einen Gewinn von 3 Mark. Bei den höheren Stufen ist der Unterschied natürlich noch grösser. So würden von einem Einkommen von 9499 Mark an Steuer 276 Mark, von 9501 Mark dagegen 300 Mark zu zahlen sein.

Ähnlich steht es mit der Vermögenssteuer in Preussen. Die Absicht ist hier die Vermögen über 6000 Mark mit einer Steuer von 0,526 ‰ zu treffen, und zwar gleichmässig (§ 18 des Ergänzungssteuergesetzes in Verbindung mit der Verordnung vom 25. Juni 1895). Aber auch hier wird die Steuer nicht von dem wirklichen Vermögen berechnet, es ist vielmehr auch hier der Betrag für bestimmte Stufen festgesetzt. Der erwähnte § 18 beginnt:

Die Ergänzungssteuer beträgt bei einem steuerbaren Vermögen

von mehr als Mark	bis einschliesslich Mark	jährlich Mark
6 000	8 000	3,20
8 000	10 000	4,20
10 000	12 000	5,20
12 000	14 000	6,40 usw.

Die Stufen wachsen allmählich von 2000 auf 20 000 Mark, dementsprechend die Sprünge der Steuersätze. Aus der Tabelle ergibt sich, dass jemand mit 6000 Mark Vermögen 0,533 ‰ bezahlt, ein anderer mit 8000 Mark nur 0,40 ‰; dieser Unterschied wird mit der Höhe des Vermögens geringer; doch ist noch von einem Vermögen von 200 001 Mark wie von 220 000 Mark an Steuer 105,20 Mark zu zahlen, das heisst von dem höheren Vermögen 0,478 ‰, von dem geringeren aber 0,526; nimmt man den höheren Satz als den normalen an, so kann man auch sagen, dass in diesen höheren Stufen Beträge bis zur Höhe von 20 000 Mark steuerfrei bleiben können.

Da die Vermögenssteuer sich im Prinzip für alle Vermögen auf den gleichen Satz beschränken will, ist die Vermeidung solcher Unregelmässigkeiten äusserst einfach; man stelle keine Tabelle auf sondern gebe die Vorschrift, dass von der Zahl des zu steuernden Vermögens in Mark die 3 letzten Ziffern (Einer, Zehner, Hunderter) gestrichen und der Rest mit 53 multipliziert werde; das so erhaltene Produkt ergibt den Betrag der Steuer in Pfennigen, der noch nach einem der üblichen Systeme abgerundet werden mag.

<sup>1)</sup> Da vorläufig die Selbsteinschätzung erst bei einem Einkommen von 3000 Mark beginnt, kann *B* erst bei einer Reklamation gegen zu hohe Veranlagung in die Lage kommen Angaben über sein Einkommen zu machen; bei seiner Tätigkeit als Mitglied der Berufungskommission für Einkommen unter 3000 Mark hat Schreiber dieses grade seine Erfahrungen gemacht.



Wieder anders liegen die Verhältnisse bei der Erbschaftsteuer. Nach der grundlegenden Tabelle im § 10 des deutschen Erbschaftsteuergesetzes vom 3. Juni 1906 beträgt die Steuer zum Beispiel für die zweite Klasse (Grosseltern, Stiefkinder usw.) zunächst 6 %; übersteigt der Wert der Erbschaft 20 000 Mark, so werden 6,6 %, übersteigt er 30 000 Mark, 7,2 % erhoben und so fort in Stufen, die von 200 000 Mark an 100 000 Mark betragen, bis zu 15 % bei einer Million und mehr. Da hier für die einzelnen Stufen die Steuer nicht in festen Sätzen sondern in % angegeben ist, entzieht sich kein Teil der Erbschaft der Besteuerung. Doch bliebe, wenn nicht weitere Bestimmungen getroffen wären, das andere Bedenken: die Steuerkuriosa an den Grenzen der Stufen. So würde nach der Tabelle ein Erbe der zweiten Klasse bei einem Erbteil von 20 000 Mark an Steuer 1200 Mark = 6 % zu entrichten haben, ein anderer mit 20 010 Mark dagegen 1320 Mark; nach Zahlung der Erbschaftsteuer blieben dem ersteren 18 800 Mark, dem andern mit der grösseren Erbschaft aber nur 18 690, das heisst 110 Mark weniger. Im Erbschaftsteuergesetz ist dafür Abhilfe geschaffen durch den letzten Absatz des § 10:

„Übersteigt der Wert des Erwerbes eine der im Absatz 2 bezeichneten Wertgrenzen, so wird der Unterschiedsbetrag zwischen dem nach Absatz 2 anzuwendenden höheren Satze und demjenigen der vorangehenden Wertklasse nur insoweit erhoben als er aus der Hälfte des die Wertgrenze übersteigenden Betrags des Erwerbes gedeckt werden kann.“

In unserm Beispiel würde demnach der Steuerbetrag für einen Erbwert von 20 010 Mark folgendermassen zu ermitteln sein: In betracht kommt zunächst der Satz von 6,6 %, das ergäbe 1320 Mark; würde der Satz für Werte unter 20 000 Mark, nämlich 6 %, in betracht kommen, so betrüge die Steuer nur 1200 Mark; bei Anwendung des höheren Satzes wäre 120 Mark an Steuern mehr zu zahlen; da der Erbwert die Grenze von 20 000 Mark aber nur um 10 Mark überschreitet, können von dem Betrag von 120 Mark nur 5 Mark erhoben werden (Hälfte des Betrags der Grenzüberschreitung); von 20 010 Mark sind mithin 1205 Mark Steuer zu zahlen.

Dieser umständliche Weg würde sich erübrigen, wenn für die Erbschaftsteuer, wie für die Einkommensteuer und alle anderen abgestuften Steuern — zum Beispiel Wertzuwachssteuer — ein Prinzip zur Anwendung käme, das bei einer anderen Steuer des Buketts von 1906 tatsächlich benutzt wird. Im § 6 des Brausteuergesetzes wird bestimmt, dass von den innerhalb eines Rechnungsjahres steuerpflichtig gewordenen Braustoffen für jeden Doppelzentner an Steuer zu zahlen ist: von den ersten 250 Doppelzentnern 4 Mark, von den folgenden 250 Doppelzentnern 4,50, von den folgenden 500 5, von den folgenden 1000 5,50 Mark usw., in Stufen von 1000 Doppelzentnern ansteigend um 0,50 respektive 1 Mark bis zum Höchstsatz von 10 Mark pro Doppelzentner. Der wichtige Grundsatz ist hier, dass von jeder Brauerei, wie gross auch immer ihr Umsatz ist, von den ersten 250 Doppelzentnern 4,00 Mark zu zahlen sind usw.: das ganze steuerpflichtige Quantum wird in Einzelbeträge zerlegt, die je nach ihrer Ordnungsstufe einen bestimmten Prozentsatz an Steuer zahlen. Hier sind beide Fehler vermieden, die wir eingangs an der Einkommensteuerveranlagung zu bemerken hatten: hier wird nach keiner Betrachtungsweise ein Teil des zu steuernden Wertes steuerfrei gelassen, und hier tritt an den Grenzen der Stufen keinerlei Sprung ein. Es habe zum Beispiel die Brauerei A 999 Doppelzentner, die Brauerei B

1001 Doppelzentner zu versteuern. *A* und *B* haben für die ersten 250 Doppelzentner 1000 Mark, für weitere 250 1125, zusammen 2125 Mark für die ersten 500 Doppelzentner zu zahlen; dazu kommen für *A* 499 Doppelzentner à 5,00 Mark = 2495, mithin im ganzen 4620 Mark; für *B* kommen zu den 2125 Mark für die ersten 500 Doppelzentner noch je 5 Mark für die nächsten 500 Doppelzentner = 2500 Mark und 5,50 Mark für 1 Doppelzentner, also 2505,50 Mark, das heisst ein Gesamtsteuerbetrag von 4630,50 Mark oder eine Differenz gegen *A* von 10,50 Mark entsprechend 2 Doppelzentnern Mehrverbrauch. Selbstverständlich gestaltet sich die Berechnung in der Praxis viel einfacher; man hat nur neben die beiden Spalten der oben angedeuteten Tabelle noch die Gesamtbeträge für die obere Grenze jeder Stufe zu setzen. Die Brausteuer beträgt also (das Quantum in Doppelzentnern)

von den ersten	250	je 4,00	Mark, also für die ersten	250	1000	Mark
„ „ folgenden	250	„ 4,50	„ „ „ „	500	2125	„
„ „ „	500	„ 5,00	„ „ „ „	1000	4625	„
„ „ „	1000	„ 5,50	„ „ „ „	2000	10125	„ usw.

Dann hat man die Rechnung nur für den Überschuss über die betreffende Zahl der vierten Spalte auszuführen; in unserem Beispiel zahlt *A*  $2125 + 499 \times 5 = 2125 + 2495 = 4620$  Mark; *B* zahlt  $4625 + 1 \times 5,50 = 4630,50$  Mark.

Es liegt auf der Hand, dass man die gleiche Methode auf die Einkommensteuer, Erbschaftssteuer usw. anwenden kann. Wir wollen sie auf die Sätze der preussischen Einkommensteuer übertragen. Es ist nicht leicht gerade diese Sätze nach unserer streng logischen Methode wiederzugeben, denn die im Gesetz beabsichtigte Zunahme respektive Abnahme ist »durchaus nicht gleichmässig, vielmehr sehr unregelmässig«, wie vor kurzem Neuhaus nachwies.<sup>2)</sup> Die folgende Tabelle enthält die Aufstellung der Sätze nach der angegebenen Methode:

Es ist zu zahlen von		%	Es zahlen	an Steuer
den ersten	900 bis 1 050	0,6	1 050	6,30
„ folgenden	1 050 „ 1 200	1,8	1 200	9
„ „	1 200 „ 3 600	3	3 600	81
„ „	3 600 „ 36 000	3,5	36 000	1 214
„ „	36 000 „ 76 000	4	76 000	2 814
„ „	76 000 „ 100 000	5	100 000	4 014
dem Rest		4		

Die Tabelle entspricht in ihren Spalten genau der oben aufgestellten Tabelle für die Brausteuer, bei der das besprochene Prinzip ja wirklich angewendet ist. Mit unserer Festsetzung ist erreicht, dass kein Teil des Einkommens un-  
 versteuert bleibt, und dass gleichzeitig an den Grenzen der Stufen kein Sprung entsteht; die Berechnung der Steuer ist sehr einfach. Wir führen sie für zwei Beträge an der Grenze 3600 Mark aus, nämlich für 3599 und 3601 Mark, für die nach den jetzt bestehenden Bestimmungen 70 respektive 80 Mark an Steuer zu entrichten wären: ein gewaltiger Sprung, bei dem die Steuerdifferenz von 10 Mark geradezu 5mal so gross ist wie die Einkommensdifferenz von 2 Mark. Nach unserer Tabelle ergibt sich: Von 3599 Mark ist für die ersten 1200 Mark (nächstniedrige Grenze) 9 Mark zu zahlen; dazu vom Überschuss, 3599 Mark weniger 1200 Mark = 2399 Mark, 3 %, das heisst

<sup>2)</sup> Vergl. G. Neuhaus *Zur Erhöhung der Einkommensteuer in Preussen in der Sozialen Kultur*, 1908, pag. 34 ff.

$3 \times 23,99 = 71,97$  Mark, oder abgerundet 71,95 Mark, mithin insgesamt 80,95 Mark. Von 3601 Mark sind ähnlich für die ersten 3600 Mark (nächstniedrige Grenze) 81 Mark zu zahlen; dazu vom Überschuss 3601 — 3600 Mark = 1 Mark noch 3,5 %, das heisst 3,5 Pfennig, abgerundet 5 Pfennig, also 81,05 Mark. Der Einkommendifferenz von 2 Mark entspricht jetzt eine Steuerdifferenz von 10 Pfennig: der Zensit ist nicht mehr versucht sein Einkommen unter die Grenze herabzudrücken; er ersparte nur 10 Pfennig, während er nach den jetzigen Sätzen 10 Mark erspart hätte, wenn er auch nur um 2 Mark gedrückt hätte.

Auffällig ist in unserer Tabelle, dass von den Einkommenbeträgen über 100 000 Mark nur 4 % zu zahlen sind, während doch von den Beträgen zwischen 76 000 bis 100 000 Mark schon 5 % gefordert werden; aber gerade hier entspricht unsere Tabelle am genauesten den Zahlen der jetzigen Einkommensteuerordnung; nach der Tabelle des § 17 des preussischen Einkommensteuergesetzes entspricht einem Steigen des Einkommens von 8500 bis 9000 Mark eine Steigerung der Steuer von 232 auf 252 Mark, das heisst 20 Mark mehr Steuer auf 500 Mark mehr Einkommen, das heisst 4 %; dann folgt die Stufe 9000 bis 9500 Mark und eine Steigerung des Steuersatzes von 252 auf 276 Mark, also 24 Mark mehr Steuer auf 500 Mark mehr Einkommen, das heisst 4,8 %; die nächste Stufe schreitet zwar um 1000 Mark im Einkommen bis 10 500 Mark, in der Steuer aber ebenfalls nur von 276 auf 300 Mark, also um 24 Mark; das entspricht einem Satz von nur 2,4 % auf den Zuwachs. Hier endet die Tabelle, und es wird das weitere Wachsen der Steuer folgendermassen bestimmt: Bis 30 500 Mark in Stufen von 1000 Mark um je 30 Mark, bis 32 000 Mark in Stufen von 1500 Mark um je 60 Mark, bis 78 000 Mark in Stufen von 2000 Mark um je 80 Mark, bis 100 000 Mark in Stufen von 2000 Mark um je 100 Mark, darüber hinaus in Stufen von 5000 Mark um je 200 Mark. Das entspricht Sätzen von 3, 4, 4, 5 und schliesslich wieder 4 %. Würde man in unserer Tabelle die Stufen über 100 000 Mark wie diejenigen kurz vor 100 000 Mark mit 5 % besteuern, was die Logik als mindestes verlangt, so würde die Gesamtsteuer in Prozenten langsam weiter steigen ohne theoretisch je 5 % zu erreichen, da ja der erste Einkommensteil von 100 000 Mark nur mit insgesamt rund 4 % besteuert ist; praktisch würden die 5 % bei Rieseneinkommen zutreffen, bei denen der erste Teil von 100 000 Mark gegenüber dem ganzen Einkommen nicht mehr ins Gewicht fällt. Schon aus dem Angeführten geht hervor, wie willkürlich die jetzige Aufstellung der Einkommensteuersätze in Preussen ist, und wie leicht sich mit dem von uns vertretenen Prinzip, das ja schon der Abstufung der Reichsbrauststeuer zu grunde liegt, eine rationelle Tabelle innerhalb der festgelegten Grenzen aufstellen lässt.

Nicht unerwähnt mag es bleiben, dass nach unserem Prinzip schon einmal eine Art von *Einkommensteuer* aufgestellt wurde. Im Jahre 1793 legte der französische Konvent eine *Zwangsanleihe* auf die Jahreseinkommen; bei dieser Gelegenheit wurde die Selbsteinschätzung und eine starke Progression eingeführt. Es war zu zahlen: von 1 bis 1000 Francs  $\frac{1}{10}$ , von 1001 bis 2000 Francs  $\frac{2}{10}$ , von 2001 bis 3000 Francs  $\frac{3}{10}$  usw., von 8001 bis 9000 Francs  $\frac{9}{10}$ ; bei Einkommen über 9000 Francs war ausser den 4500 Francs, die auf die ersten 9000 Francs (nämlich für die einzelnen Tausende 100 + 200 + 300 + 400 + 500 + 600 + 700 + 800 + 900 = 4500 Francs) fallen, der

Gesamtbetrag des Überschusses zu zahlen, der also ganz folgerichtig mit  $\frac{10}{10}$  oder 100 % besteuert wurde: Niemandem wurde in jenem Jahre ein Einkommen von mehr als 4500 Francs gelassen. Es ist kaum anzunehmen, dass man sich bei der bevorstehenden Ausgestaltung der Einkommensteuer in Preussen mit den Sätzen des Konvents befreundet — dieser selbst hat sie ja nur einmal zur Anwendung bringen und den gesteuerten Betrag als *Darlehen* betrachten wollen —; durchaus zweckmässig und wünschenswert aber wäre es, wenn man sich zum Zweck einer ernstlichen und gleichmässigen Progression — respektive Degression, wie man sie zurzeit vorsieht — des zu grunde liegenden Prinzips der Einteilung der zu steuernden Masse in Beträge bediente, deren jeder nach einem bestimmten Prozentsatz zu versteuern ist. Man wird sich in Preussen um so leichter dazu entschliessen können als sich dieses formale Prinzip — und nur von ihm sprechen wir hier — bei der Reichsbrausteuern technisch bewährt hat; man würde damit auch den Weg weisen, auf dem alle übrigen Stufensteuern zweckmässig ausgestaltet werden können.

XX

## EDUARD BERNSTEIN · ZUM REFORMISMUS



WIEDERHOLT ist es mir in neuerer Zeit passiert, dass, wenn ich Parteigenossen von der *radikalen* Tonart fragte, wohin wir eigentlich steuern, ich Antworten erhielt, die sich in den Satz übertragen lassen: Wir steuern überhaupt nicht, wir lassen unser Fahrzeug treiben. In der Tat kann dem aufmerksamen Beobachter die Tatsache nicht entgehen, dass die deutsche Sozialdemokratie zwar eine Theorie, Grundsätze, Forderungen, allgemeine Ziele, eine bewundernswürdige Organisation, kurz, fast alle Requisiten einer grossen Partei hat, dass ihr aber ein wichtiges Erfordernis fehlt oder abhanden gekommen ist: sie hat keine, bestimmten, näheren Zielen systematisch zustuernde Politik.

Man kann es im gegenwärtigen Moment am Gang der Dinge im Reich sowie in Preussen und Sachsen sehen. Kaum je war, äusserlich betrachtet, die Situation dort so günstig für die Sozialdemokratie wie heute. Im Reich ein Riesendefizit, das nur zum kleinsten Teil durch direkte Steuern gedeckt werden soll, in der Hauptsache aber, während starker Geschäftsdruck obwaltet und der Unternehmungssinn ohnehin gelähmt ist, neue Belastungen des Konsums zu bringen droht. In Preussen gleichfalls ein grosses Defizit, das Steuererhöhungen notwendig macht, und Teuerungszulagen an die Beamten, die keiner Beamtenkategorie das geben, worauf sie Anspruch zu haben glaubt. Hier aber, und ebenso schon vorher in Sachsen, hat die Regierung selbst die Reform des verrotteten Wahlsystems auf die Tagesordnung gestellt. Die Sozialdemokratie hat bereits gezeigt, dass sie dem gegenüber nicht untätig bleiben wird. In der Presse und in Versammlungen hat sie Proben ihrer scharfen Kritik vernahmen lassen, denen noch andere folgen werden, und in den gesetzgebenden Körpern wird sie, soweit sie dort vertreten ist und Möglichkeiten hat, dies gleichfalls nach Kräften tun. Der Satz *Wir lassen unser Fahrzeug treiben* ist nicht im Sinne reiner Passivität zu verstehen. Kein Mensch kann der Sozialdemokratie vorwerfen, dass sie untätig die Arme kreuzt. Sie rudert nach Leibeskräften. Aber die Frage ist: Steuert sie auch, und wohin steuert sie?

Denn darüber kann sich doch niemand täuschen, dass die Wirkungskraft der sozialdemokratischen Artikel und Reden begrenzt ist, und zwar heute begrenzter als früher. Unsre Volksversammlungen sind zu Parteiversammlungen geworden, ja, sie fassen in den grossen Städten nicht einmal mehr die Zahl der organisierten Parteigenossen. Nach ihrer Wirkungskraft über die Partei und die mit ihr verbundenen Arbeitskreise hinaus abgeschätzt, sind unsre Reden, wie ich das schon einmal bemerkt habe, politische Monologe. Sie mögen noch so feurig sein, die Flamme schlägt nicht über die Hörer hinaus, und auf diese ist die Wirkung meist auch nur Tageswirkung wie in der Kirche eine *schöne Erbauung*. Die Reden sagen den Hörern nichts wesentlich Neues, sie können ihnen nichts Neues sagen, denn bei uns ist ja alles stereotypiert. Nicht nur die Grundsätze und die Kampfesrichtung, in denen *fest* zu sein Lebensgebot der Partei ist, sondern auch die *Begriffe* und ihre praktischen *Anwendungen*. Sie, die in dem Masse abänderungsfähig sein müssen, wie es das Leben selbst, das nie stillestehende ist, aus dem sie ihre Wahrheit und Wirkungsfähigkeit ziehen, *festzulegen* statt zu entwickeln, das erscheint als die höchste politische Weisheit. Moira, die eherne, ist die Göttin, der geopfert wird, und *festlegen* die magische Formel, die allein helfen kann die Welt zu erobern.

Ihr hat die Partei in Nürnberg sich wieder einmal, wenigstens offiziell, verschrieben. Das ist, unter dem Gesichtspunkt der Entwicklung des politischen Denkens betrachtet, die Quintessenz des jüngsten Parteitags der deutschen Sozialdemokratie. Einige Blätter haben Nürnberg in Hinblick auf die Rechtsverwahrung der Süddeutschen gegen den Beschluss in der Budgetfrage als *Sieg des Revisionismus* bezeichnet. Dieses Urteil bedarf erheblicher Qualifizierung. Gewiss haben in Nürnberg bewusst und unbewusst, eingestanden und uneingestanden, eine ganze Anzahl von Rednern Zeugnis für die unverwüsthche Lebenskraft des revisionistischen Gedankens abgelegt, und im Gegensatz zu manchen betrüblichen Erscheinungen früherer Jahre war die Festigkeit, mit der die süddeutschen Delegierten ihren Standpunkt bis zuletzt vertraten, jedenfalls ein sehr erfreuliches Zeichen. Das letztere wird sogar jeder vernünftige Gegner der Süddeutschen zugeben. Denn, wie immer auch man zu den Parteifragen stehen mag, darüber kann unter Leuten, die nicht ganz verbohrt sind, schliesslich nur eine Stimme herrschen, dass ein gesundes Parteileben nur dort ist, wo starke Überzeugungen obwalten und jederzeit mit Festigkeit bekannt und vertreten werden. Und man muss unseren *Absolutisten* — denn das ist eigentlich die zutreffendste Bezeichnung für diejenige Richtung in der Partei, die sich heute für *radikal* hält —, man muss den Genossen von der Mehrheit das eine zugeben: sie haben mit wenigen Ausnahmen bei den verschiedensten Gelegenheiten gezeigt, dass sie die gegnerische Ansicht, mag sie noch so ketzerisch sein, dort immer noch zu achten wissen, wo sie offen und ehrlich verfochten wird, und mehr als selbst die grösste Ketzerei das diplomatische Umdeuten von Parteimaximen verpöhen.

Das ist aber ein Empfinden, das man nicht nur ebenfalls achten sondern auch *fördern* muss, denn es ist die Basis jedes echt demokratischen Parteilebens. Damit steht nicht im Widerspruch, dass jeweilen die Korrektur der Praxis der Korrektur der überlieferten Ideen *vorausgeht*. Die Korrektur der Praxis kann durch den Druck der Umstände erzwungen oder doch den helleren Köpfen

in einem Grade nahegelegt werden, dass man sich mehr oder minder bewusst über das ihr im Wege stehende theoretische Vorurteil hinwegsetzt und erst später an dessen Korrektur herangeht. Aber selbst das ist in einer so durch und durch demokratischen Partei wie die Sozialdemokratie nur dann möglich, wenn man die Masse der Genossen durch den Nachweis von der Zweckmäßigkeit der betreffenden Änderung überzeugen kann. So und nicht anders ist denn auch der vielzitierte — und zwar ebenso wie der Satz vom *Endziel und der Bewegung* gewöhnlich falsch zitierte — Ausspruch Ignaz Auer's zu verstehen, den er nach Erscheinen der *Voraussetzungen des Sozialismus* an mich schrieb: »Das, was Du verlangst, so etwas beschliesst man nicht, so etwas sagt man nicht, so etwas tut man.« Diese Maxime bezog sich nicht auf eine einzelne taktische Massregel sondern auf den Satz in der genannten Schrift, die Sozialdemokratie solle sich von einer Phraseologie lossagen, die tatsächlich überlebt sei, und den Mut haben das scheinen zu wollen, was sie in Wirklichkeit sei: eine Partei demokratisch-sozialistischer Reform. Eine solche Absage an eine jahrzehntealte Tradition, fügte Auer hinzu, mache sich nicht im Handumdrehen, tatsächlich sei jedoch die ganze Tätigkeit der Partei die einer sozialdemokratischen Reformpartei, an eine Revolutionspolitik im wirklichen Sinn dieses Wortes denke kein Mensch. Das war gewiss richtig. Vor allem aber vergesse man nicht, dass, als Auer jenen Ausspruch tat, er am Steuer der Partei sass und kurz vorher erst im Verein mit August Bebel und anderen in der Frage der preussischen Landtagswahlen das Parteschiff dazu gebracht hatte einen kräftigen Ruck in der Richtung einer gesunden Realpolitik zu vollziehen. Was aber für den Mann am Steuer richtig sein kann, das wird für den, der in der Opposition ist, oft sehr unrichtig sein. Eine Opposition kann in einer Demokratie nicht durch Diplomatie zur Mehrheit werden sondern nur durch freimütige, unablässige Propaganda ihrer Ideen. Für sie hat das schöne Wort Lassalles volle Geltung, dass sich reelle Erfolge nur durch reelles Umackern und Umarbeiten erzielen lassen.

Ich will hier keine retrospektiven Betrachtungen darüber anstellen, ob und inwiefern in der Vergangenheit gegen diesen Grundsatz verstossen worden ist. Aber, um nur von der Nürnberger Tagung zu sprechen, so lassen die dort von den Vertretern der Süddeutschen gehaltenen Reden, so trefflich sie in vielen Punkten waren, in der Grundfrage, die mit der zur Diskussion stehenden taktischen Frage unlösbar verbunden ist, doch noch etwas von jener Rückhaltlosigkeit vermissen, die erforderlich war und erforderlich ist, um die Mehrheit der Partei von der Richtigkeit der von den Süddeutschen verfochtenen Politik zu überzeugen. Tatsächlich sprach man zu drei Vierteln in Nürnberg an einander vorbei. Die Süddeutschen hatten in ihrer Art ganz recht, wenn sie immer wieder darauf zurückkamen, dass die Budgetabstimmung keine Prinzipienfrage sondern eine taktische Frage sei. Aber so etwas kann man nicht einfach erklären, solche Behauptung muss man beweisen, und bewiesen werden kann sie nur durch Eingehen auf die in Frage kommenden Prinzipien. Die Unterscheidung von Prinzip und Taktik ist nie eine absolute sondern kann immer nur eine Verschiedenheit im Rahmen einer positiven Beziehung zum Ausdruck bringen. Je nachdem das in betracht kommende Prinzip selbst aussieht, ist die Budgetabstimmung eine bloss taktische Frage oder nicht. Unter dem Gesichtspunkt der Bestimmung der Begriffe dagegen war K. Kautsky im

Recht, wenn er den Süddeutschen gegenüber erklärte: »Es gibt keine taktische Frage, die nicht auch eine Prinzipienfrage wäre.«

Welches ist aber die Prinzipienfrage, die hier in betracht kam? Nun, die Vorstandsresolution formuliert sie richtig als die Frage der Stellung der Sozialdemokratie im heutigen Staat und zum heutigen Staat. Ganz ebenso habe ich sie im Artikel der Parteitagsummer der *Fränkischen Tagespost* über die Bewilligungsfrage gestellt: Kämpfen wir, der grundsätzlichen Auffassung nach, von aussen her gegen den heutigen Staat, oder arbeiten wir von innen an seiner Änderung im Sinne der politischen, wirtschaftlichen und ethischen Bedürfnisse der Arbeiterklasse? Je nachdem man diese Vorfrage beantwortet, ist die Budgetfrage eine Prinzipienfrage oder kann sie eine bloss taktische Frage sein. Wenn aber die Vorstandsresolution die Frage richtig stellt, so kann man nicht sagen, dass sie sie nun auch folgerichtig beantwortet. Sie nimmt einen starken Anlauf zur *absoluten* Intransigenz, gibt dem Staat jene starre Definition, wie sie der alten blanquistischen Auffassung entspricht, stellt in Übereinstimmung damit die Formel von der *Eroberung der Staatsgewalt* in den Vordergrund, erklärt, immer noch in folgerichtiger Einhaltung des Gedankenganges, dass die GesamtAbstimmung über das Budget als Vertrauensvotum für die Regierung aufgefasst werden müsse, und dass deshalb jeder gegnerischen Regierung bei der GesamtAbstimmung das Budget zu verweigern sei, und biegt dann plötzlich mit der Ausnahmebestimmung um: »Es sei denn, dass die Ablehnung durch unsere Genossen die Annahme eines für die Arbeiterklasse ungunstigen Budgets zur Folge haben würde.«

Ich bin der letzte nicht vollauf die sehr verständigen Überlegungen zu würdigen, die den Parteivorstand zur Abfassung und die Mehrheit des Kongresses zur Annahme dieser Ausnahmebestimmung bewogen haben. Aber zugleich muss ich doch sagen: Zum begründenden Text der Resolution passt diese Bestimmung ihrem Geist nach wie die Faust aufs Auge, stellt sie das schönste begriffliche *Einerseits-andrerseits* dar. Der ganze begründende Text ist eine Deklaration der Sozialdemokratie zur reinen Protestpartei, zu einer Partei, die die Staatsgewalt erst erobern und dann reformieren will. Für eine solche Partei wäre die Budgetverweigerung allerdings von fundamentaler Bedeutung, die feierliche Zusammenfassung ihres Protestes, gegenüber der alle andern Rücksichten in nichts zu verschwinden hätten. Gibt eine solche Partei ihre negierende Haltung auf, dann gibt sie sich selbst auf. Insofern war die grössere Logik bei dem Antrag des Genossen Schöpflin die Ausnahmebestimmung aus der Resolution zu entfernen. Dessen Annahme hätte die Resolution zu einem Stück aus einem Guss gemacht. Zugleich aber wäre freilich der Widerspruch zur Praxis der Partei um so schärfer zu tage getreten. Jedoch auch in sich selbst ist die Ausnahmebestimmung widerspruchsvoll. Nicht von ihrer eigenen freien und sachlichen Beurteilung der Natur des neuen Budgets und seinem Verhältnis zum in Kraft befindlichen Budget sollen die sozialdemokratischen Abgeordneten ihre Abstimmung abhängig machen sondern von der Konstellation und Haltung der gegnerischen Parteien. Das ist meines Erachtens schon an und für sich einer Partei wie die Sozialdemokratie nicht würdig, kann sie aber ausserdem auch nach aussen hin in eine sehr unwürdige Position bringen. Bei Konstellationen, wie sie zum Beispiel in Baden sehr leicht möglich sind, kann nach jener Bestimmung die Abstimmung unserer Ab-

geordneten unter Umständen vom Leibschneiden etlicher ultramontaner oder liberaler Abgeordneter abhängig werden. Fehlen die Herren bei der Abstimmung, so müssen unsere Abgeordneten mit *Ja* stimmen, erscheinen sie, dann dürfen sie sich den Luxus eines prinzipiellen *Nein* gönnen. Weiterhin aber versetzen wir die Gegner in die Lage unseren Abgeordneten gelegentlich die Pistole auf die Brust zu setzen und ihnen zu erklären: Jetzt übernehmt ihr einmal die Verantwortung, ob die beschlossenen Verbesserungen durchgeführt werden sollen oder nicht! In bester Absicht haben die Verfasser der Resolution da einen argen Missgriff getan, aber sie haben ihn mit Notwendigkeit getan. Auf den begründenden Text dieser Resolution konnte keine rationale Bestimmung über die notwendigen Freiheiten der parlamentarischen Kampfesführung aufgepfropft werden, dazu wird in ihr viel zu viel durch Definitionen absolutistisch festgelegt.

Ihre absolutistischen Definitionen sind aber auch die theoretische Achillesferse der Resolution. Der *Staat* ist nicht der starre Herrschafts- und Niederhaltungsmechanismus, als der er gemäss ihnen erscheint. Wie die Gesellschaftsordnungen, deren Ausdruck der Staat ist, ist er dem Gesetz der Entwicklung unterworfen. Will man es bestreiten? Dann lasse man das Marxsche *Kapital* einstampfen, in dessen Vorwort es heisst, dass die jetzige Gesellschaft »kein fester Krystall sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung befindlicher Organismus ist.« Namentlich aber muss Wilhelm Liebknechts Vorwort zur Neuausgabe seiner Rede *Über die politische Stellung der Sozialdemokratie* entfernt werden, in der es vom Deutschen Reich und von Preussen heisst: »Aus dieser grossen Kaserne, umschlossen von einem grösseren Gefängnis, kann ein freier Staat nur erstehen auf dem Weg innerer organischer Entwicklung.« Diese Worte sind von Liebknecht selbst unterstrichen, und ihm folgt, als Schluss des Vorworts, noch folgender Satz, der sich liest, als hätte ihn ein Vertreter der Süddeutschen geschrieben: »Unsere Wähler verlangen von uns, und mit Recht, dass wir im Reichstag unser Äusserstes tun, um die Lage des arbeitenden Volks zu verbessern und die Sache der Sozialdemokratie zu fördern. Uns rein negierend oder protestierend zu verhalten wäre der sicherste Weg die Wähler von uns abzustossen und uns den Boden unter den Füßen wegzuziehen. Auch hier, die Unantastbarkeit des Prinzips als selbstverständlich vorausgesetzt, ist der einfache Nützlichkeitsstandpunkt massgebend — wie in der ganzen praktischen Politik.«

So heisst es wörtlich am Schluss des genannten Liebknechtschen Vorworts. Wohl mögen sich diesen Zitate von Marx und Liebknecht gegenüberstellen lassen, die mehr oder minder scharf entgegengesetzt lauten. Das beweist aber nur, dass die Sozialdemokratie den archimedischen Punkt ihrer Politik noch nicht gefunden hat, dass sie in der Theorie noch zwischen der alten, katastrophalen und der organisch-evolutionistischen Gesellschaftsauffassung schwankt. Eine Zeitlang konnte es scheinen, als sei die erstere, die für die entwickelten Gesellschaften der Gegenwart ganz und gar nicht mehr passt, in unserer Ideenwelt überwunden. Die das glaubten, haben sich jedoch überzeugen müssen, dass es noch nicht der Fall war. Immer wieder drängt sich die alte Auffassung vor. Der Kampf des *Kommunistischen Manifests* gegen das Vorwort zum *Kapital* bedeutet eine Reaktion, die einen geistigen Rückfall darstellt. In der Tat braucht man nur die Reden und Aufsätze der literarischen Vertreter der heute



in der Partei herrschenden Strömung, der Kautsky, Luxemburg, *Parvus* und ihrer Schule nachzulesen, um immer wieder auf das Entwicklungsschema des *Kommunistischen Manifests*, wenn nicht auf noch weiter zurückliegende Katastrophentheorien zu stossen.

Diese Auffassung darf aber nicht die Herrschaft haben. Niemals war die Selbstbesinnung in revisionistischer Auffassung, die eben die organisch-evolutionistische Auffassung ist und in der Politik bewusster Reformismus heisst, der Sozialdemokratie so nötig wie heute. Wie stehen denn die Dinge? Wir haben gesehen, dass die politische Lage im Reich wie in den beiden grössten Staaten Norddeutschlands für die Sozialdemokratie agitatorisch günstiger kaum gedacht werden könnte. Im Gegensatz dazu sind die Aussichten auf politische oder sonstige gesetzgeberische Errungenschaften für die Arbeiterklasse nichts weniger als verheissend. Der *Vorwärts* konstatiert am 23. Oktober, dass die bürgerlichen Parteien der Linken im preussischen Landtag, die Polen eingeschlossen, der sozialdemokratischen Gruppe die zur Einbringung verschiedener Anträge erforderlichen Unterschriften verweigert haben. Er hat recht, wenn er das als eine Engherzigkeit rügt, die früher nicht bestanden habe, und hat schwerlich unrecht, wenn er als treibendes Motiv die Absicht vermutet der kleinen sozialdemokratischen Schar im Landtag das Eintreten für die Interessen der Arbeiter und kleinen Beamten so viel wie möglich zu erschweren. Dergleichen Tendenzen haben früher sicher auch bestanden, aber dass sie heute in dieser Weise manifestiert werden, ist ein sehr charakteristisches Zeichen der Zeit. Diejenigen, die heute als die offiziellen Theoretiker der Partei gelten, werden in der Strömung, die es anzeigt, nichts Verwunderliches oder gar Bedauerliches erblicken. Ihre Theorie, die sie der Partei seit einem Jahrzehnt einpauken, ist ja eben ganz auf die Verschlechterung der politischen Verhältnisse eingestellt. Nach ihr muss das Wachstum der Sozialdemokratie sich mit unerbittlicher Notwendigkeit in wachsende Reaktion umsetzen und so eines Tages die Katastrophe unvermeidlich machen. Das ist das Dogma. Sie werden uns deduzieren, dass die Ereignisse die Richtigkeit ihrer Theorie bekräftigt haben.

Aber die Rechnung stimmt nicht. *Reaktion* ist da, sie ist jedoch nicht von solcher Gattung, die Katastrophen und obendrein für das opponierende Volk siegreiche Katastrophen herbeiführt. Siegreiche Katastrophen setzen eine isolierte Regierung oder eine isolierte herrschende Klasse voraus. Eine Katastrophe aber, die eine isolierte äusserste Oppositionspartei zur Herrschaft gebracht hätte, hat die moderne Geschichte noch nicht zu verzeichnen. Ob die Zukunft einmal derartiges bringen mag, ist zweifelhaft. Dass es heute, morgen oder auch nur übermorgen eintritt, bildet sich selbst der extremste *Radikale* in der Partei nicht ein. So führt die jetzige, vom Pessimismus beherrschte Politik der Partei, da rein agitatorische Erfolge auf die Dauer ihre Grenzen haben, mit Notwendigkeit in eine *Sackgasse*. Unter dem Einfluss einer Auslegung der ökonomischen Geschichtsbegründung, die nur das einseitig interpretierte ökonomische Interesse als bestimmenden Faktor anerkennt, ist die Politik der Sozialdemokratie des ethischen Apells entwöhnt und darauf zugespitzt worden lediglich durch die Furcht den massgebenden Gewalten Zugeständnisse abzurufen. Die Furcht wirkt aber

in der Politik nur so lange als treibende Kraft, als sie zunimmt. Steigert sie sich nicht, so flaut sie ab. An das Alltägliche gewöhnt man sich und richtet sich darauf ein. Wer Augen hat zu sehen, der kann sich darüber nicht täuschen, dass unsre Gegner wohl noch genug Furcht haben, um stets gegen die Sozialdemokratie gerüstet zu bleiben, aber nicht genug, um ihretwillen sich nennenswerte Opfer aufzuerlegen. Von ihrer Furcht haben wir nichts zu erwarten, sofern wir nicht zu massiveren Kampfmittein greifen, es mit Gewaltmitteln versuchen. Dazu ist jedoch, wie jeder weiss, die deutsche Sozialdemokratie nicht angelegt. Höchstens bei einer sehr kleinen Minderheit wäre für so etwas Stimmung vorhanden, die grosse Masse der deutschen Sozialdemokratie ist nicht in diesem Sinne radikal. Nicht Anarchisterei und dergleichen, woran sich übrigens, wie unter anderm Russland gezeigt hat, die Gegner ebenfalls gewöhnen, bringt uns aus der Sackgasse heraus. Wir kommen um die Frage nicht herum, ob irgend welche begründete Aussicht vorhanden ist, in absehbarer Zeit, wie es in der Nürnberger Resolution heisst, wirklich die Staatsgewalt zu erobern. Ist dem so, dann mag allerdings unser Fahrzeug inzwischen sich vom Strom treiben lassen. Wenn aber nicht, dann gibt es nur einen Ausweg, und der heisst: Einstellung des Steuers unserer Politik auf die Erringung politischer Rechte, systematische und konsequente sozialdemokratische Reformpolitik.

Wo ist aber der, der nach allen Erfahrungen, die hinter uns liegen, heute noch von einer bevorstehenden Katastrophe zu träumen im stande wäre?

Es sind jetzt zehn Jahre her, dass ich dem Stuttgarter Parteitag der deutschen Sozialdemokratie meine Zuschrift sandte, die vor der Katastrophenillusion warnte. Sie war veranlasst durch die *Parvus* schen Artikel in der *Sächsischen Arbeiterzeitung*, die sich in masslosen Übertreibungen der gegebenen Mittel und Möglichkeiten der Arbeiterklasse ergingen. *Parvus* hat seitdem Gelegenheit gehabt unter ungewöhnlich günstigen Verhältnissen in seinem Heimatland Russland seine politische Führerschaft zu bewähren. Im Petersburger *Natschalo* wies er, als die russische Revolution auf der Höhe war, autoritativ seiner Partei die Wege. Mit welchem Resultat, kann man in dem bei Dietz erschienenen Buch des russischen Marxisten Tscherewanin über das Proletariat in der russischen Revolution nachlesen. Gleichzeitig mit *Parvus* trat *Rosa Luxemburg* gegen mich in die Schranken und donnerte gegen die Idee einer systematischen Reformpolitik der Sozialdemokratie. Sie hat es nun in ihrer Heimat erlebt, dass selbst in so vorgeschrittenen Zentren wie Warschau und Lodz die *Diktatur des Proletariats* keine anderen Siege über die bürgerliche Wirtschaft davortragen konnte als sie die organisierte Arbeiterschaft anderwärts, und dazu mit dauerndem Erfolg, auch sonst erzielt. Zuletzt kam *K. Kautsky* und bewies, dass die Signatur der Zeit auf politische Verelendung stehe, dass, wo die Sozialdemokratie stark ist, vor dem Krach grosse politische Reformen nicht mehr zu erwarten seien. Aber in seiner eigenen Heimat ist seitdem eine politische Reform ersten Ranges erkämpft worden — allerdings auf grund einer Politik, die *Kautsky* nach seiner Theorie hätte zu vereiteln suchen müssen, soweit es in seiner Macht stand. Denn was sind alle Sünden des norddeutschen und süddeutschen Revisionismus gegen die Privatissima über die staatsbildende und staatzusammenhaltende Kraft der Arbeiterklasse, die die *Wiener Arbeiterzeitung* in der Zeit des österreichischen Wahlrechtskampfes der *Wiener Hof-*



darunter die angesehene Wiener *Arbeiterzeitung*, haben gefunden, dass sich die Reformisten den Sieg zu ihrem Vorteil ausgelegt hätten, obwohl er ihnen nicht gehörte, da sie auf ihre Eigenart verzichteten und unter die Flügel des Integralismus flüchteten. Schnurstracks gegenüber steht diesem Urteil das Sozialismus und über die Herstellung der Einheit der Partei, sich mit der Behauptung tröstet, dass nach der Abstimmung in Florenz die sozialistische Partei weder sozialistisch noch marxistisch mehr sei sondern eine einfache Arbeiterpartei für soziale Reformen. Es verlohnt sich hier nicht das Urteil der bürgerlichen Presse Italiens zu diskutieren. Diese sucht nur unter Spott das eigene Missbehagen zu verstecken. Ebenso wenig lässt sich hier das kritische Urteil der europäischen sozialistischen Presse widerlegen, weil sich diese dazu erst über den Integralismus klar werden müsste.

Wir reformistischen Sozialisten Italiens haben immer behauptet, dass eine selbständige integralistische Doktrin innerhalb der sozialistischen Partei nicht existiere. Wir haben den Integralismus provoziert sich selbst zu definieren. Morgari hat diese Definition in 8 langen Artikeln des *Avanti* versucht; der Versuch dürfte ihm aber nicht geglückt sein. Ausserhalb Italiens mag man glauben, dass der Integralismus die Doktrin des Sozialismus schlechthin sei, gleich weit entfernt vom Syndikalismus wie vom Reformismus, der alte Gehalt des traditionellen Marxismus: Kollektivismus, Klassenkampf, Intransigensierung und Revolution durch die zur Verzweiflung getriebenen Lohnarbeiter. Aber dem ist nicht so. Morgari zu allererst kann das bezeugen. Ferner bezeugt es die Existenz der *revolutionären* Intransigenten auf dem Parteitag, die sich auf eine eigene Resolution einigten. Der Integralismus Morgaris hat mit theoretischen Fragen des Marxismus nichts zu tun. Er tritt für Reformen und deren schrittweise Einführung ein, er ist nicht intransigent im Prinzip und akzeptiert, weitergehend, die Taktik des Blocks der Volksparteien. Was mehr noch? Morgari erklärte ausdrücklich, dass er lieber auf sein Abgeordnetenmandat verzichten als sich verpflichten würde immer und systematisch gegen die Regierung zu stimmen. Der einzige Vorbehalt, den Morgari seiner Intransigens zugesteht, betrifft die Teilnahme eines Sozialisten an der Regierung. Diese Einschränkung kommt aber für die grosse Mehrheit der Reformisten nicht in Frage, da diese, wie man sich ausdrücken kann, die Teilnahme eines Sozialisten am Ministerium unter dem selben Gesichtswinkel betrachten wie die Eventualität eines politischen Generalstreiks. Wie sie diese Eventualität für die extremsten Fälle und unter wahrhaft revolutionärer Lage der Dinge zulassen, so fassen sie die Möglichkeit einer sozialistischen Teilnahme an der Regierung nur unter einer bestimmten historischen Konstellation ins Auge, für den Fall nämlich, dass die Mitwirkung der Sozialisten notwendig sein sollte, um eine Art politisch-parlamentarischer Revolution gegen eine drohende Reaktion zu verteidigen, oder aber um eine politische Eroberung von Bedeutung zu erzielen. In solchem Falle würde der Partei eine zu grosse Verantwortung erwachsen, als dass eine Zurückweisung denkbar sein könnte. Wo ist also das *Ubi consistam* des Integralismus zu suchen? Vielleicht in der praktischen Betätigung? Diese hat aber in der letzten Zeit in der Bekämpfung des Syndikalismus, weniger

in seinen theoretischen als vielmehr in seinen praktischen Manifestationen, bestanden. Unterschied sich etwa bei dieser Aktion der Integralismus vom Reformismus, vertrat er etwa eine besondere Haltung, so etwas wie eine mittlere Linie?. Ganz und gar nicht. Integralisten und Reformisten standen vollzählig in gemeinsamer Schlachtreihe.

Der Gegensatz zwischen Integralismus und Reformismus besteht also nur in einem Komplex von Impressionen autosuggestiver Natur. Es herrscht eine vage Furcht, dass bei der notgedrungenen Langsamkeit der Reformen die Forderung des sozialistischen Endzieles in der Propaganda verdunkelt werden könnte. Hinzu tritt der Wunsch, dass bei der Propaganda mehr Nachdruck auf das ideale Maximalprogramm als auf das Minimalagitationsprogramm gelegt werden möge, oder, besser, dass die Redner darauf Bedacht nehmen möchten auch in Worten stets den Zusammenhang zwischen den vom Augenblick geforderten Reformen und dem Endziel herzustellen. Bedeutet dies aber eine Wesensverschiedenheit zwischen Integralismus und Reformismus? Kann hier die Existenz einer bestimmten Tendenz, einer förmlichen Richtung behauptet werden? Nein. Also haben die Reformisten, Subjektivismus gegen Subjektivismus gesetzt, ihrerseits das Recht zu sagen, dass der Integralismus nichts ist als die kunstvolle Aufführung einer Übergangsbücke, über die viele Wortrevolutionäre, als sie sahen, wie gemäss den Voraussagen der Reformisten aus ihren Abstraktionen der konkrete Syndikalismus hervorging, sich in die positive Auffassung des reformistischen Sozialismus herüberretteten, freilich ohne sich als Bekehrte zu bekennen. Danach würde der Integralismus das Feigenblatt sein, hinter dem der alte phrasenreiche *Revolutionarismus* seine eigene Bekehrung verbergen möchte.

Von diesen persönlich-psychologischen Fragen abgesehen, wie sie nun einmal notgedrungen zwischen kämpfenden Menschen vorkommen, sind wir überzeugt, dass die Frage, ob die Integralisten oder die Reformisten in Florenz gesiegt haben, auf einen blossen Wortstreit herausläuft. Wenn man auch sagen wollte, dass die Personen des Integralismus gesiegt haben, so hat doch der Sache nach der Reformismus gesiegt. Um ausreichend die Bedeutung dieses Sieges zu verstehen, der die junge sozialistische Partei Italiens an die Spitze der reformistischen Bewegung unter ihren Bruderparteien stellte, sind kurz einige anderswo nicht vorhandene Eigenheiten des italienischen Milieus zu betrachten.

Das italienische Temperament lässt sich nicht von doktrinären Abstraktionen leiten. Gedanke und Handlung durchdringen sich in ihm zu einer unmittelbaren, auf Tätigkeit gerichteten Vereinigung. Die wirtschaftliche Entwicklung Italiens scheint allen Voraussagen der Fakultät entgegengesetzt zu verlaufen. Die italienischen Sozialisten fanden sich gegenüber einer Volkswirtschaft, die sich in einem von der Ideologie des Marxismus sehr verschiedenen Sinne entwickelte. Ratlos hätten sie dagestanden, wenn die Praxis oder, wenn man so sagen will, Empirie ihnen nicht den Sinn erhellt hätte. Die italienischen Sozialisten traten in die Propaganda ein, indem sie das Verschwinden des Kleinbesitzes, seine Aufsaugung durch die Latifundien betonten sowie eine speziell ländliche Verelendung, die auf dem direktesten Wege zur Revolution führen musste. Aber die Tatsachen waren so unverschämt ihren eigenen Gang zu gehen. Statt die Revolution zu machen zog

das Landproletariat Italiens es vor auszuwandern. Die Auswanderung ist das grösste soziale Faktum des letzten Dezenniums der Geschichte Italiens, das unserer Volkswirtschaft in der Tat ein ganz eigenartiges Gepräge verleiht. Nicht nur wurde von der Auswanderung die Revolution gebannt, von ihr wurde der Kleinbesitz gerettet, ja, noch wunderbarer, das Latifundium gebrochen. Wer das den italienischen Sozialisten der ersten Epoche gesagt hätte, die tief davon überzeugt waren, dass das Vaterland für das Proletariat nicht existiere! Die Hunderttausende von Auswanderern, die als Lastträger amerikanische Kisten schlepten, in den argentinischen Faktoreien oder auf den brasilianischen Hazienden schufteten, waren nur von dem einen Gedanken beseelt Pfennig auf Pfennig zu häufen, um dann zurückzukehren und sich einen Landfetzen in der Gegend zu kaufen, von der sie gekommen waren. Ferner, ein neuer Widerspruch: Während das Land sich entvölkerte, stieg sein Wert ungemein. Im ganzen südlichen Italien steht man vor einem Bodenwucher, den die Proletarier hartnäckig in ihrer blinden Eitelkeit fördern, da sie wännen dort Herren zu sein, wo sie Sklaven waren. Sie bezahlen ihren Landerwerb zum drei-, ja vierfachen Preise seines wirklichen Werts und befestigen so die Vermögenslage der selben Grossgrundbesitzer, durch die sie zur Flucht getrieben wurden. Inzwischen waren im Norden, in den Potalern, die Industrien und die Arbeiterorganisationen aufgeblüht, die überall eine Erhöhung der Löhne herbeigeführt hatten und eifersüchtig ihre Eroberungen behaupteten. Zwischen dem Norden und dem Süden entstand ein Dualismus, der immer intensiver wurde. Der Norden beschuldigte den Süden die Bleikugel zu sein, die die Entwicklung hemme.

Bei dieser Lage der Dinge und bei dem antidoktrinären Temperament der Italiener wurde der orthodoxe Marxismus fast ohne Diskussion bei Seite geschoben. Vom Block des marxistischen Gedankens sonderten sich zwei grosse Strömungen ab: die syndikalistische und die reformistische.

Die syndikalistische Strömung bemächtigte sich des revolutionären Gedankens und übertrug ihn, gemäss dem italienischen Temperament, sofort und völlig auf das Gebiet der Realitäten. Die syndikalistische Strömung verwarf gleich der reformistischen die Voraussage einer in immer fernere Zeiten geschobenen Katastrophe, aus der mit einem Schlage die Gesellschaft erneuert hervorgehen soll. Dem gegenüber lehrte sie die unmittelbare Revolution, in einer Reihe von ständig wiederholten Angriffen mittels mehr oder minder allgemeiner Streiks auf den wirtschaftlichen Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Lohnarbeit. Jeder Streik war Vorgänger und Nachfolger anderer Streiks, jeder Sieg das Versprechen anderer Siege, jede Niederlage eine Anhäufung von Zorn und Groll, die neue Repressalien atmete. Die Streiks, verbunden mit Boykotts und mit *Sabotage*, sollten das Eigentum so lange peinigen, bis es zur Verzweiflung und Verzichtleistung gelangt sein würde. Man bedenke: In Frankreich hat die Doktrin des Generalstreiks die ehrwürdige Tradition von über 20 Jahren für sich, hat für sich eine *Confédération générale du Travail*, die nichts tut als den Generalstreik predigen; in Frankreich hat eine grosse Anzahl Schriftsteller gelehrte Abhandlungen über den Generalstreik in umfangreichen Büchern niedergelegt. Aber in eben dem selben Frankreich löste sich der erste Versuch eines Generalstreiks, in Paris, in eine Burleske auf. In Italien war es eins: den Generalstreik gedanklich zu erfassen und in

die Tat umzusetzen. Wir haben eine Reihe mehr oder weniger allgemeiner Streiks gehabt, darunter einige wahrhaft eindrucksvolle. Wer sie nicht gesehen hat, weiss nicht, was sie bedeuten. Man bedenke, dass Mailand 5 Tage hindurch ohne Licht, ohne Strassenbahnwagen, ohne Droschken, ohne Zeitungen war, dass alle Läden geschlossen waren: kurzum, dass es aussah wie eine Stadt, über die der Tod seine Schwingen ausgebreitet hatte. Die Reaktion musste fürchterlich sein. Und sie war es. Nicht sowohl eine politische als eine soziale Reaktion. Niemand wagte Gesetze gegen die politische Freiheit anzuzeigen; aber die Bourgeoisie verband sich mit den Klerikalen, und die bisher ziemlich milden Arbeitgeberverbände gerieten in Raserei. So hat augenblicklich in Italien, während die sozialistische Bewegung, was politische Freiheit anlangt, die republikanischen Länder nicht zu beneiden braucht, der Konservatismus auf sozialem Gebiet eine Stärke gewonnen wie nie zuvor. Der Syndikalismus betrachtete gerade dies als einen grossen Erfolg seiner Taktik und sah heiter zu. Immer mehr enthüllte er seine anarchistischen Neigungen und vervielfachte die Streiks, wie die zu Piacenza, zu Argenta, zu Parma, vergebende Schätze an Energie und Geld, um Niederlage auf Niederlage zu häufen, powerte die wirtschaftliche Arbeiterorganisation, besonders die grossen Zentralverbände, bis zu jenem Punkt aus, wo sie innehalten mussten, um ihre eigene Existenz zu retten.

Auf der anderen Seite sah die reformistische Strömung, wie die Tatsachen unseres Wirtschaftslebens augenscheinlich einen ganz anderen Weg einschlugen als er von der marxistischen Schule vorausverkündet war. Sie fassten die einzelnen Bedürfnisse des Proletariats ins Auge, zumal die Revolution sich immer mehr am Horizont verflüchtigte, und sahen sich fast ohne jedes Theoretisieren veranlasst sich der Realität der Geschehnisse anzupassen und darauf Bedacht zu nehmen sie nach Möglichkeit zum Vorteil des Proletariats zu gestalten. So pflanzten sie denn das Banner der Reformen auf: Erweiterung der politischen Freiheiten, allgemeines Wahlrecht, parlamentarische Immunität, soziale Gesetzgebung, Eroberung der Gemeinden, sei es allein sei es im Bunde mit bürgerlichen Radikalen, Rückkauf der Monopole durch die Kommunen, Ausbreitung der Schulen, Weltlichkeit des Unterrichts, berufliche Organisation der Angestellten usw. Natürlich verstiessen fast alle diese Forderungen gegen Lehre und Taktik des Syndikalismus. Einmal setzen alle diese Reformen für ihre Verwirklichung ein relativ ruhiges Milieu voraus, ferner ein Zusammenarbeiten mit den Parteien, die dazu bereit sind, kurz, sie sind unvereinbar mit einem Zustand der Revolution in Permanenz. Ferner wollen die Syndikalisten, die den nahe bevorstehenden Sturz aller bürgerlichen Institutionen prophezeien, nichts von einer Einmischung des Staates und der Gemeinden wissen. Sie bezeichnen die soziale Gesetzgebung als ein Patronat, das die proletarische Bewegung hemme.

Der Kampf zwischen Reformismus und Syndikalismus duldet alsbald nur noch ein Hüben und Drüben. Nach einer Reihe lokaler Sezessionen und nach einem letzten fehlgeschlagenen Versuch sich auf dem Gewerkschaftskongress in Modena, eine Woche vor dem Parteitag zu Florenz, zu behaupten,<sup>2)</sup> gelangte der Syndikalismus zu dem Entschluss, nicht auf dem Parteitag zu er-

<sup>2)</sup> Vergl. Fausto Pagliari *Die Bedeutung des Gewerkschaftskongresses in Modena* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 1319 ff.

scheinen. Er blieb also fern; vereinzelte Syndikalisten, wie Professor Longobardi, die doch noch erschienen, gesellten sich zu den *revolutionären* Intransigenten, den hartnäckigen Anhängern des ursprünglichen marxistischen Revolutionarismus. Der Parteitag in Florenz hat nun die Unvereinbarkeit des Syndikalismus mit dem Sozialismus festgestellt, und der ganze Integralismus, sowohl der, welcher für die Mehrheitsresolution stimmte, als auch der, der sich auf die Resolution Morgari festlegte, war einig in der entschiedenen Verdammung des Syndikalismus.

Wer hat den Sieg des Sozialismus — wie wir nach dieser Entscheidung statt *Reformismus* zu sagen berechtigt sind — herbeigeführt? Lassen wir dabei die persönliche kritische und propagandistische Tätigkeit der angesehensten Männer der sozialistischen Partei bei Seite, fassen wir allein die Dinge und die Institutionen ins Auge, so muss die Antwort lauten: die *Confederazione del Lavoro*. Sie ist bekanntlich die stärkste Zusammenfassung der gewerkschaftlichen Organisationen Italiens. Sie umfasst nahe an 400 000 Organisierte und die mächtigsten Verbände, darunter zwei Landarbeiterverbände. Sie ist von sozialistischem Geist beseelt, vermeidet aber exklusive Parteipolitik. So vermag sie sich alle Arbeitergewerkschaften anzugliedern, auch die Landarbeiterverbände der Romagna, die zurzeit noch den Republikanern anhängen, und vermag siegreich den Kampf mit der konfessionellen Voreingenommenheit der klerikalischen Organisationen zu bestehen, denen gegenüber sie die Einheitlichkeit der Arbeiterklasse in dem auf Abschaffung der Lohnarbeit gerichteten wirtschaftlichen Kampf proklamiert. Diese Tatsache hat im Ausland zu dem Glauben verführt, dass der Sieg der Reformisten in Florenz der Sieg einer Arbeiterpartei von unbestimmt sozialer Färbung gewesen sei. Das muss klar gestellt werden. Niemals ist von der *Confederazione del Lavoro* die Notwendigkeit der sozialistischen Partei gelehnt worden. Rigola besonders war ausserordentlich klar und bestimmt. Er griff auf dem Parteitag nicht die sozialistische Partei sondern bestimmte Akte der Parteileitung an. Diese, in ihrer heterogenen Zusammensetzung, das Resultat des vorigen Parteitags, hatte oftmals aus *revolutionärer* Sentimentalität Wasser auf die Mühle der syndikalistischen Streiks gegossen, zum grossen Schaden der Interessen der Gewerkschaften. Was die Parteileitung sich in dieser Hinsicht zu Schulden kommen liess, wurde ihr von Rigola schonungslos vorgehalten. Er führte aus, dass nicht die Partei allein sozialistische Politik treiben könne. Auch die gewerkschaftlichen Organisationen können das, und sie treiben sie auch ausserhalb der Partei. Die Partei habe Pflichten gegenüber der Gewerkschaftsbewegung; sie dürfe keinesfalls in eine wirtschaftliche Bewegung eingreifen, ohne die Gewerkschaftsleitung gefragt zu haben. Die *Confederazione* werde alle Beziehungen zur Partei abbrechen, wenn die Handlungsweise des verflorenen Parteivorstandes sich wiederholen sollte. Chiesa bestätigte die Erklärungen Rigolas. Seine Ausführungen gipfelten in dem Satz: »Partei und Gewerkschaft sind zwei wohl unterschiedene Truppenkörper, aber vereinigt unter dem selben Banner und gemeinsam der Sonne der Zukunft entgegen marschierend.«

Nach diesen Erklärungen der Gewerkschaftsführer, die der Parteitag mit enthusiastischen Beifallskundgebungen aufnahm, und die in der Mehrheitsresolution wiederkehrten, muss man die Frage aufwerfen, inwiefern das fol-



gende Urteil der Wiener *Arbeiterzeitung* berechtigt ist: »So werden wir die Partei immer mehr in den Schatten der Gewerkschaftspolitik treten sehen. jener Realpolitik, die die Reformisten so hoch einschätzen. So hat die italienische Partei das eigenartige Schicksal von einer Fraktion geleitet zu sein, die seit Jahren periodisch die Existenzberechtigung der Partei in Frage stellt und sie aus der Enge des Parteibettes in das weite Meer der Arbeiterbewegung führen möchte.« Es gibt nun in der Tat einen sehr wichtigen Punkt, in dem die *Confederazione* — übrigens im Einklang mit vielen Sozialisten — von der Partei abweicht. Im Aktionsprogramm der *Confederazione* steht nicht das allgemeine Wahlrecht an der Spitze sondern Fragen ökonomischer Natur, die die in Modena vertretenen Massen organisierter Arbeiter sozusagen aus näherer Nachbarschaft berühren, wie die Arbeiterversicherung usw. Schreiber dieser Zeilen hat stets an der politischen Notwendigkeit einer umgekehrten Rangordnung festgehalten, das heisst, dass in erster Linie eine Agitation für das allgemeine Wahlrecht zu entfalten sei. Die auf diesem Standpunkt stehen, sind davon überzeugt, dass angesichts des südlichen Problems und angesichts der Militärlasten von den zurzeit herrschenden Klassen Reformen, die Geld kosten, nicht zu erwarten seien, und dass es daher angebracht erscheine die politische Macht des Proletariats auf die Erlangung des allgemeinen Wahlrechts zu konzentrieren. Dadurch werden neue volkstümliche Kräfte in den Klassenkampf eingeführt, die notwendig sind, um die konservative Macht zu brechen. Der Parteitag antwortete auf diese Alternative: das eine tun und das andere nicht lassen. Wir haben keine Veranlassung Bemerkungen über diese Antwort zu machen; aber ganz verfehlt wäre es nun den Schluss zu ziehen, dass die sozialistische Partei zu gunsten der *Confederazione del Lavoro* auf ihre Eigenexistenz verzichtet habe.

Ich enthalte mich der Betrachtungen über weitere Verhandlungen des Parteitags und über die Frage des *Avanti*, obwohl diese vielleicht die deutschen Genossen interessieren würde. Der *Avanti* ist ein typisches Beispiel dafür, was daraus entsteht, wenn man mit Gewalt entgegengesetzte Meinungen unter einen Hut bringen will. Das Resultat ist Unheil. Die verschwommen *revolutionäre* Leitung des *Avanti* unter Enrico Ferri kam mit ihrem Vorgeben weder reformistisch noch syndikalistisch zu sein und alle befriedigen zu wollen so weit niemand zu befriedigen. Zuletzt machte sich Ferri los, und Morgari übernahm interimistisch die Chefredaktion. Dieser wurde durch die Logik der Tatsachen in das reformistische Lager getrieben und zu einem heftigen Krieg gegen den Syndikalismus genötigt, ja, er wurde schliesslich der von den Syndikalisten am meisten verfolgte und gehasste Mann. Dabei geriet die Zeitung allgemach in ein Defizit hinein, das Ferri nur zu lange unter den blumigen Wendungen seiner unitarischen, revolutionär schillernden Beredsamkeit zu verstecken suchte. Nunmehr ist auf einmütigen Wunsch des Parteitags die Leitung des Blattes in die Hände Leonida Bissolatis gelegt worden, also ein Reformisten vom rechten Flügel. Auch an dieser Stelle sei der bruderliche Wunsch ausgesprochen, dass der neue Leiter das sozialistische Zentralorgan zu neuen Höhen führen möge.

Die sozialistische Partei Italiens hat nach langen inneren Wirren in Florenz ihre Einheit wiedergefunden: die wahre Einheit, die Einheit der Seele, nicht die Zwangseinheit jener indianischen Strafe, bei der Mensch und Katze in den

selben Sack gesteckt werden. Der tätige Sozialismus, den die Partei zu entfalten sich anschickt, entspricht dem nationalen italienischen Geist, der sich nicht von Dogmen leiten lässt sondern im Realismus des Lebens wurzelt und das Ideal in der Arbeit sucht, die den Bedürfnissen des Tages und damit der geschichtlichen Entwicklung entspricht. Es ist ein etwas heidnischer Sozialismus, der die Einzelmöglichkeiten des Heute nicht der messianischen Totalwiedergeburt eines unbestimmten Morgen opfert.

XX

## MAX SCHIPPEL · EINIGE KRISENBETRACHTUNGEN

**R**EREITS vor mehr als zwei Menschenaltern sahen Sozialisten den Kapitalismus an der Überfülle seiner inneren Produktionskräfte rasend rasch zu grunde gehen: mit der unfehlbaren Sicherheit eines Schicksalschlusses, ähnlich wie ein masslos überhitzter Dampfkessel nicht mehr vor dem Zerspringen und Auffliegen zu retten ist. Die Verfasser des *Kommunistischen Manifests* beurteilten die damaligen gesellschaftlichen Produktionskräfte, die selben Kräfte, die wir heute geringschätzig kaum als schwache Ansatzkeime zu einer vollkapitalistischen Wirtschaftsentwicklung gelten lassen wurden, schon als viel »zu gewaltig«, den von ihnen »erzeugten Reichtum« als derart überschwellend, dass er die alte bürgerliche Wirtschaftsordnung vollständig aus den Angeln heben müsse. Ein paar Jahre vorher hatte Friedrich Engels in seinem Erstlingswerk entsprechend erklärt, er »glaube nicht, dass das [englische] Volk sich noch mehr als eine Krisis wird gefallen lassen«.

Je mehr alsdann der internationale Kapitalismus seine Schaffenskraft wirklich voll und allseitig zu entfalten begann, desto mehr haben wir die fast jugendlich elastische Anpassungs- und Wachstumsfähigkeit der *bürgerlichen Verhältnisse* beobachten können. An die nahe bevorstehende Sprengung der zu eng gewordenen, altersstarrten Hülle glauben wir gegenwärtig ausnahmslos alle weniger als früher. Nur ganz schüchtern und im Verborgenen wiederholte wohl ein ewig Unverbesserlicher noch, wir hätten »seit 1873 die chronische Geschäftsstockung, die dauernde Versumpfung«, es scheine seitdem, »als sollte es zu einem bedeutenderen wirtschaftlichen Aufschwung überhaupt nicht mehr kommen.«<sup>1)</sup> Umgekehrt möchten viele von uns eher ausrufen: Wie liliputanisch klein erscheint, an den heute gewohnten Grössenvorstellungen gemessen, schon wieder die Produktion von 1870-1873, und wie verhältnismässig leicht findet, mit dem *Krach* der siebziger Jahre verglichen, diese Sturmflut von Erzeugnissen, trotz der Depression von 1901-1902 und der heutigen Krisis. Unterkunit!

In den Vereinigten Staaten beispielsweise war man erst 1883 so weit die ersten 100 Millionen Tons Kohlenausbeute verzeichnen zu können. Dann wurden — bei fortdauernder Produktionsversumpfung! — 200 Millionen im Übergang von 1898 auf 1899 erreicht. Bereits 1903 reckt sich alsdann — das ist der beste Beweis für die »chronische Geschäftsstockung« seit 1873! — die Erbeutung des wichtigsten der modernen Brennstoffe über die 300 Millionen-

<sup>1)</sup> Vergl. K. Kautsky *Karl Marx' ökonomische Lehren*, 6. Auflage (Stuttgart 1898), pag. 229.

€grenze hinaus, um hierauf in abermals 4 Jahren ein neues Hundertmillionengewicht in die Wagschale zu werfen (Ausbeute 1907 über 400 Millionen Tons). Noch Ende der sechziger Jahre dagegen begnügten sich die Vereinigten Staaten mit nicht ganz 30 Millionen Longtons Eigengewinnung; erst im tollen Jahre 1873 erreichten sie die halbe Hundertmillion (51 004 000 Longtons), hinter die man darauf, die damaligen Krachjahre hindurch, wieder zurückweichen musste. Was noch der vorigen Generation wie ein halsbrechendes, unverantwortliches Verrennen in endloseste, tollste Überproduktion vorkam, wäre der jüngsten Generation, selbst die Bevölkerungsvermehrung Nordamerikas in Rechnung gestellt, wie zögernder Krähwinkelstillstand erschienen. Oder prüfen wir in Amerika die Katastrophen- und Versumpfungstheorie an der Roheisenproduktion. 1864 hatten hier die Vereinigten Staaten zum erstenmal 1 Million Tons Ausbeute erzielt; 1872 hatten sie 2 Millionen, 1880 3 Millionen und gleich darauf, 1881, 4 Millionen Tons, 1886 5 und abermals gleich darauf, 1887, 6 Millionen Tons überschritten. Dann fiel zwar die Produktion jahrelang hinter die vorübergehend erzielte Maximalziffer (9,2 Millionen Tons im Jahre 1890) zurück, mitunter sogar sehr weit zurück. Doch seit 1897 kennt das jugendlich ungestüme Vorwärtstürmen, trotz kleiner Pausen des Verschnaufens, keine dauernden Schranken und Hemmnisse mehr. In 5 bis 6 Jahren ist ein abermaliger Acht- bis Neunmillionenzuwachs verwirklicht, zu dem Amerika vorher ein volles Menschenalter gebrauchte (Roheisenausbeute 1895 9 446 308, 1896 8 623 127, 1897 9 652 680 Tons; dagegen 1902 17 821 307, 1903 18 009 252 Tons). Und zuletzt vollendet die winzige Zeitspanne von 3 bis 4 Jahren eine fast ähnlich grosse Ausweitung der Produktion, nämlich um 8 Millionen Tons zwischen 1903-1904 und 1906-1907. Die kapitalistische Vorwärtsbewegung vollzog sich, wie man sieht, in immer beschleunigterem Geschwindschritt. Und wenn nunmehr die Wende nach abwärts seit dem November 1907 kam, wer wollte, ohne sich der Gefahr der allgemeinen Verspottung auszusetzen, die Prophezeiung wagen, dass die kapitalistische Wirtschaftsordnung übersee niemals wieder eine ähnliche Produktionsflut fassen könne? Sie wird wahrscheinlich in absehbarster Zeit noch viel riesenhaftere Kräfte umfassen und daran durchaus nicht zerbersten. Die wirkliche kapitalistische Vollkraft der Produktion liegt hier nicht hinter uns sondern von neuem erst vor uns.

Aber das junge halbkoloniale Reich entwickelt sich ökonomisch unter wesentlich anderen Bedingungen als die älteren Industriestaaten Europas. Bleiben wir deshalb bei den deutschen Zuständen, auf die das oben erwähnte allgemeine Urteil wohl besonders zugeschnitten ist. Nach der amtlichen Reichsstatistik, deren Ziffern wir im folgenden stets zu grunde legen<sup>2)</sup>, erzeugte Deutschland: an Steinkohlen im Jahresdurchschnitt von 1876 bis 1880 40 914 602 Tonnen, von 1881 bis 1885 bereits 54 460 807, von 1886 bis 1890 64 271 336, von 1891 bis 1895 sogar 74 970 116, im Jahre 1900 dagegen 109 299 237, 1906 und 1907 vollends 137 117 926 und 143 168 301 Tonnen, an Braunkohlen im Jahresdurchschnitt von 1876 bis 1880 11 263 197 Tonnen, von 1881 bis 1885 14 169 329, von 1886 bis 1890 16 956 534, von 1891 bis 1895 bereits 22 027 049, dagegen 1900 sogar 40 494 019 und 1906 und 1907 vollends

<sup>2)</sup> Besonders in der nichtamtlichen Eisenstatistik erscheinen Abweichungen in den absoluten Ziffern, aus hier nicht weiter zu erörternden Gründen. Die Hauptsache ist, dass die jedesmaligen benutzten Ziffernreihen auf einheitlicher Grundlage beruhen und darum in sich vergleichbar sind.

56 419 567 und 62 559 364 Tonnen; an Roheisen im Jahresdurchschnitt von 1876 bis 1880 2 142 420 Tonnen, von 1881 bis 1885 3 373 675, von 1886 bis 1890 4 183 726, von 1891 bis 1895 5 047 434, dagegen im Jahre 1900 nicht weniger als 8 469 278 und 1906 und 1907 12 232 793 und über 12,8 Millionen Tonnen. Der Verbrauch, der ja nicht nur durch die deutsche Produktion sondern weiter noch durch die wechselnden Verhältnisse von Einfuhr und Ausfuhr bestimmt wird, zeigt trotz der angedrohten Dauerversumpfung ganz den gleichen, häufig einen noch glänzenderen Aufschwung, auch auf den Kopf der Bevölkerung, also unter Berücksichtigung des Bevölkerungszuwachses. Man verbrauchte in Deutschland auf den Kopf (im 5jährigen Durchschnitt, oder im Einzeljahre): Steinkohlen 1876 bis 1880 850 Kilo, 1881 bis 1885 1062, 1886 bis 1890 1225, 1891 bis 1895 1374, 1900 1802, 1905 und 1906<sup>3)</sup> 1859 und 2065 Kilo; Braunkohlen 1876 bis 1880 320 Kilo, 1881 bis 1885 383, 1886 bis 1890 461, 1891 bis 1895 566, dagegen 1900 860 und 1905 und 1906 998 und 1056 Kilo; Roheisen 1876 bis 1880 immerhin nur 51,4 Kilo, 1881 bis 1885 75,9, 1886 bis 1890 89,2, 1891 bis 1895 100,2, dagegen 1900 161,8 und 1905 und 1906 173,6 und 197,8 Kilo; Baumwolle 1871 bis 1875 2,84 Kilo, 1876 bis 1880 2,86, dagegen 1901 bis 1905 6,15, 1906 6,28, 1907 7,29 Kilo. In absoluten Ziffern betrug der industrielle Verbrauch: von Jute 1871 bis 1875 6238 Tonnen, 1876 bis 1880 14 052, dagegen 1901 bis 1905 119 820, 1906 141 391, 1907 149 012 Tonnen; von Kupfer 1876 bis 1880 lediglich 16 132 Tonnen, andererseits 1906 151 791 Tonnen; von Blei 1876 bis 1880 42 085 Tonnen, 1905 und 1906 198 603 und 194 865 Tonnen.



SELBST diese stürmische Produktions- und Zufuhrvermehrung genügte lange Zeit der Nachfrage nicht entfernt: das sieht man an den jahrelang heftig steigenden Preisen. Den Durchschnitt der Jahre 1890 bis 1899 gleich 100 gesetzt, erreichte in den Vereinigten Staaten 1907: Bessemerroheisen einen Junipreis von 177,8, Kupfer einen Maipreis von 206,6, Zinn einen Maipreis von 234,5, Blei einen Märzpreis von 167,5, Anthrazitnusskohle einen Januar- bis Märzpreis von 137,7, Hochofenkoks einen Februarpreis von 210,5, von den gebräuchtesten Hölzern *Pine white* einen Herbstpreis von 197,4 respektive 203,1, Kautschuk einen Februarpreis von 148,0.<sup>4)</sup> Oder nehmen wir Deutschland, und setzen wir mit unserer amtlichen Statistik den Durchschnitt der Preise für 1889 bis 1898 gleich 100, so steht der Jahresdurchschnitt: für deutsches Roheisen aller (von der amtlichen Statistik verzeichneten) Sorten 1907 auf 136, für deutsche Steinkohlen aller Art 1907 auf 127, für englische Steinkohlen 1907 auf 137, für Kupfer aller Sorten 1907 auf 179, für Zink 1906 auf 141, für Zinn 1906 auf 225, für Häute und Felle aller Art 1906 auf 142, für Wollen aller Sorten 1907 auf 138, für Baumwolle 1907 auf 135, für Rohseide 1907 auf 135, für Rohjute 1907 auf 185. In allen diesen Rohstoffen, mit alleiniger Ausnahme des Roheisens, ist Deutschland ein Freihandelsland geblieben, so dass der neue Zolltarif — wie entgegen manchen ungeheuerlichen Zeitungs- und Versammlungsphantasieen bemerkt sei — bei den genannten Preiserhöhungen nicht die geringste

) Weiter als mitgeteilt (meist bis 1906) liegen hier die amtlichen Berechnungen nicht vor.

<sup>4)</sup> Nach dem *Washingtoner Bulletin of the Bureau of Labor*, Märzheft 1908: *Wholesale prices, 1890 to 1907*. Die folgenden deutschen Ziffern nach dem *Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reichs*, 1908, I.

Rolle spielt. Auch für Amerika scheidet für die letzte Wirtschaftsperiode die Wirkung solcher künstlichen staatlichen Eingriffe aus, da der Dingley-tarif unverändert seit 1897 in Kraft stand.

Umgekehrt blieb natürlich das Freihandelsland England von entsprechenden Preissteigerungen nicht verschont, die bei einzelnen hervorragenden Erzeugnissen, wie bei den umworbeneren englischen Kohlsorten, sogar das Mass der deutschen Preiserhöhungen noch ansehnlich übertrafen. Kupfer war<sup>5)</sup> von 66 Pfund Sterling pro Tonne im Anfang des Jahres 1905 bis auf  $106\frac{7}{8}$  Pfund Sterling im Anfang des Jahres 1907 gestiegen: von da bis Anfang März stieg es weiter auf über 110, noch am 6. Juli stand es auf  $104\frac{1}{4}$  Pfund Sterling. Ähnlich verlief in England die Preisbewegung von Zinn und Blei. Zinn notierte Anfang 1905 134 Pfund Sterling pro Tonne und hob sich bis Anfang Juli 1907 bis auf 200, mit Zwischenpreisen von nicht weniger als 214 Pfund im Mai 1905. Blei notierte Anfang 1905 13 Pfund Sterling für die Tonne, Anfang 1907 hatte es  $20\frac{3}{16}$ , Mitte Juli 1907 sogar  $22\frac{3}{8}$  Pfund erreicht. Roheisen war von  $2\frac{1}{2}$  Pfund Sterling pro Tonne Anfang 1905 auf  $3\frac{1}{10}$  Pfund Anfang 1907 emporgegangen. Für die Kohlen hatte bereits der südafrikanische Krieg 1900 eine beispiellose Hausse gebracht. Der diesmalige Boom von 1906 und 1907 gab seinem Vorgänger nichts nach. Best Wallsend-Steinkohle (pro Tonne, loco London) erzielte ihren höchsten Preis mit 22 Shilling im September 1907, während sie Anfang 1907 17 Shilling, Anfang 1906 16 Shilling und Anfang 1905  $15\frac{1}{2}$  Shilling notiert hatte. Gewonnen wurden, um das Bild gleich nach dieser Seite zu vervollständigen: 1903 und 1904 noch wenig über 230 Millionen Tons, dann 1905 236.13, 1906 251.05 und 1907 267.83 Millionen Tons Steinkohlen.

Das alles sind wahrhaftig keine *dauernden Versumpfungerscheinungen*, und sie finden fast alle ihr Gegenstück bereits in der Hochkonjunkturzeit, die voranging und für die meisten Industriestaaten etwa die Jahre 1896 bis 1900 ausfüllt. Seit der Mitte der neunziger Jahre haben eben nicht, wie behauptet, die kritischen sondern umgekehrt die günstigen Jahre überwogen. Das kann sich, zweifellos, wieder einmal ändern: aber, wie die Erfahrung des letzten Jahrzehnts lehrt, man tut gut mit Prophezeiungen vorsichtig zu sein, selbst wenn sie, wie man meint, aus einer *tieferen* Erkenntnis des kapitalistischen Entwicklungsganges herfließen sollten.



WEITER seien noch ein paar Ausführungen den Schwankungen des Ausenhandels während der Prosperitäts- und Depressionszeit gewidmet. Einheitliche Tendenzen für alle modernen Länder oder für alle Produktionszweige des selben Landes werden sich kaum konstatieren lassen. So ist zwar unleugbar immer ein gewisses Streben vorhanden in guten Zeiten auf die Ausfuhr weniger Nachdruck zu legen, weil und soweit der heimische Markt verhältnismässig preislohnender geworden ist und stetig anschwellende Warenmengen begehrt und aufnimmt. Aber das trifft auf überseeische oder russische Getreideexporte nicht zu, die bei wesentlich gleichbleibendem Inlandskornbedarf vor allem von den Ernteerträgen abhängen, und diese richten sich mehr

<sup>5)</sup> Diese Ziffern, mit einigen Ergänzungen, im wesentlichen nach dem Bericht des deutschen Generalkonsulats in London, *Nachrichten Reichsamt des Innern* vom 2. April 1908.

nach Sonne und Wetter als nach dem allgemeinen Wellengang von Prosperität und Depression. Wiederum die englischen Garnausfuhren vermehrten sich gerade in den letzten Jahren der allgemeinen Prosperität ganz ausserordentlich, weil die kontinentalen Spinnereien dem Bedarf der weiterverarbeitenden Textilindustrien, in erster Linie Deutschlands, immer weniger genügten. Weiter stehen für England an der Spitze des Exports die Kohlen, und deren Ausfuhr wuchs selbstverständlich, je mehr an den Küsten und im Innern, des europäischen Kontinents und anderer Erdteile, die Kohlenknappheit und Kohlenteuerung sich bemerkbar machte. Umgekehrt verschwinden für eine ganze Reihe von Industrieerzeugnissen die Vereinigten Staaten als Exporteur jedesmal dann, wenn bei flottem Geschäftsgang die amerikanische Nachfrage sich belebt; sie tauchen hier als Exporteur ebenso pünktlich wieder auf, wenn der heimische Absatz abflaut und zusammenbricht, und wenn festgefügte Trusts und Syndikate nicht etwa die energische Stillsetzung ihrer Betriebe vorziehen. Gleichlaufende Erfahrungen machen wir mit wichtigen deutschen Produktionszweigen. Oder mit anderen Worten: Der zusammenschrumpfende Export ist sehr oft ein Zeichen der strotzenden inneren Gesundheit, der wachsende Export ist nicht selten der Beweis des rasch oder allmählich wieder verfallenden Geschäftsganges.

Vielleicht wäre es gar nicht so unmöglich aus den Tatsachenbeobachtungen der letzten zwei Aufschwungs- und Niedergangsperioden (ungefähr 1896 bis 1900 und 1903 bis 1907 respektive 1901 bis 1902 und 1907 bis 1908) einige durchgehende übereinstimmende Grundzüge der Aussenhandelsschwankungen abzuleiten. Doch begnüge ich mich hier mit dem Hinweis auf einige frappante Einzelercheinungen der jüngsten Zeit.

Mit dem grossen amerikanischen Herbstzusammenbruch (Kupferbörsenkrach am 17. Oktober 1907, die nächsten Tage der Treuhandbankensturm<sup>6)</sup>) schnellten die amerikanischen Exporte förmlich empor. Im August, im September, noch im Oktober 1907 hatten die Ausfuhren stets geringere Ziffern als im gleichen Monat des Vorjahres 1906 gezeigt, nämlich im

August	1906	129 801 468	Dollars
"	1907	127 270 447	"
September	1906	138 496 954	"
"	1907	135 318 342	"
Oktober	1906	187 353 348	"
"	1907	180 256 085	"

Nunmehr sprangen die Ausfuhrwerte plötzlich in dieser Weise gegen das Vorjahr in die Höhe:

November	1906	182 655 685	Dollars
"	1907	204 474 217	"
Dezember	1906	190 399 977	"
"	1907	207 076 269	"
Januar	1907	189 296 944	"
"	1908	206 189 926	"

Selbst der Februar 1908 stand trotz seines Abflauens im Export noch immer über dem Februar 1907 (167,87 gegen 159,52 Millionen Dollars); erst der März blieb in seiner Ausfuhr um 12,5 % hinter dem vorjährigen März und

<sup>6)</sup> Vergl. meine Schrift *Hochkonjunktur und Wirtschaftskrisis* (Berlin 1908), pag. 7 ff.

vollends weit hinter allen Monaten seit dem Fühlbarwerden der Krisis zurück (März 1908 141,6, 1907 161,7 Millionen Dollars). Genau entgegengesetzt liefen seit Oktober, in der Zusammenbruchszeit, die amerikanischen Einfuhren. Während sie vorher in jedem Monat den entsprechenden Vorjahrsmonat überholten, schrumpften sie mit einem Schlage jammernswert zusammen. Die Handelsstatistik der Vereinigten Staaten gibt nämlich als Einfuhrwerte an:

August	1906	105 697 015	Dollars
„	1907	125 806 043	„
September	1906	102 618 323	„
„	1907	106 365 180	„
Oktober	1906	118 128 352	„
„	1907	111 912 621	„
November	1906	119 756 343	„
„	1907	110 942 916	„
Dezember	1906	134 349 760	„
„	1907	92 251 784	„
Januar	1907	126 586 934	„
„	1908	84 994 123	„
Februar	1907	123 005 683	„
„	1908	79 124 401	„

Der Abfall ist, wie man sieht, zuletzt ein ganz ungeheurer. Aber diese zweiseitigen Aussenhandelsbeeinflussungen durch die Krisis sind offenbar überwiegend nicht normaler sondern lediglich vorübergehender, abnormer Art. Durch den wachsenden Wert der Ausfuhren schafft man wachsende Guthaben auf das Ausland, der sinkende Wert der Einfuhren verringert die Zahlungsverpflichtungen an das Ausland. Es war die periodische *Geldnot*, das Verschwinden des Edelmetalls aus dem Umlauf und aus den Banken, das zu diesen zeitweiligen Schritten der Angst und der Verlegenheit in Amerika vorwärts trieb. Das teils bewusst gewollte teils automatisch sich vollziehende Schlussergebnis war der unvergleichlich starke Zustrom von Gold, die Kräftigung der Banken und die Wiederbelebung des gelähmten Geldumlaufes. Die Statistik des Washingtoner *Department of Commerce and Labor* weist noch von Mai bis August 1907 einen Überschuss der Goldausfuhren nach, im September und Oktober flossen von aussen immerhin nur  $1\frac{1}{4}$  und  $\frac{4}{5}$  Millionen Dollars mehr zu als ab, dagegen im November 62 959 702 Dollars mehr zu, im Dezember 43 444 074 Dollars und nochmals im Januar 1908 10 355 284 Dollars.

Wie schon in der vorigen Depressionsperiode nach 1900 lässt sich die dauerndere Ausfuhrsteigerung, der *Schleuderexport*, die forcierte Ausfuhr besonders in einigen deutschen Produktionszweigen verfolgen. Bei den Steinkohlen hat die Zurückdämmung der Einfuhr und die Steigerung der Ausfuhr seit dem Mai kräftigst eingesetzt; im ersten Halbjahr 1908 hatten wir infolgedessen bereits einen Ausfuhrüberschuss (Ausfuhr minus Einfuhr) von 4 278 821 Tonnen gegen nur 3 805 192 im ersten Halbjahr 1907. Die kritischen oder doch für die Eisenproduktion noch flauen Jahre 1902 bis 1905 waren durch die umfassenden Abstossungen von Roheisen nach dem Ausland charakterisiert. Im ersten Halbjahr 1907 auf 1908 ging gleichfalls der Überschuss der Roheiseneinfuhr bereits von 26 677 auf 12 113, also um 14 564 Tonnen zurück. Die deutsche Ausfuhr von Maschinen stieg von 2 574 326 Doppelzentnern während der ersten 7 Monate des Hochkonjunkturjahres 1907 auf 2 839 872 Doppelzentner in der nämlichen Zeit des laufenden Krisenjahres.





## PAUL HUG · DIE OLDENBURGISCHEN WAHLEN, EINE PROBE AUFS EXEMPEL



ATTEN die Wahlen zum kleinen Parlament des kleinen norddeutschen Bundesstaates, der noch nicht einmal eine halbe Million Einwohner zählt, nicht im Zeichen einer Wahlreform stattgefunden, so würden sie wohl kaum allgemeinere Aufmerksamkeit erregt haben. Bekanntlich hat der oldenburgische Landtag im März dieses Jahres ein Wahlreformgesetz angenommen, das in der Richtung des allgemeinen und direkten Wahlrechts liegt. Es bedeutet gegen das jetzige Wahlrecht einen Fortschritt, indem die indirekte Wahl beseitigt wird, das Wahlrecht nicht mehr wie bisher an die oldenburgische Staatsangehörigkeit geknüpft ist, und es auch den beim Arbeitgeber wohnenden Diensthöten und Angestellten verliehen wird. Dagegen bestimmt das neue Gesetz, dass man 3 Jahre im Grossherzogtum wohnen muss, um sein Wahlrecht ausüben zu können, und dass die Legislaturperiode von 3 auf 5 Jahre verlängert wird. Sicher hat dies neue Wahlgesetz, am Reichstagswahlrecht gemessen, seine Nachteile, auf die ich auch bereits in den *Sozialistischen Monatsheften* hingewiesen habe<sup>1)</sup>, trotzdem ist es besser als das der andern norddeutschen Staaten, die Hansarepubliken eingeschlossen, zu ihren Parlamenten. Die sozialdemokratische Fraktion im oldenburgischen Landtag hat nach vergeblichen Kämpfen für eine bessere Gestaltung auch dem Entwurf seine Zustimmung gegeben, bekanntlich auch der Verlängerung der Wahlperiode. Unsere Genossen haben diese Haltung zu dem vorgelegten Wahlreformgesetz weniger darum eingenommen, um nur etwas zu stande zu bringen oder um der bürgerlichen Gesellschaft entgegen zu kommen, sondern weil sie das kleinere Übel dem grösseren vorziehen und vor allem auch den Bestrebungen, die sich bei der Beratung im März zeigten, das Pluralwahlrecht an Stelle des gleichen Wahlrechts einzuschmuggeln einen Riegel vorschieben mussten. Ob dieser Haltung wurden die vier Parteigenossen des oldenburgischen Landtags von den *radikalen* Organen der Partei gerüffelt und Prinzipienverräter genannt.

Der Ausfall der am 13. Oktober beendeten Landtagswahl hat ihre Stellungnahme zu der Wahlreformvorlage vollständig gerechtfertigt und ihre Befürchtungen, was das Pluralwahlrecht anlangt, vollauf bestätigt. Kaum war der Landtag auseinandergegangen, so setzte in den bauerlichen Kreisen eine Agitation gegen das gleiche Wahlrecht ein. Nebenher freilich auch gegen die in Aussicht stehende Volksschulreform. Es gibt nämlich unter den oldenburgischen Grossbauern viele, denen ein *gebildeter Schweinehirt* als das grösste Unglück der Welt erscheint. Sie wollen damit sagen, dass sie bei einer Verbesserung der dürftigen Volksschulbildung fürchten müssen die Landflucht der Landarbeiterjugend noch mehr um sich greifen zu sehen. Die Bewegung gegen das gleiche Wahlrecht und für ein Pluralwahlrecht oder gegen die beschlossene Wahlreform überhaupt wurde vom *Bund der Landwirte* unterstützt und von rabiaten Mitgliedern dieses Bundes geleitet. Das Ziel der Bewegung ging zunächst dahin aus einigen Wahlkreisen die liberalen Abgeordneten, die für die Wahlreform sowie für die Volksschulreform gestimmt und gewirkt hat-

<sup>1)</sup> Vergl. meinen Artikel *Das oldenburgische Beispiel* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1908 I. Band, pag. 482 ff.

ten, zu verdrängen und an ihre Stelle Gegner dieser Reformen zu setzen. Besonders hatten sie es auf den Wahlkreis Delmenhorst abgesehen, der diesmal 6 Abgeordnete in den Landtag zu schicken hatte. Dieses Ziel haben die Wahlrechts- und Bildungsfeinde auch erreicht. Es wäre vereitelt worden, wenn Liberale und Sozialdemokraten in den gefährdeten Wahlkreisen ein Wahlbündnis geschlossen hätten. Aber die oldenburgischen Liberalen liessen die Reaktionen ruhig gewähren und stellten sich wie bisher auf den Standpunkt, bei den Landtagswahlen seien Agitation und Organisation überflüssige Dinge, und Parteipolitik gehöre nicht in den Landtag hinein. In Delmenhorst boten die Linkliberalen unseren Parteigenossen ein Bündnis an, das auch auf der Grundlage zu stande kam, dass jede Partei ihre eigenen Wahlmänner wählen und bei der Abgeordnetenwahl sich beide Parteien in die Zahl der Mandate gleichmässig teilen sollten. Leider hatte das Bündnis keinen Erfolg. Gegen die Agitation des *Bauernbundes* auf dem Lande konnten die Liberalen ebenso wenig aufkommen wie wir. Dazu fanden sich in unseren Reihen Prinzipienwächter, die in dem durchaus korrekten Wahlbündnis eine *Prinzipienverletzung*, ein Entgegenkommen an die bürgerliche Gesellschaft und wer weiss was alles sahen. Das hatte Diskussionen in der Presse und in Versammlungen zur Folge, die die Werbekraft des Wahlbündnisses natürlich nicht erhöhten. Es scheint fast, als ob die Diskussionen in der Partei darüber, was *Entgegenkommen an die bürgerliche Gesellschaft* ist oder was unter die Formel von dem *kleineren Übel* und den *Abschlagszahlungen* fällt, derart die Begriffe verwirrt haben, dass viele Parteigenossen lieber auf einflussbringende Wahlerfolge oder die Befestigung errungener Positionen verzichten als auf das Ansehen, das sie als die Wächter des *reinen Prinzips* zu geniessen glauben.

So kam es denn, wie es kommen musste. Die Liberalen verloren mehrere Sitze. Die Sozialdemokraten erhielten zwar im Wahlkreis Rüstringen durch die Bevölkerungsvermehrung einen Sitz mehr, verloren aber im Fürstentum Lübeck einen Sitz, da sich die dortigen Liberalen aus Furcht alle 4 Mandate an die Sozialdemokraten zu verlieren mit den Agrariern verbündet hatten. Das Ergebnis der Abgeordnetenwahl vom 13. Oktober ist also folgendes: Es sind 18 Agrarier, 14 Liberale, 8 Ultramontane und 4 Sozialdemokraten gewählt; im ganzen 44 Abgeordnete. Der Verlust der Liberalen wäre noch grösser geworden, wenn nicht 3 von ihnen Unterstützung seitens unserer Parteigenossen erhalten hätten. Einer davon ist der Reichstagsabgeordnete für den ersten oldenburgischen Wahlkreis Ahlhorn, der andere einer der angesehensten Männer im Herzogtum, dazu Landmann und Vater des Schulreformastrags. Wir haben nun im Grossherzogtum Oldenburg die interessante Tatsache zu verzeichnen, dass von den 3 Reichstagswahlkreisen 2 liberal vertreten sind, einer ultramontan, während die Liberalen im Landtag in die Minderheit gedrängt und eine agrarisch-ultramontane Mehrheit gewählt wurde, die für das endgültige Zustandekommen der im März beschlossenen Wahlreform wie für die Reform des Volksschulwesens eine ernste Gefahr bildet. Den Ausschlag geben die sogenannten *demokratischen Agrarier* und diejenigen Liberalen, die zwischen dem Freisinn und den Nationalliberalen hin und her pendeln. Das sind sehr unzuverlässige Elemente. Wenn jemals die Untauglichkeit und Unhaltbarkeit des indirekten Wahlsystems bewiesen worden ist, so ist es bei dieser Wahl der Fall gewesen. Auch diejenigen — und diese sind in unserem Lager zu

suchen —, die geglaubt haben, dass die Schlechtigkeit des Wahlreformgesetzes die Arbeiter in hellen Haufen dazu bringen würde die oldenburgische Staatsangehörigkeit zu erwerben, um der Wahl eine für uns günstige Wendung zu geben, haben sich gründlich getäuscht. Obleich es die Partei an der Agitation für die Erwerbung der Staatsangehörigkeit wirklich nicht fehlen liess, waren doch die Indolenz und die Scheu vor den damit verbundenen Kosten grösser als der Zorn über die Verkümmernng des Wahlrechts, die in der dreijährigen Karenzzeit liegt.

Bei solcher Sachlage kann man auf eine erfolgreiche Tätigkeit der nur 4köpfigen sozialdemokratischen Fraktion im oldenburgischen Landtag nicht zu grosse Hoffnungen setzen. Sie wird froh sein müssen, wenn es ihrer Mitwirkung gelingt die Beschlüsse des letzten Landtags in Sachen der Wahlrechtsreform ohne Verschlechterung durchzuführen. Sie wird versuchen — wenn es auch heute aussichtslos erscheinen mag — Verbesserungen durchzusetzen. Und in der Frage der Schulreform wird sie auf Erfolge erst recht nicht rechnen können. Sie wird zufrieden sein müssen, wenn es gelingt der Geistlichkeit die Schulaufsicht zu entreissen und Lehrern und Laien an Stelle der Geistlichen und Staatsbeamten mehr Einfluss auf die Schulverwaltung zu verschaffen. Ich glaube auch kaum, dass dieser Landtag weitere Aufgaben haben wird als die Erledigung dieser beiden Reformgesetze und des Etats.

XX

## ROMAN STRELTZOW · DREI JAHRE RUSSISCHER VERFASSUNG



SEIT jenen denkwürdigen Oktobertagen der russischen Revolutionszeit sind nun drei Jahre verflossen, und unwillkürlich drängen sich jedem die Fragen auf: Was hat Russland in dieser Frist erreicht? Was hat die Verfassung dem russischen Volk gebracht? Wohin steuert die Entwicklung des *konstitutionellen* Russenreichs?

Der Sturm der Revolution und die darauffolgenden Orgien des reaktionären Terrorismus haben die Verhältnisse des Landes auf das äusserste verwirrt. Es ist unter diesen Umständen ziemlich schwer die Richtlinien der inneren Entwicklung Russlands herauszufinden und die verschiedenen mitwirkenden Kräfte genau einzuschätzen. Eine auf unanfechtbares statistisches und sonstiges tatsächliches Material gegründete Beurteilung des jetzigen Zustandes ist so gut wie unmöglich. Immerhin aber ist die jetzige Lage bei weitem nicht so dunkel wie es noch zur Zeit der zweiten *Duma* der Fall war, und eine Orientierung in dem verworrenen Knäuel des Riesenreichs ist etwas leichter geworden. Bei genauerem Zusehen kann man schon jetzt die Konturen der zukünftigen Entwicklung entdecken.

Eines der wichtigsten Momente für die Erkenntnis der Dinge in Russland ist das wirtschaftliche Leben des Volkes, dem daher vor allem Aufmerksamkeit geschenkt werden muss. Noch vor nicht langer Zeit versicherte man öfter, die durch Streiks und die sonstigen Wirrnisse arg zerrütteten wirtschaftlichen Zustände würden nun, da die Ruhe wiederhergestellt sei, rasch wieder aufblühen. Diese Versicherung fusste auf einer Reihe von Annahmen, unter denen das staatsmännische Verständnis und die administrative Fähigkeit des

Premierministern nicht die letzte Rolle spielten. Man glaubte, Stolypin würde mit Repressalien gelinde vorgehen. Man traute ihm die entsprechende Macht zu und rechnete damit, dass er die lokalen Satrapen in der Hand haben und sie vom Missbrauch ihrer Gewalt abhalten würde. Es kam anders. Die Satrapen wüteten wie immer, die Bevölkerung wurde terrorisiert, jede aktive Tätigkeit unmöglich gemacht. Die lokalen Machthaber fürchteten nicht nur das Wirken aller politischen Parteien sondern auch jeder unabhängigen Berufsverbindung, und die jungen neutralen Gewerkschaften wie die politisch harmlosen Konsumvereine wurden heftig verfolgt. Auf dem Genossenschaftskongress, der im Frühjahr dieses Jahres in Moskau stattgefunden hat, wollte man auch folgende Materien besprechen: gegenseitige Versicherung der Vereinswaren; Errichtung von Grosseinkaufsgenossenschaften; Errichtung von Konsumvereins- und anderen Verbänden; die Beziehungen zwischen den Konsumvereinen und Gewerkschaften; die Lage der Angestellten in den Konsumvereinen.<sup>1)</sup> Alles unpolitische und keineswegs staatsgefährliche Fragen. Der Moskauer Stadthauptmann witterte aber dahinter etwas wie ein Attentat auf die Staatsgewalt und verhinderte die Aufnahme dieser Punkte in die Tagesordnung. Dieser Zwischenfall charakterisiert wohl am drastischsten die Brutalität wie die Dummheit des jetzigen Regimes.

Die Rettung des Staates vor einem eventuellen Bombardement mit genossenschaftlichen Kartoffeln fand in Moskau statt. Wenn es also um die verfassungsmässigen Freiheiten selbst in der Hauptstadt Moskau so bestellt ist, so kann man leicht einen Rückschluss auf die Verhältnisse auf dem Lande machen. Und nicht minder leicht kann sich der westeuropäische Leser die Wirkung dieser Zustände auf die wirtschaftliche Entwicklung vorstellen. Der geknechtete Bauer wird immer auch ein schlechter Wirt sein, und die schlechte Lage der Landwirtschaft wird, da Russland ein Agrarland ist, schädigend auf alle Zweige des wirtschaftlichen Lebens wirken. Das begreifen auch die russischen Kapitalisten, und es ist ganz in der Ordnung, wenn wir in der *Promyschlenmostj i Torgowlia*, dem offiziellen Organ der organisierten Handelsindustriellen, schwarz auf weiss lesen:

»Unsere Industrie und unser Handel werden ihre klägliche Existenz so lange führen, solange unsere Landwirtschaft daniederliegt. Ohne weitester Entwicklung der Selbsttätigkeit in Form von allerlei Genossenschaften kann sich aber die letztere nicht emporheben.«

Eine klarere Anklage des jetzigen Kurses von dieser Seite konnte man nicht erwarten, und sie besagt ganz deutlich, dass die Politik des jetzigen Regimes der wirtschaftlichen Hebung des Landes nicht förderlich ist, dass ein Aufblühen der Industrie, des Handels, der Landwirtschaft ohne Gewährung eines Mindestmasses von Freiheit nicht zu erwarten steht.

Man sieht, auf wirtschaftlichem Gebiet hat die Verfassung nichts Erfreuliches gebracht. Wir erlebten in diesen drei Jahren drei Missernten, aber deren Wirkung auf die Volkswirtschaft wäre eine ganz andere gewesen, wenn das Volk seine Angelegenheiten ohne Beihilfe der hochwohlhällischen Behörde erledigen könnte. Die Hauptschuld an dem wirtschaftlichen Niedergang des Volkes trägt der politische Kurs, und nicht der *Zorn Gottes*, der die Missernten verursachte. Im engsten Zusammenhang mit der allgemeinen wirtschaft-

<sup>1)</sup> Vergl. die Rubrik *Genossenschaftsbewegung* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1908, 2. Band pag. 828 ff.

lichen Entwicklung steht die noch jetzt brennende Agrarfrage. Herr Stolypin hat von seinem Standpunkt aus einen nicht schlechten Griff gemacht, als er die bekannten Notgesetze über die Auflösung der Dorfgemeinde (*Obschtschina*) durchsetzte. Durch diese Massnahme sollten die Blicke der Bauern von den Ländereien der Grossgrundbesitzer abgelenkt, sollte der Zwist in die Reihen der Bauernschaft selbst getragen werden. Damit wurde für Herrn Stolypin und für seine politischen Auftraggeber wenigstens Zeit gewonnen. Um ihre Stellung zu behaupten, mussten die jetzigen Machthaber die gewonnene Zeit für eine Reihe durchgreifender Reformen auf dem sozialen und politischen Gebiet gebrauchen. Der Bauer musste durch diese Reformen wenigstens die Hoffnung auf eine nahe bessere Zukunft erhalten. Hebung der Agrikultur, Erleichterung des Kredits, Organisation von allerlei Arten von Genossenschaften könnten dabei sehr viel nützen. Für diese Organisation sind auch die notwendigen Kräfte vorhanden, da eine Menge von Intellektuellen und eine grosse Anzahl von gebildeten Bauern mit aller Energie auf diesem Gebiet arbeiten möchten. Doch brauchen diese Kräfte für ihre Entwicklung die Möglichkeit einer ungehinderten Tätigkeit, des freien Zusammenschlusses, der freien, solidarischen Arbeit. Wir haben aber gesehen, dass sogar die *gegenseitige Versicherung von Vereinswaren* dem jetzigen Regime gefährlich ist; unter solchen Verhältnissen kann natürlich von einer erspriesslichen Arbeit auf genossenschaftlichem Gebiet gar keine Rede sein. Wenn aber dem so ist, so ist es auch klar, dass eine Besserung der Bauernlage durch eine Hebung der Agrikultur, Erleichterung des Kredits usw. momentan nicht zu erwarten ist. Ebenso klar ist auch, dass die Bauern unter diesen Verhältnissen nicht beruhigt werden können. Somit ist der gute Griff, den Stolypin nach der Auflösung der ersten *Duma* getan hat, vollkommen resultatlos geblieben. Es ist deshalb nur zu erklärlich, dass die Bauernabgeordneten der jetzigen, der dritten *Duma* mit der Agrarpolitik der Regierung unzufrieden sind und ihre Forderung die Grossgrundbesitzer zu enteignen aufrecht erhalten. Trotz ihrer rechtsstehenden politischen Auffassung gehen die Bauernabgeordneten in der Agrarfrage Hand in Hand mit den *Kadetten*, deren Agrarentwurf gerade die Ursache der Auflösung der ersten *Duma* war. Diese Tatsache beweist uns am besten, dass die Agrarfrage noch weit entfernt von ihrer *Lösung* ist, und dass die jetzigen verfassungsmässigen Zustände auf dem Lande durchaus nicht den Anfang einer ruhigen Entwicklung bedeuten können.

Wie mit der Agrar-, so steht es auch mit der Arbeiterfrage. Auch hier vermochte das jetzige Regime nicht die Verhältnisse so zu gestalten, dass sie von nun ab ein gesundes Weitergedeihen ermöglichten. Auch hier hat die Regierung es nicht verstanden die Zeit auszunutzen und die Arbeiterbewegung in ein ruhiges, reguliertes Fahrwasser zu bringen. Wie kann der Arbeiter von illegalen Kampfmitteln abgehalten werden, wenn man ihm die elementarsten Menschenrechte verweigert? Die harmlosesten Versammlungen werden aufgelöst oder überhaupt nicht gestattet, die Gewerkschaften durch Verhaftung, Verbannung usw. der Mitglieder terrorisiert, meistens aber direkt aufgelöst, die Konsumvereine zum Vegetieren verurteilt, die Arbeiterpresse wird verboten: wie kann sich der Arbeiter unter diesen Umständen *beruhigen* und nicht mehr an Auflehnung und Revolution denken? Wie vor den Oktobertagen des Jahres 1905 wirken alle Massnahmen der Regierungsagenten nur aufreizend.

Wie damals mischen sich die lokalen Behörden in die Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern. Wie damals sind die Fälle nicht selten, wo die Fabrikanten mit hohen Geldstrafen belegt werden, weil sie den streikenden Arbeitern Zugeständnisse machten. Solche Einmischungen können nur wachsende Unzufriedenheit, unaufhörliche Ansammlungen des revolutionären Zündstoffs zur Folge haben. Geht es so weiter — und warum sollte es anders weiter gehen? — so wäre es ein Wunder, wenn all die Ereignisse der revolutionären Periode nicht wiederkehren.

Durchaus nicht besser steht es mit der Wirkung des *konstitutionellen* Regimes auf das Leben der Hochschulen. Nach der Eroberung der Autonomie ging es zunächst auf den Universitäten und anderen höheren Lehranstalten sehr ruhig zu. Die Studenten arbeiten in diesen Jahren fleissiger denn je. Hätte man die Autonomie der akademischen Republiken nicht angetastet, so könnte Russland sich einer ruhigen und erspriesslichen Entwicklung des Hochschulwesens erfreuen. Diese ruhige Entwicklung liegt nicht nur im Interesse des Landes sondern auch der Regierung selbst, für die eine Wiederholung der früheren Gärung unter der studierenden Jugend geradezu verhängnisvoll werden kann. Der Übermut der siegestrunkenen Reaktion konnte sich aber mit dem autonomen Leben der Hochschulen, in denen es natürlich nicht kasernenmässig zugeht, nicht aussöhnen. Schritt für Schritt begann der Kampf gegen die unbequeme Autonomie. Eins nach dem andern, und stets in herausfordernder Form, vernichtete man die Rechte des Professorenrats. An dieser Attacke auf die Selbständigkeit der höheren Lehranstalten nahm nicht nur die zentrale Gewalt sondern auch die lokale grossen Anteil. Das provokatorische Treiben gegen die akademische Freiheit ging so weit, dass die Generalgouverneure sich erdreisten konnten aus eigener Machtvollkommenheit die ihnen unbequemen Professoren abzusetzen. Das Resultat solcher Vorkommnisse konnte natürlich kein anderes sein als eine Empörung aller derjenigen, denen die kulturelle Bedeutung des freien höheren Unterrichts nicht ganz gleichgültig war. Die leicht entzündliche Jugend griff zum alten Kampfmittel: zum Streik. Nur mit grosser Mühe gelang es den Professoren diesen Streik beizulegen, doch kann er jeden Tag von neuem losbrechen. Wenn die Regierung ihren vor kurzem veröffentlichten Entwurf eines Universitätsstatuts nicht zurücknehmen wird, so sind die erbittertesten Abwehrkämpfe der Studentenschaft unvermeidlich. Es scheint jedoch durchaus nicht sicher, dass die Regierung auf ihrem reaktionären Entwurf bestehen wird, da sie eingesehen haben muss, dass sie sich in der Beurteilung der Stimmung innerhalb der Studentenschaft getäuscht hat. Man glaubte wohl, die reaktionären Exzesse hätten die Studentenschaft eingeschüchtert und ihre Kampfesfreude gelähmt. Man hörte überall von der erotischen Epidemie unter der Jugend und nahm an, dass die Fragen der Freiheit und Unabhängigkeit diese, erotisch verseuchte, Jugend nicht interessieren würden. Die Ereignisse der letzten Wochen haben all diese Annahmen Lügen gestraft. Wie man sich zu den letzten Studentenstreiks auch stellen mag, eins haben sie jedenfalls jedem unbefangenen Beobachter bewiesen: sie haben die Legenden von dem erotischen Wahnsinn, von dem moralischen Niedergang der russischen Jugend, von ihrem sozialen Indifferentismus eben widerlegt. Und diese Tatsache wirkt erfrischend und aufmunternd auf alle Schichten der Gesellschaft, trägt sehr viel zur Hebung der Stimmung bei.

Wenn die Autonomie der Hochschule von den jetzigen Machthabern nicht geduldet wird, so ist es von vornherein klar, dass die Forderungen der Nationalitäten auf nationale Selbständigkeit um so weniger Beachtung finden konnten. Die drei Jahre Verfassung hat die Regierung dazu benutzt, um alle während der Revolution gewährten *Freiheiten* zurückzunehmen. Die polnische, die jüdische, die armenische, die kleinrussische und andere nationale Fragen werden wieder akut. Die nationalen Bewegungen, die unter der Wucht der sozialen früher etwas zurückgetreten waren, beginnen von neuem zu erstarken. Anders konnte es auch nicht sein. Die verbrecherische Hetze der in ihrer Existenz bedrohten Popen konnte auf die Nationalitäten nur anstachelnd wirken. Von einer Erschlaffung der nationalen Bewegungen kann keine Rede sein, solange jede freie nationale Betätigung durch ein *Pogrom* seitens der *echten Russen* bedroht ist. Will man nicht die nationalen Gegensätze verschärfen, so muss man zuerst diesen *Echten* das Handwerk legen. In Wirklichkeit tut aber die Regierung das Gegenteil.

Welchen Teil des russischen Lebens wir also auch nehmen, überall finden wir das gleiche. Diese drei Jahre sind für die Entwicklung Russlands so gut wie spurlos vorübergegangen, die Regierung hat nicht vermocht diese Zeit der *Ruhe* für durchgreifende Reformen so auszunutzen, dass man darauf wenigstens die *Hoffnung* auf eine weitere gesunde Entwicklung setzen könnte. Diese Hoffnung fehlt auch den optimistischsten Beobachtern der jetzigen Zustände Russlands. Nicht nur die extreme Linke sondern auch die gemässigten Elemente unter den *Kadetten* beginnen allmählich eine Wiederholung des *tollen Jahres* zu ahnen. Den schärfsten Ausdruck gab der am weitesten rechts stehende *Kadett* Maklakow — nebenbei bemerkt der glänzendste Redner der dritten *Duma* — dieser Vorahnung. In einem Artikel, der in allen Schichten der öffentlichen Meinung sehr viel Aufsehen erregte, resumierte Maklakow seine Analyse der jetzigen Lage folgendermassen:

„Jene Arbeit zur Erneuerung des Vaterlandes, die den Geist der Gesellschaft heben und den Glauben einflössen könnte, dass die Regierung, wenn auch langsam, aber immerhin in der gewünschten Richtung geht, was die Ungeduldigen beruhigen und diejenigen, die zur Geduld mahnen, unterstützen könnte: diese Arbeit sieht man nicht. Rache an den alten Gegnern, Restaurierung der alten Polizeiordnung und die allmähliche Annullierung des Oktobermanifestes: das sind die einzigen Massnahmen, für die die Beruhigung ausgenutzt wurde. Und eine unheilvolle Stimmung verbreitet sich wiederum in der Gesellschaft. Hass, verzweifelte Hoffnungslosigkeit der Staatsgewalt gegenüber, boshafte Freude angesichts ihrer Misserfolge: das sind die schädlichen, antikulturellen Gefühle, die Stolypin wiederum auferstehen lässt. . . . Der Kurs, den die Regierung nimmt, richtet allmählich die alte Stimmung auf. . . . Herr Stolypin vernichtet mit einer Hand die Revolution, mit der anderen bereitet er einen neuen Ausbruch vor.“

So urteilt einer der gemässigten Politiker, der in Deutschland etwa die Stelle eines Bassermann einnehmen würde.

In dem traurigen Gemälde, das das Russenreich nach dreijährigem Bestehen der Verfassung darstellt, spielt auch die *Duma* keine erfreuliche Rolle. Gewiss, ihr Bestehen allein bedeutet schon viel für die Entwicklung konstitutioneller Ideen in Russland. Wäre die *Duma* schon ein unveräusserliches Gut des Volks geworden, so wäre es allein ein nicht zu unterschätzender Gewinn für die russische Kultur. Aber leider hat sich die *Duma* noch nicht so fest eingebürgert. Die *oktobristische Duma* hat sich bis jetzt nur dadurch erhalten können, dass sie

in allen ernsteren Fragen der Regierung nachgab und die wichtigsten Fragen, von denen das Leben des Landes abhängt, überhaupt nicht berührte. Ihre Lebensfähigkeit besteht in ihrer Schwäche. Sie wurde bisher am Leben erhalten, weil sie sich tot stellte. Wird sie aber lebendig, und beginnt sie einen ernsten Kampf um die Rechte und Forderungen des Volkes, dann ist es noch durchaus nicht sicher, ob sie weiter besteht. An unzweideutigen Äusserungen von massgebender Seite fehlt es in dieser Hinsicht keineswegs. Schon die brennende Universitätsfrage kann dem jetzigen Parlament verhängnisvoll werden; viel mehr aber noch die Agrarfrage, die demnächst zur Behandlung kommen muss. Somit bildet auch die *Duma* noch keinen Gewinnposten in der trostlosen Bilanz der Verfassungsjahre.

Wie trostlos nun auch diese Bilanz ist, so wäre es doch etwas voreilig anzunehmen, dass nun die freiheitliche Bewegung bald einen offensiveren Charakter annehmen wird. Die Wiederbelebung der Revolution schreitet nicht so schnell vorwärts wie man aus einer konzentrierten Darstellung entnehmen könnte. Man darf nicht vergessen, dass es ausser den aufgezeigten Momenten auch noch andere Faktoren gibt, die in entgegengesetzter Richtung wirken. Und vor allem soll man nicht ausser acht lassen, dass den einmal bestehenden Verhältnissen ein gewisses Beharrungsvermögen innewohnt, das nicht so von heute auf morgen überwunden werden kann. Die wichtigste Rolle spielt dabei die Differenzierung der oppositionellen Kräfte. Eine machtvolle revolutionäre Bewegung kann in Russland nur dann beginnen, wenn sie im gewissen Sinn national ist, das heisst, wenn sie nicht ausschliesslich die Bewegung einer Klasse darstellt. Um aber zu einer solchen nationalen Bewegung zu gelangen, müssen die Gegensätze, die heute die verschiedenen Klassen trennen, auf irgendwelche Weise zurücktreten. Dazu braucht es aber noch viel Zeit und nicht weniger Arbeit.

XX

# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

### Politik / Max Schippel

**Preussischer Landtag** An der Thronrede, mit der der preussische Landtag am 20. Oktober eröffnet wurde, interessieren vor allem die Ausführungen über die kommende, weil ganz unvermeidliche Wahlrechtsänderung. Kümmerlich genug sind diese freilich ausgefallen, obwohl überkonservative Blätter sogar die blosser Erwähnung einer Reformnotwendigkeit bereits als Friedensstörung und schwächliche Nachgiebigkeit behandeln. Irgend ein Termin ist für die parlamentarische Inangriffnahme der Aufgabe überhaupt nicht gesetzt: im Gegenteil, man weist nach wie vor auf die Unentbehrlichkeit umfassender Vorarbeiten hin. Auch über die inhaltlichen Grundzüge fehlt

jede Andeutung; es klingt sogar recht aufmunternd für die Gegner eines gleichen Stimmrechts, wenn eine »organische Fortentwicklung« erstrebt werden soll, »welche der wirtschaftlichen Entwicklung, der Ausbreitung der Bildung und des politischen Verständnisses sowie der Erstarkung staatlichen Verantwortlichkeitsgefühls entspricht. Es mögen ja an einigen Regierungsstellen heute schon Neigungen vorhanden sein die Reform nicht auf das kümmerlichste Flickwerk zu beschränken, und daraus mag sich ein gut Teil der, andernfalls ganz unmotivierten konservativen Warnungen und Proteste erklären. Entscheidend für den Fortgang dieses drängendsten und wichtigsten Problems der preussischen inneren Politik wird aber lediglich die Haltung und Entschlossenheit der Arbeitermassen bleiben. Die



jüngsten Erfahrungen Sachsens zeigen abermals zur Genüge, was konservative und mittelparteiliche Mehrheiten unter einer genügenden Erweiterung der Wahlbeteiligung und des Wahleinflusses verstehen können, und wie wenig andere Bevölkerungsschichten sich für Wahlrechtsfragen erwärmen.

Im Mittelpunkt der nächstmonatlichen Landtagsverhandlungen steht die Aufbesserung der Beamtenbesoldungen und die Deckung des finanziellen Mehrbedarfs. Der Finanzminister von Rheinbaben schlug hier in seiner üblichen Eröffnungsrede und in seinen Entwürfen vor: bei der Einkommensteuer die Steuersätze von 7000 M. Einkommen ab etwas steigen zu lassen (bei 10 000 M. künftig statt 3,28 %, bei 20 000 M. 3,60 %, bei 100 000 M. 4,90 %, bei 1 350 000 M. 4,95 % usw.), die Vermögenssteuer durchweg im grossen und ganzen um ein Viertel zu erhöhen, endlich eine neue Gesellschaftssteuer zu schaffen für wirtschaftliche Gesellschaften, einschliesslich der Genossenschaften, aber mit Ausnahme der Gesellschaften m. b. H.; und zwar soll diese Steuer sich nach dem Verhältnis des Gewinns zum Grundkapital abstufen; dafür sollen die derart getroffenen nichtphysischen Personen nicht mehr wie bisher zur Einkommensteuer besonders herangezogen werden, so dass hierfür also nur noch die Gesellschaften m. b. H. in Frage kämen. Als Mehrertrag sollen sich auf diesem Wege ergeben: bei der Einkommensteuer für physische Personen 20,5 Mill. M., für Gesellschaften m. b. H. 1,7 Mill. M., bei der Ergänzungssteuer 10,8 Mill. M., durch die Gesellschaftssteuer 22 Mill. M.

×  
**Balkan**

Ob die Balkanwirren ernstlich einen Kongress beschäftigen werden, ist im Augenblick noch immer nicht endgültig entschieden. Die Reise Iswolskijs nach London führte zunächst zu einer Verständigung mit Sir Edward Grey, dem Leiter der englischen auswärtigen Politik, über die Konferenztasks; die Zustimmung Frankreichs war alsdann bei den heutigen engen Beziehungen zwischen Petersburg, London und Paris un schwer zu erhalten. Unterdes hatten jedoch Bulgarien und Österreich-Ungarn den Weg selbständiger Verhandlungen mit der Türkei beschritten, mit den gewohnten Zwischenfällen und unter der gelegentlichen Drohung des Abbruchs

der Beratungen, aber durchaus nicht ohne Aussicht auf Erfolg. Dann kamen wieder ein paar kritische Tage. England sollte, unter dem Versprechen kräftigen Finanzbeistands für das neue Regiment — man sprach von einer zugesicherten Anleihe von 400 Mill. M. — die Türkei dazu gedrängt haben von allen Sonderverständigungen abzusehen und lediglich der einzuberufenden Konferenz alle Entscheidungen zu überlassen. Sehr bald jedoch stellte sich auf das unzweideutigste heraus, dass Österreich-Ungarn an keiner Konferenz teilnehmen werde, für die die Annexion Bosniens überhaupt noch eine Frage sei. Deutschland stand ihm dabei offensichtlich zur Seite. Die neueste Wendung war alsdann, dass Russland, England und Frankreich in einer gemeinsamen Note selber Bulgarien zu Verständigungsversuchen mit der Konstantinopeler Regierung und zugleich zur Einstellung der gefährlichen bulgarischen Mobilisierungsexperimente aufforderten. Dieses Vorgehen unterstützten nunmehr Deutschland und Italien. Am 30. Oktober kam dann die Nachricht von dem Abschluss eines Vorvertrags, in dem die Pforte die Unabhängigkeit Bulgariens anerkennt. Das Hin und Her dürfte noch nicht so bald zur Ruhe gelangen.

×  
**Internationale** Als Symptom der allseitigen internationalen Verständigung

muss man wohl auch die Enthüllung des *Daily Telegraph* auffassen: Kaiser Wilhelm II. habe zur Zeit des Burenkrieges nicht nur den von Russland und Frankreich geplanten Vorstoss gegen England vereitelt, er habe sogar durch militärische Ratschläge die Wege der Engländer noch mehr zu ebnen gesucht; daran reihen sich alsdann einige dunkle oder auch leicht zu durchschauende Andeutungen über mögliche gemeinsame Interessen Englands und Deutschlands im Stillen Ozean. Interessen, zu deren Wahrung den Engländern unter Umständen eine starke deutsche Flotte sehr willkommen sein könne. Neues erfuhr man durch die Unterredung mit einem englischen Diplomaten eigentlich nicht; denn die russisch-französischen antienglischen Einladungen an Deutschland sind bereits mehrfach zur Sprache gebracht worden, in ganz bestimmter Form zuletzt in der *Deutschen Revue*, in Gestalt einer Widerlegung der deutschfeindlichen Londoner *National Review*, die den damaligen Interventionsplan auf Berliner

Treibereien zurückgeführt hatte. Alle diese Sensationen des Tages beweisen jedenfalls zunächst nur, für wie wenig stabil man an vielen Stellen die heutige Grossmächtigkeitsgruppierung hält, oder wie gern man vielfach eine Neugruppierung wünscht.

Weiter enthüllten sie jedoch sehr bald eine für Deutschland tief beschämende und unter gespannten internationalen Verhältnissen geradezu verhängnisvolle Tatsache: nämlich den nach wie vor unzuverlässigen oder vielmehr vollkommen versagenden Einfluss unserer verantwortlichen Regierungsstellen, selbst bei den folgenschwersten Schritten. Das (abgelehnte) Entlassungsgesuch des Reichskanzlers spricht hier Bände. Bis in die äusserste Rechte hinein hat die ganze Angelegenheit wie eine Bombe gewirkt; ihre Konsequenzen sind im Augenblick noch nicht zu übersehen.

× **Kanada** ×  
Kurz vor der grossen Entscheidung in den Vereinigten Staaten haben am 26.

Oktober auch die Wahlen in Kanada stattgefunden, das seit 1896, unter Sir Wilfrid Laurier als Premierminister, dauernd über eine liberale Mehrheit verfügte. Wie in der älteren Nachbarrepublik im Süden, haben sich zwar die Unterschiede zwischen den beiden massgebenden Parteien stark verwischt. Vor allem in der Handelspolitik ist Laurier vielfach der Testamentsvollstrecker seines hervorragenden konservativen Vorgängers John Macdonald geworden; in freihändlerischen Auffassungen herangewachsen, hat er das Schutzzollsystem Kanadas wesentlich mit ausbauen helfen; ferner war er der erste koloniale Staatsmann, der England eine Vorzugszollbehandlung verschaffte. Trotzdem gewann in den letzten Wochen die Erwartung stark an Verbreitung, dass das Pendel wieder nach der konservativen Seite auszuschlagen beginne. Siedelungskoloniale Länder haben immer von Zeit zu Zeit ihre aufsehenerregenden Korruptionsaffären. Kein Wunder, denn nirgends hat die Verwaltung so viel über Riesenspätereien zu verfügen, ist sie so sehr mit der Anlage und Subventionierung grosser Eisenbahn- und anderer Verkehrsanlagen verknüpft, nirgends ist der Wertspekulationssinn so geschärft, die Unternehmungslust so skrupellos wie in Gebieten, in denen alle wirtschaftlichen Verhältnisse noch im wildesten Werden und Aufsteigen sich befinden. Allzulange

herrschende Parteien werden zudem in ihrer Haltung schlaffer. So mag es sich erklären, dass zuletzt eine ganze Reihe von Skandalen gegen die alte parlamentarische Bundesmehrheit ausgespielt werden konnte. Dennoch ist der von Borden geschickt geleitete Angriff abgeschlossen worden, überraschend gut sogar. Der Verlust der Liberalen wird ein Dutzend Sitze kaum übersteigen; diese überragen daher noch immer um etwa 50 Mandate ihre Gegner. Beim Ablauf der normalen 5jährigen Legislaturperiode würde Laurier somit auf eine ununterbrochene 17jährige Premierschaft zurückblicken können.

× **Kurze Chronik** ×  
In Prag ist es zu deutschfeindlichen Exzessen gekommen. × Am 28. Oktober hat eine Anzahl *Suffragettes* wieder einen Demonstrationstumult auf der Galerie des englischen Parlaments veranstaltet. × Die vom Grafen Andrássy vorgeschlagene ungarische Wahlrechtsreform bringt weder die gleiche noch die geheime Wahl. Die ungarische Sozialdemokratie bereitet eine energische Abwehraktion vor.

### Kommunalpolitik / Hugo Lindemann

**Städtetag für Preussen**  
In den ersten Tagen des Oktober tagte zu Königsberg der preussische Städtetag; seine Tagung stand unter dem Sterne der Jahrhundertfeier der Steinischen Städteordnung von 1808. Es liess sich erwarten, dass, wie bei allen Jubiläen so auch bei diesem, die Feststimmung vorherrschen würde und über diesem Gefühl die ungeschminkte Kritik an der Entwicklung des Städtewesens und seiner heutigen Lage nicht voll zum Ausdruck kommen würde. Das ist auch auf dem preussischen Städtetag so gewesen, wenschon erfreulicherweise die Kritik doch nicht ganz geschwiegen hat. Die preussischen Städte haben wirklich keinen Anlass mit besonderem Stolz auf die politische Entwicklung des Jahrhunderts nach Erlass der Steinischen Städteordnung zurückzublicken. Mit der Selbstverwaltung ist es immer weniger geworden; in den östlichen Provinzen gilt die Städteordnung von 1853, die, in der Zeit der schärfsten Reaktion entstanden, nur das eine Bestreben hat die Bewegungsfreiheit der Städte möglichst zu beschränken, und sie in allen Stücken der Kontrolle der staatlichen Bureaucratie auszuliefern. Es kann nicht

meine Aufgabe sein hier diesen Entwicklungsgang zu skizzieren, das habe ich bereits früher in den *Sozialistischen Monatsheften* getan (vergl. unter anderem meinen Artikel *Selbstverwaltung und Gemeinde in Preussen*, 1907, 2. Band, pag. 918 ff.). Meine damaligen Ausführungen deckten sich in der Hauptsache mit dem, was Dr. Preuss in seinem prächtigen Buch über die Geschichte des deutschen Städtewesens gesagt hat. Preuss war ja nun auch der erste und Hauptredner auf dem Städtetag; und die mehr oder weniger ausführlichen Berichte der Presse zeigen, dass der Preussische Vortrag ein Extrakt aus seinem grösseren Buch gewesen. Er beschränkte seine Aufgabe auch nicht darauf nur einen Rückblick auf das verflossene Jahrhundert zu werfen, er stellte auch für das Bürger- und Wahlrecht, das Verhältnis der beiden städtischen Behörden zu einander, die Staatsaufsicht usw. seine Forderungen auf, über deren Verwirklichung in dem nächsten Jahrzehnt er sich wohl nur geringer Hoffnung hingab. Man redet in Deutschland viel von der Selbstverwaltung, mehr als in anderen Ländern; sie ist ein beliebtes Schlagwort selbst im Munde preussischer Minister des Innern, damit hält man aber auch alle Verpflichtungen für erfüllt. In der Praxis streben alle die Schönredner der Selbstverwaltung dahin möglichst ohne sie ihres Lebens froh zu werden. Wenn daher Preuss seinem Vortrag den Gedanken zu grunde legte, dass die Verfassung der preussischen Städte seit dem Erlass der Städteordnung ein Torso geblieben sei, so ist das durchaus richtig im Sinne eines Mannes, der sich auf den Boden der Städteordnung von 1808 stellt, und ihre Weiterentwicklung im Geiste dieses Gesetzes im Auge hat. Das Steinsche Reformwerk war ein Torso und ist bis auf den heutigen Tag ein Torso geblieben. Der preussische Patrimonialstaat ist selbst heute trotz eines verflossenen Jahrhunderts und trotz einer Revolution, trotz der ungeheuren Industrialisierung des Landes noch so lebendig wie vor der Steinschen Städteordnung. Das hat Preuss in seinem Buch sehr schön nachgewiesen, und neuerdings hat Schücking aus der Praxis des Bürgermeisters einer kleinen Stadt neue Beweise beigebracht. Preuss trat in seiner Rede mit grossem Nachdruck für das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht ein, und legte damit den Finger an die Wunde. Die

Bourgeoisie der preussischen Städte ist Gegnerin des gleichen Wahlrechts selbst in ihren sogenannten *liberalen* Vertretern. Mit aller Macht hält sie am Dreiklassenwahlrecht fest, das die Vertretung der Arbeiterschaft, der nichtbesitzenden Klassen, auf eine bestimmte, stets zur Minderheit verdamnte Zahl beschränkt und dem Besitz die Vorherrschaft in der Kommune dauernd garantiert. Solange sie aber für sich Privilegien in Anspruch nimmt, so lange ist sie gezwungen den Herrschbedürfnissen der staatlichen Bureaukratie nachzugeben, um als Gegenleistung für die Opfe rung einer echten Selbstverwaltung den Schutz ihrer Privilegien einzutauschen. Solange daher die liberale Bourgeoisie in kurzichtigster Weise an ihren Wahlprivilegien festhält und damit die Gleichheit des Bürgerrechts negiert, so lange ist auch eine energische Oppositionsstellung gegen die staatliche Bureaukratie, ein wirklich ernster Kampf um die Befreiung der Selbstverwaltung aus den Banden eines fast schrankenlosen staatlichen Aufsichtsrechts dauernd unmöglich. Über diese Verhältnisse sind sich beide Parteien sicherlich durchaus im klaren. Jedenfalls hat die staatliche Bureaukratie durch die Gelassenheit, mit der sie die Proteste der städtischen Bourgeoisie gegen ihre Eingriffe und Übergriffe hinnimmt, oft genug deutlich gezeigt, dass sie an den Ernst der Opposition weder glauben will noch kann. Es dürfte sich empfehlen auf die beiden Vorträge der Hauptreferenten, Preuss und Rive, erst dann näher einzugehen, wenn sie in ihrem vollen Wortlaut vorliegen. Aus den übrigen Referaten seien dagegen noch einige Momente herausgegriffen. Die Verhandlungen über die Eingemeindungsfrage und die städtische Wohlfahrtspolizei lieferten geradezu schlagende Beweise dafür, wie die staatliche Bureaukratie und die Interessenswirtschaft der agrarischen Kreise in Preussen allezeit Hand in Hand mit einander gehen. Die Klagen, die namentlich der Oberbürgermeister Bender über die Politik der Landkreise bei städtischen Eingemeindungen und ihre Unterstützung durch die gesetzgebenden Körperschaften vortrug, waren ausserordentlich bezeichnend. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, dass für die Ausgemeindung einer Vorortgemeinde aus einem Landkreis und ihre Aufnahme in einen Stadtkreis ein Gesetz notwendig sei: und sie legt einen Gesetzentwurf nicht eher vor.

bis ein finanzielles Übereinkommen zwischen dem Landkreise und der Stadtgemeinde zu stande gekommen ist. Sie nimmt diese gesetzlich absolut unbegründete Haltung vor allem deshalb ein, weil der preussische Landtag seine Hauptaufgabe in der Vertretung agrarischer Interessen findet und einen Gesetzentwurf rücksichtslos verwerfen würde, der nicht die Zustimmung des Landkreises erhalten hat. Die Folge dieser Verhältnisse ist die finanzielle Überlastung der eingemeindenden Stadtkreise, ihre wirtschaftliche Schädigung zu gunsten des Landkreises. Oberbürgermeister Bender hat diese Verhältnisse recht drastisch geschildert. Die Vorortgemeinden, die für die Kreisentwicklung erschreckend hohe Lasten ohne entsprechenden Nutzen zu tragen haben, sind meist im Kreisverband gar nicht vertreten. Die Rittergutsbesitzer und Landräte spielen dort eine grosse Rolle, sie sehen diese Gemeinden als zahlenden Fremdkörper an. Selbst bei der Eingemeindung wollen sie den Vororten ihre ganz abweichenden Interessen als massgebend aufdrängen. Gegenüber der Bevorzugung der agrarischen Kreise verlangte Bender die energische Anwendung des bestehenden Gesetzes, ohne die die Vorortgemeinden wirtschaftlich und sozial verkümmern. Er wollte sogar auch die grossen Städte im allgemeinen Interesse zu Eingemeindungen gezwungen sehen und exemplifizierte dabei auch auf Berlin, das man seinerzeit zur Eingemeindung der Vororte hätte zwingen sollen. Nicht Kreis und Stadtgemeinde sollen also über die Eingemeindung entscheiden sondern das öffentliche Interesse. Vor allem aber dürfte die Eingemeindung nicht länger von den Interessen der Grossgrundbesitzer abhängig gemacht werden, denen das Wohl der Städte Hehuka sei.

Auch von den Referenten war mit allem Nachdruck darauf aufmerksam gemacht worden, dass der Staat die Zunahme der städtischen über die ländliche Kultur nicht verhindern könne sondern nur ihre schädlichen Folgen durch vernünftige Massnahmen zu heilen suchen müsse. Nicht die Einschnürung und Verkrüppelung der Städte sondern ihre möglichst gesunde Entwicklung sei die Aufgabe des Staates. Die Referenten fassten den Inhalt ihrer Vorträge in eine Resolution zusammen, aus der die folgenden Abschnitte hier wiedergegeben seien: »Die den Grundprinzipien der Städteordnung entsprechende Anpassung der Gemeinde-

grenzen an das natürliche Wachstum vermehrt nicht, aber vermindert die nationalen und sozialen Gefahren, die letzteres mit sich bringen kann. Sie sollte diesem nicht nur folgen sondern ihm sogar ordnend vorangehen. Wo Vororte in die Lebensgemeinschaft eingetreten sind, entspricht daher ihre Eingemeindung den Interessen der Stadt, der Vororte und des allgemeinen öffentlichen Wohles. In solchen Fällen muss die fehlende Zustimmung eines der Beteiligten zur Eingemeindung im öffentlichen Interesse ersetzt werden können. Inwieweit die Landkreise für ihre freiwillig übernommenen Lasten von der eingemeindenden Stadt eine Abfindung zu erhalten haben muss ohne Einfluss auf die Eingemeindung selbst bleiben und ist von einer unparteiisch urteilenden Behörde nach Billigkeit zu entscheiden. Die Eingemeindung darf nicht von einer vorhergehenden Vermögensauseinandersetzung mit dem Landkreise abhängig gemacht werden. Eine rechtzeitige, zielbewusste Eingemeindung in grossem Umfange ist im öffentlichen Interesse einzelnen Eingemeindungen in der Regel vorzuziehen.«

Bei der Diskussion über die Frage der städtischen Wohlfahrtspolizei trat auch wieder recht klar zu tage, wie die Reaktion in Preussen in den letzten Jahrzehnten die Rechte der Selbstverwaltung zu beschränken gewusst hat. Die Städteordnung von 1808 hatte die Ortspolizei im staatlichen Auftrag den Magistraten zugewiesen, die Städteordnung von 1853 setzte an die Stelle des Kollegiums den Bürgermeister, der die Polizei im Auftrag des Staates ausübt und durch seine Zwitterstellung der staatlichen Bureaukratie Gelegenheit zu ihren zahlreichen Einmischungen in die kommunale Verwaltung gibt. Der Ersatz des Kollegiums durch die Einzelperson war gleichfalls geeignet die Stellung der staatlichen Aufsichtsbehörden zu stärken. Bei Beratung des Polizeikostengesetzes von 1892 hatte die Regierung sich bereit erklärt die Wohlfahrtspolizei an die Gemeinden zu übertragen. Seitdem hat sie diesen Standpunkt aufgegeben und ist vielmehr im Begriff die Verwaltung der Polizei in stets grösserem Umfang in die Hände besonderer staatlicher Polizeibehörden zu legen. Um den Gemeinden entgegenzukommen, hatte man seinerzeit eine Scheidung zwischen Wohlfahrtspolizei und Sicherheitspolizei gemacht und davon geredet den Gemeinden wenig-

stens die Wohlfahrtspolizei, also in erster Linie die Baupolizei, Nahrungsmittelpolizei usw. zu übertragen. Noch immer wartet aber die Mehrheit der Städte auf ein Entgegenkommen der Regierung in dieser Frage. Die Mitteilungen des Referenten, Dr. Gradenwitz-Stettin, waren recht interessant. Berlin bemüht sich seit mehr als 60 Jahren vergeblich darum die wichtigsten Zweige der Verwaltungspolizei zu erhalten. Noch heute liegt die Verwaltung des Feuerlöschwesens in den Händen der staatlichen Behörden. Die Hochbaupolizei wurde der Stadt einmal angeboten, aber unter unannehmbaren Bedingungen. Ebenso erging es den Städten Potsdam, Rixdorf und Sankt Johann. Nur Breslau, Köln, Stettin, Aachen und Hanau haben seit 1897 die Baupolizei erhalten. Andererseits sind auch nur von wenig Gemeinden Anträge auf Übertragung der Polizei gestellt worden, da diese stets nur widerruflich erfolgt. Die Übertragung stellt also geradezu ein Danaergeschenk dar. Die Gemeinden müssen einen grossen Apparat von lebenslänglich angestellten Beamten schaffen und können gewärtigen, dass ihnen die widerruflich übertragene Funktion wieder entzogen wird. Durchaus zutreffend verlangte daher der Referent die Übertragung der Wohlfahrtspolizei im Wege der Gesetzgebung, und zwar an den Magistrat und nicht den Bürgermeister. Damit werde auch die bisherige Unterordnung des Bürgermeisters unter die staatliche Behörde fortfallen, und an die Stelle der Subordination die Aufsicht treten. Der Referent beschränkte diese Forderung auf die Wohlfahrtspolizei, weil die Übertragung auch der Sicherheitspolizei durchaus aussichtslos sei. Zurzeit ist aber das eine wie das andere aussichtslos, und wenn daher auch der Korreferent, Oberbürgermeister Wallraf, mit aller Schärfe hervorhob, dass alle preussischen Grossstädte sich zur Übernahme der ganzen Polizeiverwaltung für durchaus befähigt und berufen halten, so wäre doch ein einstimmiger Beschluss des Städtetages auf Übertragung der gesamten Polizeiverwaltung an die Gemeinden sicher wirkungsvoller gewesen. Ein solcher Beschluss wäre um so wünschenswerter gewesen als in den von der Versammlung schliesslich angenommenen Leitsätzen die Wohlfahrtspolizei sehr scharf von der Polizeiverwaltung im allgemeinen getrennt wurde.

X

X

Mietervereine Gleichfalls in den ersten Oktobertagen fand in Stuttgart der 9. Verbandstag der deutschen Mietervereine statt. Das Hauptreferat lag in den Händen des Professors Fuchs, der über Wohnungswesen in Deutschland und England sprach. Die bisher in Deutschland eingeschlagenen Wege zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse führten nicht zum Ziel. Es handle sich bei der Wohnungsreform um die ganze Anlage unserer Städte, um die richtige Erfüllung der ganz neuen oder veränderten Aufgaben, vor die die moderne wirtschaftliche Entwicklung die städtische Ansiedelung gestellt habe, um die Folgeerscheinungen der Trennung von Wohn- und Arbeitsstätte, um die veränderte soziale Schichtung der städtischen Bevölkerung sowie um das Hinausgreifen der Städte über die früheren kommunalen Grenzen. Redner zeigte nun am englischen Wohnungswesen auf, wie dort diese Gesichtspunkte eine viel zweckmässiger Berücksichtigung gefunden hätten. Der Wohnungsstandard, namentlich der unteren Bevölkerungsschichten, sei in England ein höherer als in Deutschland. Den Hauptgrund für die schlechten Wohnungsverhältnisse in Deutschland sieht auch Fuchs in der Vorherrschaft der Mietskaserne, die unzweifelhaft die hygienisch schädlichste und niedrigste Wohnform darstelle. Sie ist teils das Produkt der historischen Entwicklung teils eine Folgeerscheinung der hohen Bodenpreise, in der Hauptsache aber ein Produkt der Verwaltungseinrichtungen, der Realkreditorganisation, der Ortsbebauungspläne und der ungenügenden Ausbildung der städtischen Verkehrsmittel. Auch in Deutschland habe bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts das Einfamilienhaus vorgeherrschet. Fuchs proklamierte also als die Aufgabe aller an der Wohnungsreform interessierten Kreise, also auch der Mietervereine, den Kampf gegen die Mietskaserne, die von den neu entstehenden Quartieren unserer Städte unbedingt ferngehalten werden müsse. Zwar sei das Ideal, die Gartenstadt, in unserer jetzigen Generation für die grossen Massen nicht mehr zu verwirklichen, doch sei jetzt schon die Schaffung gewisser Mittel- und Übergangsformen, das niedrigere Etagenhaus mit nicht mehr als 3 Stockwerken und einer Wohnung auf der Etage, erreichbar und daher mit allen Kräften anzustreben. Der

Verbandstag der Mietervereine machte die Ausführungen des Referenten in einer Resolution, in der er die fortschreitende Verdrängung des ungesunden Mietskasernensystems zu gunsten des kleinen Hauses, insbesondere des Einfamilienhauses forderte, zu den seinen.

× ×  
**Kurze Chronik** In Breslau wurden die mit 3 Mill. M. Aufwand erbauten beiden städtischen Markthallen eröffnet. × Die badische Städtekonferenz hat den Stadtrat von Karlsruhe ersucht die Regierung namens der Städte auf die einzelnen Bedenken hinzuweisen, die in finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht einer Besteuerung des Verbrauchs von Gas- und Elektrizität durch das Reich entgegenstehen. Die Regierung soll um Mitteilung der Gesetzentwürfe an die Städte gebeten werden, damit diese vor der endgültigen Stellungnahme der Regierung sich zu den Steuerobjekten äussern können. × Die Magdeburger Stadtverordnetenversammlung genehmigte ein Ortsstatut, nach dem alle städtischen Angestellten mit einem Einkommen bis zu 2000 M. von der Stadt gegen Unfall in städtischen Diensten versichert werden. × Der Magistrat der Stadt Hannover hat angeregt bei den demnächst beginnenden Kanalarbeiten heimische Arbeiter in erster Linie zu berücksichtigen, um dadurch die erhebliche Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. × Der Magistrat der Stadt Berlin will dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung beitreten, wonach eine gemischte Deputation zur Beratung der Einrichtung einer Arbeitslosenversicherung für Berlin eingesetzt werden soll.

### **Rechtspraxis / Wolfgang Heine**

**Vereinsrecht** Das neue Vereinsgesetz ist noch nicht ein halbes Jahr in Geltung, und bereits zeigen sich im reichlichsten Masse die Übelstände, die seine sozialdemokratischen Kritiker vorausgesagt hatten. Die Versprechungen einer liberalen und loyalen Handhabung, die der Staatssekretär des Innern abgegeben hatte, werden von manchen preussischen Behörden einfach nicht gehalten. Von unserer Seite war schon bei den Beratungen darauf hingewiesen worden, dass solche Versprechungen bedeutungslos wären, wenn man nicht durch strenge Fassung des Gesetzes selbst die alten Missbräuche un-

möglich machte. Dazu aber war der Block bei seiner Zerteilung und der freiwilligen Abhängigkeit, in die sein liberaler Flügel sich den Konservativen und der Regierung gegenüber begeben hatte, unlustig und unfähig.

An einer Reihe von Orten behandelt man geschlossene Vereinsversammlungen als öffentliche Versammlungen, man verlangt ihre Anmeldung und unterwirft sie polizeilicher Aufsicht. Angefangen hat dies in Oberschlesien den polnischen Vereinen gegenüber. Ganz neuerdings ist auch eine nationalpolnische gewerkschaftliche Fachorganisation in Berlin davon betroffen worden. Den Polen gegenüber handelt es sich vor allem um gesetzwidrige Ausdehnung des Fremdsprachenverbotes, das nur für öffentliche Versammlungen besteht. In Breslau und Magdeburg sind auch die Versammlungen der sozialdemokratischen Wahlvereine als öffentlich erklärt worden. Dabei spielt überall eine Stelle in der Begründung des Vereinsgesetzes eine Rolle, in der allerdings im Anschluss an eine Reichsgerichtsentscheidung gesagt ist, dass auch Vereinsversammlungen »öffentlich« sein könnten, wenn der Verein so gross, seine Organisation so lose, Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft an so geringe Voraussetzungen geknüpft wären, dass die Mitglieder nicht mehr einen geschlossenen Personenkreis bilden. Dieser Satz der Begründung kann aber nicht die Bedeutung beanspruchen, die diese Praxis ihm beilegt. Er erregte im Reichstag lebhaften Widerspruch, und es wurde der Reichsregierung gerade heraus gesagt, dass damit die Versammlungen von politischen Arbeitervereinen allgemein unter Polizeiaufsicht gestellt werden sollten, während die Behörden es in der Hand haben würden bürgerliche Vereine damit zu verschonen. Der Staatssekretär des Innern gab darauf eine seiner Beschwichtigungserklärungen ab, und versprach, dass nur in besonderen Ausnahmefällen, etwa bei einer zur Umgehung des Gesetzes bestimmten fingierten Vereinsbildung, eine Vereinsversammlung als öffentlich behandelt werden sollte. So erreichte er es, dass die liberalen Mitglieder der Reichstagskommission ihren eigenen Verbesserungsantrag, der Vereinsversammlungen der Polizeiaufsicht entziehen wollte, fallen liessen und den sozialdemokratischen Antrag niederstimmten.

Die Praxis kümmert sich nun gar nicht um die Erklärung des Staatssekretärs son-

dem klammert sich an den Satz der Begründung des Vereinsgesetzes, obgleich die sozialdemokratischen Wahlvereine doch wahrhaftig ernsthaft genug und keineswegs bloss zum Schein bestehen und nicht Ausnahmefälle sondern eigentlich die Normalform politischer Vereine darstellen.

Uns überrascht das natürlich nicht, ergötztlich aber ist es, wie der Abgeordnete Müller-Meinigen, der entgegen anderen Freisinnigen in der Vereinsgesetzkommission der eigentliche Treiber für das Entgegenkommen gegen die Regierung war, sich und die Seinen anlässlich dieser Fälle entschuldigen will: Man habe auf freisinniger Seite wohl gewusst, dass die Behörden sich nicht so schnell in die Ideen der liberalen Politik eingewöhnen würden, und dass noch manche Missbräuche vorkommen würden. Mit Verlaub, das haben die Sozialdemokraten nicht nur gewusst sondern auch gesagt, und sie haben eben deshalb gesetzliche Festlegungen verlangt, die Freisinnigen Müllerscher Richtung haben es aber nicht hören wollen. Will der Block darauf warten, dass die Bureaukratie in Preussen selber Verständnis für politische Freiheit gewinnt, so muss er sich ein längeres Leben zutrauen als politischen Parteikombinationen beschieden zu sein pflegt, und nun gar diesem Bastard eines Kaninchens und eines Karpfens.

In Thorn hat die Polizei die im Vereinsgesetz enthaltene unwesentliche Erleichterung der Anmeldefrist für Versammlungen dadurch umgehen wollen, dass sie den Lokalinhabern vorschrieb ihrerseits alle öffentlichen und nichtöffentlichen Versammlungen anzuzeigen. Das ist natürlich direkt gesetzwidrig.

Ebenso war es eine flagrante Verletzung des Gesetzes, dass die Polizei in Leipzig einen Vortrag August Forels über Rassenfragen verbot, weil er voraussichtlich gegen das Institut der Ehe gerichtet sein, also gegen das Strafgesetz verstossen würde. Das Vereinsgesetz gestattet zwar Vereine zu verbieten, deren Zweck den Strafgesetzen zuwiderläuft, kennt aber keinerlei Präventivverbot von Versammlungen, wie bei der Beratung mehrfach ausdrücklich festgestellt worden ist. Selbst wenn in einer Versammlung strafbare Äusserungen getan werden, ist eine Auflösung der Versammlung nur in ganz bestimmten, eng begrenzten Fällen zulässig. Das Ministerium hat das Verbot aufgehoben. Den Spott der gebildeten Welt hat die Polizei

gratis. Das ärgste ist, dass hier nicht bloss eine behördliche Ungeschicklichkeit sondern eine planmässige Bosheit verbohrteter Sittlichkeitsfanatiker, die sich der Mitwirkung der Behörde versichert hatten, vorzuliegen scheint.

× Presse und Justiz ×  
Das Landgericht Cassel hat den Genossen Hauschild wegen Beleidigung von Mitgliedern des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie zu 500 M. Geldstrafe verurteilt. Hauschild hatte als Redakteur des Volksblatts für Hessen und Waldeck die Niedrigkeit der Taktik der Reichsverbändler in kräftigen Worten charakterisiert. Eine Anzahl Reichsverbändler in Cassel hatte Strafantrag gestellt. Das Schöffengericht hatte freigesprochen, weil die Äusserungen nicht einzelne Reichsverbändler betrafen, namentlich nicht einen durch örtliche Abgrenzung erkennbaren Personenkreis. Dies entsprach der Rechtsauffassung des Reichsgerichts. Dem Landgericht Cassel ist es nun gelungen, eine wirklich überraschende Begründung für eine Verurteilung zu finden: Weil die Artikel im lokalen Teil des Volksblatts erschienen wären, hätten sich auch die Antragsteller getroffen fühlen dürfen. Die Beweisurträge über die schofle Kampfesweise des Reichsverbandes, die bis weit in bürgerliche Kreise hinein der verdienten Missachtung verfallen ist, wurden abgelehnt.

× Kurze Chronik ×  
Am 10. Oktober hat auch der Ehrengerichtshof der Rechtsanwälte in Leipzig, der aus dem Reichsgerichtspräsidenten, 3 Reichsgerichtsräten und 3 Rechtsanwälten beim Reichsgericht besteht, den Genossen Rechtsanwalt Dr. Karl Liebknecht von der ehrengerichtlichen Anklage freigesprochen, nachdem schon das Ehrengericht der Anwaltskammer in Berlin die Anklage zurückgewiesen hatte (vergl. diese Rundschau in den Sozialistischen Monatsheften, 1908, 2. Band, pag. 637 ff.). Die Staatsanwaltschaft wollte Liebknecht wegen seiner Verurteilung wegen Hochverrats für unwürdig zum Rechtsanwalt erklären lassen, obgleich die vereinigten Strafsenate des Reichsgerichts bereits erklärt hatten, dass seine Tat keineswegs aus ehrloser Gesinnung, sondern nur aus seiner politischen Überzeugung entsprungen wäre. Damit ist dieser Feldzug gegen die Ehre eines auch von seinen politischen Gegnern allgemein geachteten Anwalts elend gescheitert. Liebknecht

hat sich im Ehrengerichtsverfahren ebenso glänzend verteidigt wie in dem Hochverratsprozess.

X **Literatur** X  
*Das Schwurgericht, unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des Reichsgerichts*, für die Praxis dargestellt von J. Feddersen, Landgerichtsrat in Göttingen/Berlin, Liebmann/ ist eine für den praktischen Kriminalisten recht wertvolle Zusammenstellung der zum Teil höchst verwickelten Probleme des Schwurgerichtsverfahrens, namentlich auch der Fragestellung und eine vollständige Erörterung der Rechtsprechung des Reichsgerichts. Voran geht eine Einleitung, in der sich der Autor als Gegner der Schwurgerichte zu erkennen gibt, um mit dem Seufzer zu schliessen, dass diese doch nicht beseitigt werden würden. Damit dürfte er recht haben, und das ist gut für die Rechtspflege, aber auch für den Autor, der sonst sein fleissiges Buch umsonst geschrieben hätte. X Eine Korrespondenz, *Arbeiterrecht* betitelt, gibt Genosse Katzenstein seit dem 1. Oktober heraus; sie soll eine Lücke in der Parteipresse ausfüllen, die in der Tat schon recht schmerzhaft empfunden wird. Das öffentliche Interesse an Rechtsfragen und das Verständnis dafür ist in Deutschland in den letzten Jahrzehnten mehr und mehr gesunken, hauptsächlich infolge der Verflachung der bürgerlichen Presse durch die Entwicklung der sogenannten *unparteiischen*, das heisst Sensationsblätter. Die sozialdemokratische Presse hat eine grosse Aufgabe zu erfüllen, indem sie durch gemeinverständliche, aber gerade den juristischen Kern erfassende, die Rechtsfrage nicht umgehende sondern klar hervorhebende Artikel das Verständnis für diese wichtige Seite des öffentlichen Lebens erneuert. Die juristischen Fragen verlieren keineswegs an Interesse, wenn man auch ihre wirtschaftlichen Zusammenhänge darlegt. Dazu gehört gründliche fachmässige Ausbildung. Die wenigsten Parteiblätter werden in der Lage sein durch eigene regelmässige juristische Mitarbeiter dies Gebiet bearbeiten zu lassen. Die Katzensteinsche Korrespondenz wird ihnen gute Dienste leisten.

#### **Gewerkschaftsbewegung / Ernst Deinhardt**

**Partei und Gewerkschaft** Die letzten Monate brachten wieder einige Vorfälle, die ein bezeichnendes Licht auf das Verhältnis zwischen Partei und

Gewerkschaften werfen. Diese Dinge gruppieren sich sowohl um den Gewerkschaftskongress wie um den Parteitag. Schon vor dem Gewerkschaftskongress wurde von einigen *radikalen* Blättern gegen diesen wegen der Vereinbarung zwischen *Generalkommission* und Parteivorstand in der Frage der Jugendorganisation scharf gemacht. Bekanntlich ohne Erfolg, denn der Gewerkschaftskongress nahm die Vereinbarung einstimmig an. Nun setzte aber nach dem Kongress sowohl wegen dieses Beschlusses wie wegen des Beschlusses in der Maifeierfrage, der sich ebenfalls auf eine Vereinbarung zwischen *Generalkommission* und Parteivorstand stützte, in der Parteipresse eine erneute Kritik gegen den Gewerkschaftskongress und gegen die Gewerkschaftsführer ein, und zwar eine Kritik, die sich keineswegs von Taktlosigkeiten freihielt. Wieder wurden, wie das in einigen Parteiblättern nun einmal stehender Brauch geworden ist, die Gewerkschaftsführer als Kassen- und Zahlenmenschen verschrien, weil sie in Sachen der Maifeier auf eine Regelung der Unterstützungsfrage gedrungen hatten. Das stärkste Stück war aber die Wiedergabe eines Artikels der Londoner *Justice* über den Gewerkschaftskongress, in dem der Kongressbeschluss in Sachen Jugendorganisation als »ein klassisches Beispiel bürokratischer Unwissenheit und Selbstzufriedenheit« bezeichnet, und in dem gesagt war, Genosse Robert Schmidt habe auf dem Kongress »Auffassungen verkündet, die ihm ein Anrecht geben sollten auf den Platz in einem Mumiennuseum in den Reihen der ältesten und respektabelsten englischen Gewerkschaftsbeamten«. Die ganze Übung hatte nur den Zweck den Parteitag zu einer Ablehnung der beiden Vereinbarungen zu veranlassen. Zum Teil ist dieser Zweck auch erreicht worden. Zwar wurde die Vereinbarung in Sachen Jugendorganisation trotzdem akzeptiert, weil es absolut nicht anders ging, ohne die vitalsten Organisationsinteressen der Partei zu gefährden. Aber die Vereinbarung in der Maifeierfrage ist in ihrer wichtigsten Bestimmung, der Regelung der Unterstützung, abgelehnt worden. Zum Schaden der Gesamtarbeiterbewegung wie insbesondere der Maifeier. Denn dieser Beschluss bedeutet sowohl eine Absage an den Gewerkschaftskongress wie ein Desaveu der Parteileitung. Was kommt dabei heraus? Die in den letzten Jahren wiederholt und



vergeblich gemachten Versuche eine Regelung in der Maifeierfrage zwischen Partei und Gewerkschaften herbeizuführen haben nur zu sehr ihre Rückwirkung auf die Massen ausgeübt, und so wird auch der negative Beschluss des Nürnberger Parteitags im Effekt nichts anderes bewirken als eine Beeinträchtigung der Arbeitsruhe am 1. Mai.

Auch nach dem Parteitag macht sich in einigen Parteiblättern eine starke Voreingenommenheit gegen die Gewerkschaftsführer bemerkbar. Der Umstand, dass die Gewerkschafter in Nürnberg für die Budgetbewilliger eingetreten sind, verleitet beispielsweise den *Vorwärts* dazu die Gewerkschaftsbeamten als solche festzunageln, wenn sie sich in den Diskussionen nach dem Parteitag nicht im Sinn der offiziellen Parteimeinung äussern. Der *Vorwärts* hielt den Gewerkschaftsführern, die in Nürnberg gegen die Vorstandsresolution gestimmt haben, sogar ein längeres Privatissimum: Diese Gewerkschafter hätten durch ihre Abstimmung gegen das eigene gewerkschaftliche Interesse verstossen; denn die Gewerkschaften hätten nur ein Interesse an einer einheitlichen Parteibewegung; eine Sezession der Süddeutschen von der Gesamtpartei würde auch zersplitternd auf die Gewerkschaftsbewegung wirken. Wie wenn die Gewerkschafter durch ihr Votum eine Sezession der Süddeutschen billigen oder gar unterstützen wollten! Dieses Votum richtet sich nur gegen jene Richtung in der Partei, die durch ihr unverträgliches, verletzendes Auftreten immer wieder die Einheitlichkeit der Parteibewegung in Frage stellt und der Partei wie der Gesamtarbeiterbewegung schweren Schaden zufügt.

X  
**Gewerkschaftsbeamte** Über das Beamtenelement

in den deutschen Gewerkschaften habe ich mich vor drei Jahren an Hand einer Übersicht der *Generalkommission* ausführlich geäussert (vergl. meinen Artikel über diesen Gegenstand in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1905, 2. Band, pag. 1015 ff.). Dem Hamburger Gewerkschaftskongress lag wiederum eine solche Übersicht über die Zahl und die Gehaltsverhältnisse der besoldeten Beamten in den Zentralverbänden vor, die auch an dieser Stelle Beachtung verdient. Danach hatten die modernen Gewerkschaften am Schluss des Jahres 1907 insgesamt 1625 Beamte. Eine Zahl, die beweist, welch enorme Ent-

wicklung die Gewerkschaften in den letzten Jahren durchgemacht haben, und zwar nicht nur rein äusserlich sondern auch auf den inneren Ausbau der Organisation betrachtet; denn im Jahre 1904 betrug die Zahl der Beamten noch 678, im Jahre 1901 gar nur 324, und im Jahre 1900 269. Im einzelnen haben von den Verbänden Beamte: die Bäcker 36 (im Jahre 1904 19), Barbieri 9 (4), Bauhilfsarbeiter 78 (32), Bergarbeiter 58 (17), Bildhauer 5 (3), Böttcher 7 (3), Brauereiarbeiter 39 (18), Buchbinder 14 (8), Buchdrucker 46 (?), Buchdruckereihilfsarbeiter 15 (7), Bureauangestellten 1 (—), Dachdecker 6 (3), Fabrikarbeiter 110 (24), Fleischer 6 (3), Gärtner 7 (4), Gastwirtsgehilfen 17 (7), Gemeindearbeiter 33 (12) Glasarbeiter 6 (2), Glaser 3 (2), Hafenarbeiter 28 (8), Handlungsgehilfen 11 (4), Handschuhmacher 2 (2), Holzarbeiter 112 (65), Hoteldiener 6 (—), Hutmacher 2 (1), Kupferschmiede 4 (2), Kürschner 1 (—), Lagerhalter 1 (1), Lederarbeiter 3 (2), Lithographen 12 (6), Maler 49 (16), Maschinisten 15 (4), Maurer 107 (64), Metallarbeiter 345 (133), Mühlenarbeiter 5 (2), Photographen 2 (—), Portefeuller 3 (2), Porzellanarbeiter 8 (6), Sattler 7 (2), Schiffszimmerer 1 (1), Schmiede 23 (9), Schneider 44 (23), Schuhmacher 36 (19), Seeleute 12 (7), Steinarbeiter 15 (3), Steinsetzer 10 (4), Stukkateure 6 (2), Tabakarbeiter 15 (5), Tapezierer 14 (7), Textilarbeiter 80 (21), Töpfer 8 (5), Transportarbeiter 92 (43), Zigarrensortierer 2 (1), Zimmerer 46 (28), Zivilmusiker 2 (2). Bei einigen Organisationen, so bei den Fabrikarbeitern, Holzarbeitern, Maurern, Metallarbeitern, Textilarbeitern und Transportarbeitern springt der grosse Unterschied in der Zahl der Beamten zwischen 1904 und 1907 besonders stark in die Augen. Aber gerade diese Verbände haben in den letzten 3 Jahren ihre Mitgliederzahl ausserordentlich stark vermehrt. Damit war schon von selbst die zwingende Notwendigkeit für die betreffenden Gewerkschaften gegeben ihren Beamtenkörper entsprechend zu vergrössern. Aus der Übersicht über die Gehaltsverhältnisse ist zu ersehen, dass sich die wirtschaftliche Lage der Gewerkschaftsbeamten in den letzten 3 Jahren erheblich verbessert hat. Gehälter von über 3000 M. pro Jahr trifft man in mehreren Fällen an. Zumeist bewegen sich die Gehaltsätze allerdings zwischen 2000

und 2500 M. Doch gibt es auch jetzt noch recht viele Fälle, wo Beamte mit einem Jahresgehalt von 1300 oder 1400 M. abgespeist werden.

× **Frankreich:** In der Zeit vom 5. bis zum 10. Oktober fand in Marseille der 16. französische Gewerkschaftskongress, der 10. Kongress der C. G. T., statt. Er war zahlreich besetzt. Nicht weniger als 1402 Mandate waren zugelassen worden. Die Taktik des Vorstandes der C. G. T., die jüngst erst in Paris schweres Fiasko erlitten hatte, wurde lebhaft kritisiert, besonders von den Textilarbeitern, doch wurde sie schliesslich mit 947 gegen 109 Stimmen gutgeheissen. Auch die Haltung des Vorstandes gegenüber den internationalen Konferenzen der Landesgewerkschaftssekretäre wurde mit 858 gegen 284 Stimmen gebilligt. Durch eine mit 722 gegen 444 Stimmen angenommene Resolution wird die Schuld der Nichtbeteiligung der C. G. T. an der Konferenz in Kristiania dieser Konferenz zugeschoben, aber die Beteiligung an der nächsten internationalen Konferenz in Aussicht gestellt, und Abhaltung von internationalen Gewerkschaftskongressen gefordert. Beschlossen wurde ferner innerhalb 6 Monaten einen Einigungskongress aller Organisationen der Metallarbeiter einzuberufen. Ebenso wurde ein allgemeiner Beschluss zu gunsten der Einigung der Berufsverbände gefasst. Seit Jahren schon wird in den französischen Gewerkschaften ein lebhafter Kampf geführt, um eine dem Stärkeverhältnis der Organisationen entsprechende Zusammensetzung des Gewerkschaftskongresses herbeizuführen respektive zu verhindern. Jetzt dominieren auf den Kongressen die kleineren Organisationen, da ihrer Vertretung keine Grenzen gezogen sind. Auf diesem Kongress wurde nun von den Reformisten und Guesdisten der Antrag gestellt den Organisationen die Frage der Proportionalvertretung zum Kongress zur Urabstimmung vorzulegen. Nach stürmischer Debatte wurde der Antrag mit 741 gegen 383 Stimmen abgelehnt. Sehr lebhaft war auch eine Debatte über das bei den Syndikalisten beliebteste Thema *Antimilitarismus und Antipatriotismus*. Im allgemeinen machte sich hier wie auf dem Kongress überhaupt ein Fortschritt der Gegner des Generalstreiks wie der syndikalistischen Taktik bemerkbar. Der Kongress

stimmte mit nur 681 gegen 421 Stimmen für die Resolution Merrheim-Luquet, die sich im Falle des Krieges für Proklamierung des revolutionären Generalstreiks ausspricht.

Der C. G. T. gehören 2586 Gewerkschaften an, die 294 398 Mitglieder zählen.

× **England** In Lancashire, der Zentrale der englischen Textilindustrie, ist ein Lohnkampf ausgebrochen, wie er verhängnisvoller zu diesem Zeitpunkt kaum zu denken ist. In England befindet sich das Wirtschaftsleben zurzeit in einer schweren Krisis; auch die Textilindustrie ist davon betroffen. Schon seit längerer Zeit arbeitete die Industrie mit verkürzter Arbeitszeit; nun versuchte es das Unternehmertum in Ausnutzung der Konjunktur mit einer allgemeinen Lohnreduktion um 5 %. Nach langem Sträuben erklärten sich die Arbeiter bereit in diese Lohnreduktion zu willigen, wenn bis zum Beginn des nächsten Jahres die Konjunktur sich nicht gehoben habe. Die Unternehmer wiederum wollten mit der Lohnreduktion bis Januar warten, verlangten aber, dass die Arbeiter sich dann die Lohnreduktion bedingungslos gefallen lassen sollten. Eine Zeitlang hatte es den Anschein, dass ein Streik vermieden werden könnte, da erklärten die Kardierer sich gegen jede Lohnherabsetzung, was den Kampf fast auf der ganzen Linie zur Folge hatte. Gegen 530 Fabriken stehen still, und weit über 100 000 Arbeiter sind am Kampf beteiligt. Allgemein ist man der Ansicht, dass dieser Kampf langwierig sein wird; denn die Arbeiter verfügen über wohlgefüllte Kampffonds und die Unternehmer können ihn bei dem ausserordentlich flauen Geschäftsgang lange aushalten.

× **Italien: Gewerkschaftskongress** Vom 6. bis zum 10. September tagte in Modena der 7. italienische Gewerkschaftskongress respektive der 2. Kongress der *Confederazione del Lavoro*. Da darüber hier schon ausführlich berichtet worden ist (vergl. den Artikel Pagliaris *Die Bedeutung des Gewerkschaftskongresses in Modena* in diesem Band, pag. 1319 ff.), begnüge ich mich mit einem kurzen Resumee. 216 148 Gewerkschaftsmitglieder wurden auf dem Kongress von 300 Delegierten vertreten. Die Beratung des Rechenschaftsberichts gab den Syndikalisten Anlass die Hal-

tung des Exekutivkomitees bei dem Landarbeiterstreik in Parma und dem angekündigten Eisenbahnerstreik im vergangenen Frühjahr abfällig zu kritisieren, doch wurde sie von der übergrossen Mehrheit gebilligt, und die Gesamttätigkeit des Komitees gutgeheissen. Unter anderem wurde auch beschlossen, dass die auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden, aus den Gewerkschaften hervorgegangenen Genossenschaften der *Confederazione* angehören können. Ferner wurde in der Frage der Streikunterstützung bei grösseren Streiks eine feste Regelung getroffen. Ausserdem gelangte gegen 7 Stimmen eine Resolution zur Annahme, die die Beziehungen der *Confederazione* zu den politischen Parteien in dem Sinn regelt, dass ein Zusammengehen mit allen die Klassenkampfmethode akzeptierenden und Programm wie Methode der *Confederazione* anerkennenden Parteien möglich sein soll. Der *Confederazione* gehörten am 30. Juni 306 957 Mitglieder an, gegen 190 422 im Vorjahr. Der Kongress hat in Italien viel Beachtung gefunden.

× ×  
**Kurze Chronik** Am 3. Oktober verstarb in Stuttgart der Gewerkschaftssekretär Otto Näther. Der Verstorbene hat sich um die Gewerkschaftsbewegung grosse Verdienste erworben. Er stand mehrere Jahre an der Spitze der Berliner Metallarbeiterbewegung, wobei er seinen Einfluss für den Anschluss des Lokalvereins an den Metallarbeiterverband geltend machte. Auch in Stuttgart entfaltete Näther eine erspriessliche Tätigkeit. Seine Dienste, die er der Arbeiterbewegung leistete, sichern ihm unter den organisierten Arbeitern ein gutes Andenken. × Am 1. Oktober hat der Holzarbeiterverband seinen Sitz von Stuttgart nach Berlin verlegt. × In dem Portefeuillerverband wird eine Urabstimmung vorgenommen über die Frage der Verschmelzung dieser Organisation mit dem Sattlerverband. Im Formstecherverband ist durch Urabstimmung mit 329 gegen 68 Stimmen der Übertritt dieses Verbandes zum Lithographenverband beschlossen worden.

× ×  
**Literatur** In seiner Schrift *Das Unterstützungswesen bei den deutschen freien Gewerkschaften* /Jena, Gustav Fischer/ gibt Dr. Brüggerhoff eine in der Haupt-

sache durchaus zutreffende Schilderung der gewerkschaftlichen Unterstützungseinrichtungen. Mitunter macht sich auch in diesem Buch ein gewisses Voreingenommensein gegen die Tendenz der modernen Gewerkschaften bemerkbar; infolgedessen kommt der Verfasser an einigen Stellen zu schiefen Schlüssen, besonders bei Beurteilung der Reiseunterstützung. Neu ist auch die Unterscheidung des Verfassers zwischen *radikalen* und anderen freien Gewerkschaften. Sonst bietet das Buch manch treffende Charakteristik gewerkschaftlicher Einrichtungen. × Über die Gründungs geschichte und den Charakter des *Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverbandes*, der Wiesenthalschen Sonderorganisation, orientiert sehr gut eine vom Vorstand des *Deutschen Metallarbeiterverbandes* in Stuttgart kürzlich herausgegebene Schrift *Material zur Beurteilung des Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverbandes*. × Aus der Fülle der Protokolle über gewerkschaftliche Tagungen sei nur auf das über den Hamburger Gewerkschaftskongress verwiesen, das für jeden Gewerkschaftsinteressenten unentbehrlich ist. × Das im Auftrag der *Generalkommission* von Joh. Sassenbach herausgegebene *Verzeichnis der in deutscher Sprache vorhandenen gewerkschaftlichen Literatur* liegt nunmehr schon in 3. Auflage vor. Es ist im Umfang bedeutend erweitert worden und verzeichnet auch wichtige Artikel gewerkschaftlichen Inhalts, die in den deutschen sozialdemokratischen und sozialpolitischen Zeitschriften erschienen sind. Das Schriftchen dürfte zurzeit denn auch die beste Übersicht über die deutsche gewerkschaftliche Literatur bieten. × Über die Tendenzen, die man unter der Bezeichnung *christliche Arbeiterbewegung* zusammenfasst, bietet die Schrift *Die christliche Arbeiterbewegung in Süddeutschland* von M. Gasteiger /München, *Verband süddeutscher katholischer Arbeitervereine*/ eine gute Übersicht; sie enthält vor allem ein interessantes Material über die Gründungsgeschichte der christlichen Gewerkschaften.

**WISSENSCHAFT**

**Psychologie / Otto Lipmann**

**Sozialpsychologie** Die menschlichen Individuen haben sich seit Urzeiten zu Familienverbänden, Horden, überhaupt zu sozialen Ge-

meinschaften zusammengeschlossen. Ja, dieser soziale Zug erscheint so sehr als ein Charakteristikum des Menschen, dass beispielsweise Wodon (*Sur quelques erreurs de méthode dans l'étude de l'homme primitif* /Brüssel, Misch & Thron/) sagt, asozial können nur nicht-menschliche Vorfahren des Menschen gewesen sein; *homme sozial* sei ein Pleonasmus. In seinem im gleichen Verlag erschienenen *Esquisse d'une sociologie* führt Waxweiler diese Eigentümlichkeit des Menschen auf einen *sozialen Trieb*, eine *soziale Affinität* zurück, die beim Menschen vermöge der Sprache einen so hohen Grad besitzt, dass dadurch die Gesellschaftsbildung des Menschen mit solchen der Tiere völlig unvergleichbar und qualitativ von ihnen verschieden wird. So versucht es Waxweiler die sozialen Phänomene durchaus auf psychische Eigenschaften des einzelnen Menschen zurückzuführen; die Soziologie hat nicht von der Gesellschaft sondern vom Individuum auszugehen. Freilich wird man dazu die Einschränkung machen müssen, dass nicht das isolierte sondern nur das Individuum innerhalb seiner natürlichen Umgebung Gegenstand der Beobachtung sein kann; nur dann zeigen sich Phänomene, wie Sprache, Mythos, Religion, Kunst, Sitte, Recht, wie sie Wundt zum Gegenstand seiner *Völkerpsychologie* /Leipzig, Engelmann/ macht. Andererseits ergibt so das Zusammenwirken einer aus einzelnen Individuen bestehenden Gemeinschaft nicht nur ein Mehr sondern etwas qualitativ Neues gegenüber den Leistungen der einzelnen Individuen; aber es ist darum doch nicht nötig anzunehmen, dass den sozialpsychologischen Phänomenen eine besondere, überindividuelle Seelensubstanz zu grunde liege, wie wir ja heute auch in der Individualpsychologie kaum mehr von einer Seele sondern nur noch von psychischen Funktionen sprechen.

Wenn wir den Ausführungen Rothackers *Über die Möglichkeit einer Völkerpsychologie in der Zeitschrift für angewandte Psychologie und psychologische Sammelersforschung*, 1908, 2. Band, pag. 382 ff. folgen, so haben wir von dieser eigentlichen Völkerpsychologie oder Psychologie der Gesellschaft, das heisst von den sozialen Wirkungen, die — nach Waxweiler — vermöge der sozialen Affinität der Einzelindividuen zustande kommen, ihr Gegenstück, die Psychologie des sozialen Individuums

unter dem Einfluss der Gesellschaft, zu unterscheiden. Le Bon untersucht in seiner *Psychologie der Massen* /Leipzig, Klinkhardt/, welche Veränderungen das individuelle Seelenleben erleidet, wenn das Individuum einer *Masse* angehört: es wird dadurch unintelligenter, impulsiver, wandelbarer, erregbarer, suggestibler, leichtgläubiger, überschwänglicher, intoleranter, unlogischer, phantasievoller. Diese Wirkungen, insbesondere auf die Anschauungen und Überzeugungen haben mehrere Ursachen: mittelbare, nämlich die Rasse, der die Masse angehört, und ihre Traditionen, sowie unmittelbare, wie Bilder, Wörter, Formeln, Illusionen und die Erfahrung. Diese Wirkungen werden insbesondere durch die Führer der Massen ausgeübt, die durch ihre *Prestige* zu solchen prädestiniert sind, und deren Überzeugungsmittel hauptsächlich immer wiederholte Behauptungen sind. Le Bon unterscheidet folgende Arten von Massen: 1. heterogene, und zwar anonyme, wie Strassenansammlungen und nicht anonyme, wie Parlamente, und 2. homogene, und zwar Sekten, Kasten und Klassen. Er beschäftigt sich in dem genannten Buch nur mit den heterogenen Massen näher und behandelt in einzelnen Paragraphen die sogenannten *kriminellen Massen*, die Geschworenen, die Wählermassen und die Parlamente. Seine häufig sehr instruktiven Beispiele entnimmt er vorzugsweise der Geschichte der französischen Revolution. Behandelt Le Bon ein Teilgebiet der Sozialpsychologie, so entwirft uns Hellpach in den *Geistigen Epidemien* /Frankfurt a. M., Rütten & Loening/ eine populäre sozialpsychopathologische Skizze. Er definiert sozialpathologische Erscheinungen als »solche seelischen Krankheitserscheinungen, deren Wesen von sozialen Momenten bestimmt oder doch erheblich mitbestimmt ist. Hellpach behandelt von der grossen Zahl der sozialpathologischen Phänomene nur die geistigen Epidemien, das heisst nur diejenigen *Massen* erkrankungen, die durch Ansteckung bewirkt werden. Eine geistige Ansteckung nun kann zu stande kommen durch Einredung, durch Einfühlung und durch Eingebung. Jede Psychose, jede Psychopathie kann Herd einer seelischen Epidemie werden, aber natürlich bewirkt die Ansteckung nun nicht, dass das Opfer von genau der selben Psychose oder Psychopathie ergriffen wird; vielmehr ist die Form, in der die Erkrankung bei dem Angesteckten auf-

tritt, im wesentlichen abhängig von dessen psychischer respektive psychopathischer Konstitution, und sie besteht im wesentlichen in der Nachahmung von Symptomen jener Ausgangskrankheit. So sind die Opfer geistiger Epidemien grösstenteils Erschöpfte, Überspannte, Erregte, und die Form der Epidemie meist Hysterie oder auch Neurasthenie.

× ×

**Kurze Chronik** In Brüssel besteht ein von Solvey gegründetes *Institut de Sociologie*, dessen Direktor der bereits obengenannte Waxweiler ist. Aus Waxweilers Buch hole ich noch etwas über die Methoden der Soziologie nach, woraus man sich auch ein Bild über die Arbeitsweise des genannten Instituts machen kann. Waxweiler zählt die folgenden 6 Methoden auf: 1. die direkte Beobachtung, 2. das Experiment und die Enquete, 3. die indirekte Beobachtung, wie die Geschichte, 4. die Statistik, 5. die Methode der Konkordanz, bei der aus dem Zusammenreffen zweier Erscheinungen auf einen kausalen Zusammenhang geschlossen wird, und 6. den Schluss von der Gegenwart auf die Vergangenheit (*doctrine actualiste*). × In diesem Zusammenhang verdient auch das von Lamprecht in Leipzig neugegründete *Seminar für Kultur- und Universalgeschichte* Erwähnung. Lamprecht macht mit der Anwendung des biogenetischen Grundgesetzes Ernst: Man kann die seelische Entwicklung der Völker nur dann verstehen, wenn man sie zu der seelischen Entwicklung der Einzelindividuen in Parallele setzt. So werden denn in dem genannten Institut insbesondere auch die Erzeugnisse kindlicher Kunstbetätigung verarbeitet. × Auf dem internationalen Philosophenkongress zu Heidelberg war auch eine Sektion der Psychologie gewidmet. Ihre Vorsitzenden waren Münsterberg von der *Harvard University* und Hellpach-Karlsruhe. Von den dort gehaltenen Vorträgen seien die folgenden erwähnt: Royce *The nature of truth in the light of recent discussion*; Külpe *Beitrag zur Gefühllehre*; Hellpach *Klima, Wetter und Landschaft in ihren Einflüssen aufs normale und abnorme Seelenleben*.

× ×

**Literatur** Zwei populäre Publikationen, die sich mit der Nervosität befassen, seien hier erwähnt. Die eine, Adalbert

St. Phar *Angst* /Leipzig, Webel', bietet dem Psychologen wenig Beachtenswertes; mögen die praktischen Ratschläge, die der Verfasser gibt, auch ganz zutreffende sein, so müssen die theoretischen Ausführungen doch häufig Befremden erregen. Über die Theorie der Hypnose zum Beispiel aussert der Verfasser — vielleicht in dem übertriebenen Bestreben die Dinge populär darzustellen — Ansichten, die geradezu als völlig verfehlt bezeichnet werden müssen. Um so auffallender ist es, dass er, der über psychologische Grundfragen durchaus mangelhaft orientiert erscheint, den Psychologen den (übrigens unberechtigten) Vorwurf machen zu müssen glaubt, dass sie sich dem Hypnotismus gegenüber ablehnend verhielten. × Die andere Abhandlung, *Über Nervosität* von A. Elzholz, erschienen im Jahresbericht 1906 der Gremialkrankenkasse der Wiener Kaufmannschaft, gibt dagegen eine durchaus korrekte Darstellung des Wesens, der Ursachen, der Verhütung und Behandlung der in Frage stehenden Erkrankung. × Für Th. Eichberg (*Psychologische Probleme* /Stuttgart, Strecker & Schröder/) stehen Fragen der Pädagogik im Mittelpunkt des Interesses; sein Buch enthält auch manche recht beherzigenswerte pädagogische Winke. Den rein psychologischen Ausführungen kann ich nur teilweise beipflichten, so denen über den Willen. Dagegen hege ich Bedenken gegenüber der Meinung des Verfassers, »dass die angeborene Anlage der Menschen vorwiegend gleich ist«, dass also alle Unterschiede der Charaktere, Begabungen usw. sowie auch die psychologischen Verschiedenheiten der Rassen, Nationen in letzter Linie auf Milieueinflüsse zurückzuführen sind. Auch mit dem, was Eichberg über den Betrieb der praktischen Psychologie sagt, kann ich mich nicht einverstanden erklären. Im allgemeinen aber sind die vorgetragenen Ansichten doch nicht, wie der Verfasser in allzu grosser Bescheidenheit sagt, »mehr kühn als richtig«. × Einen ganz kurzen Streifzug durch die Psychologie, noch dazu mit reichlichen Seitenblicken in das Gebiet der Metaphysik, unternimmt R. Levi in seinem Vortrag *Die Menschenseele* /München, Gmelin/. Auch ihrer Form nach trägt die kleine Schrift mehr poetischen als wissenschaftlichen Charakter, weshalb mit den Ansichten des Verfassers nicht weiter gerechnet werden soll. × Ist auch die

Frage, woher die tiefe Abneigung weiter Volkskreise gegen die Homosexualität stammt, ein sozialpsychologisches Problem? Wenn man M. Hirschfeld, dem Verfasser der Schrift *Sexualpsychologie und Volkspsychologie* /Leipzig, Wigan/ glauben wollte, so wäre die Tatsache dieser Antipathie sogar wohl eine Art *geistiger Epidemie*. Ein wissenschaftlicher Nachweis hierfür wird freilich in der genannten Schrift nicht erbracht und kaum versucht, woran wohl die allzu grosse Aktualität der Frage, die direkte Bezugnahme auf die bekannten Prozesse der letzten Zeit und die persönliche Engagiertheit des Verfassers die Schuld trägt. X Ebenso vermisst man eigentlich psychologisches Material in der neuen Zeitschrift *Polis*, herausgegeben von W. Zürcher in Zürich, die, wenigstens nach den mir vorliegenden Heften zu schliessen, den Untertitel *Sozialpsychologische Rundschau* durchaus zu Unrecht trägt. Auch hier tritt die Wissenschaft gegenüber der Tendenz — wie es scheint, einer anarchistischen — allzu sehr in den Hintergrund. In wirklich wissenschaftlicher Weise dagegen werden sozialpsychologische Erscheinungen in einer neuen französischen Zeitschrift, der *Revue de Psychologie sociale* behandelt; so die Weinbauerkrise in Südfrankreich von M. Angé-Laribé, die Beziehungen zwischen Literaturgeschichte und Soziologie von H. Chatelein, die Stellung des Richters zum Recht und zum Verbrechen von M. Bicking, die Frage der Jugendgerichte von E. Hermann usw.

## KUNST

### Dichtkunst / Max Hochdorf

#### Jünglingsbücher

Noch ist es nicht lange her, dass die Romane vom Knaben modern waren. Die grosse Kraft Musils erwarb sich nur wenige Bewunderer, dagegen erhitze Otto Speyer einige Kritiker zum Enthusiasmus. Nach den Romanen vom Knaben kommt jetzt das Buch vom Jüngling zu Ansehen. Nicht mehr das Erwachen des Menschen ist das Thema sondern seine Entfaltung, das Stämmigwerden des Baumes, der aus einem Reislein erwuchs. Eine grosse Anzahl solcher Romane liegt mir vor. Viele taugen nur ein unbedeutendes, aber mancher ist doch im Überfluss, der beachtet werden soll. Ich habe aus den ersten Büchlein des Max Brod, besonders aus einem

zuchtlosen Skizzenbändchen, keine Begegnung und keine Zukunft herauslesen können und freue mich, dass sein jüngstes Werk mich bekehrt. Denn Brod hat einen grossen Fortschritt gemacht, einen umfangreichen Roman *Schloss Nornepygge* /Stuttgart, Juncker/ geschrieben, der immerhin Talent verrät. Man sieht hier ganz deutlich, dass der junge Mann erst ein Stümper gewesen ist, dass er sich nicht aus einer missverstandenen Originalitätssucht losreissen konnte, um einer ehrlichen Objektivität entgegenzustreben. Da sind ein paar unfruchtbare Einleitungskapitel, die nicht nach dem Willen des Verfassers eine verkehrte Welt geistreich darstellen sondern in Stil und Gestaltung völlig missrieten. Hier wird der Jüngling Nornepygge skizziert, sein krankhaftes Ästhetentum, seine Sucht als eine Spezialität das Leben zu durchwandern. Nornepygge soll ein Übermensch sein oder vielmehr eine Karikatur des Übermenschen. Nicht im Geist wirkt seine Hoheit sondern in den Nerven. Er unterscheidet sich von der Herde durch die Eigenheit, mit der er seine Freundschaftsmähler einrichtet, sein nie gesehenes Variététheater, seinen Staat der befreiten Sklaven. Nach der Einleitung, die trotz ihrer exotischen Ausserlichkeit banal ist, folgt der langsame Aufstieg. Der wird begonnen mit der Schilderung einer wilden Sinnensorgie. Nornepygge lädt alle Menschen, die fähig sind im tosenden Brunstbacchanal bis zur ekigen Erschöpfung zu rasen. Während aber Mann und Weib keine Rücksicht mehr kennen, und die Nacktheit des Fleisches eins geworden ist mit der Nacktheit des Gedankens, rettet sich Nornepygge zur sanften, schmachtenden Liebe. Er gewinnt als Lebensbegleiterin ein alltägliches, folgsames Geschöpf. Und nun zerfällt er mit der lieben Hausfrau, da seine Augen weiter sehen, den Rausch des Verführers und des Herrschers. Schwierig ist es die Geschichte nachzuerzählen, die aus Phantastik, Realität und Sehnsucht gemischt ist. Unmöglich ist es in logischer Anreihung Nornepygges Schicksale zu berichten, die aus Regellosem, Zufälligem und Ungeahntem werden. Nornepygge, ein Herrscher der Massen, ein Herrscher im Liebesreich, soll König werden im Fabelstaat der Brodschen Erfindung; aber er hat den Ekel nach seinem Rausch, und er hängt am Strick, den er sich selbst gedreht hat, als ihm die Erde jubelt. Vorläufig bleibt nicht die Geschichte in

der Erinnerung haften sondern Szenen aus ihr, Bilder, ein paar prachtvoll gefundene Wendungen und Worte. Wenn ich mich umsehe unter den Jüngsten, so traue ich jetzt dem Brod zu, dass er sich vielleicht einen festen Stand erkämpft. Der Jüngling Brod ist ein Schwärmer, ein schmachtender Gesell, der noch vom Enthusiasmus Gutes erhofft. Der gesetzte, behäbige, rundliche Fünziger Gustav Wied ist gedämpfter, sehnsuchtsloser, enttäuschter, ruhiger, zufriedener und gerechter. Und in solcher Stimmung erzählt er auch ein Jünglingsleben *Aus jungen Tagen* /Stuttgart, Juncker/. Er ist es seiner Würde schuldig, dass er seinen Jüngling nicht blindlings preist. Er belächelt ihn mehr, er sagt sein Leben ironisch her und überlegen, nachdem er es zwanzig Jahre und mehr noch überdacht hat. Die Gewissenskämpfe des Jünglings sind keine Revolutionen mehr sondern gelinde Stürme. Die Liebe des Jünglings ist kein Brand mehr sondern ein nervöses vom Klugen leicht löschbares Feuer. Wieds Jüngling ist ein Schulmann, ein bissiger Freidenker, der wegen einiger moralischer und politischer Schwerenötereien ins Gefängnis wandert und die nahrhafte Stelle verliert. Aber der Jüngling ist ein begabter Kerl, ein fleissiger Mensch, und immer werden wir zu dem Glauben angehalten, dass hier ein herrlicher Bürger vor uns stehe. Nur die Dummheit der Menschen sieht das nicht. Die Dummheit der Menschen. Sie ist Wieds geliebtester Stoff, und er verspottet sie famos. Ich schätze diesen Kämpfen gegen die Dummheit. Ich halte ihn zwar für gröber als Mirbeau und Courteline, aber ich verachte die Verkleinerer, die in ihm nur den Spassmacher, nicht den weisen Sittenrichter sehen.

Nun kommt ein Abstand, und spät nach den starken Talenten folgen kleinere. An deren Spitze mag Heinrich Michalski mit seinem Roman vom *Sieg der Stärkeren* /Berlin, Wedekind/ stehen. Julius Hart führt mit seiner gütigen, gefälligen Hand den Schriftsteller ein. Michalski ist nun durchaus kein Dichter, kein Seelendeuter, kein Fabulierer, kein freier Künstler. Er ersetzt diese Fehler beinahe durch eine Teilnahme für absichtige Menschen, für Stiefkinder des Glücks, die nicht zu geordnetem Lebenswerk kamen. Er sieht in diesen bald verwahrlosten bald verlorenen bald auch verleumdeten und verkannten Menschen noch das Schöne, das

Heilige, das sie wert macht, das sie im Urteil der Aufgeklärten weilt. Aber er will sagen, dass er mit seiner Gerechtigkeit ziemlich vereinsamt ist, dass die Ungerechten in der Welt überzählig sind, dass sie den Kärner der Gedanken vorziehen einem leuchtenden Anreger, dass sie die nützliche, untertänige Arbeitskreatur vorziehen der originellen ideenschaffenden Intelligenz. Das kleine, zähe Menschlein siegt tückisch über den grossen Menschen, den winzige Besorgtheit ekelt. Das ist der Sieg der Stärkeren. Und Julius Hart deutet an, dass sein Freund ein aus eigenen Erfahrungen strömendes Bekenntnis schrieb. Bekenntnisse und Beichten sind niemals künstlerisch ausgeformt. Der Bekennende stammelt und stöhnt. Er ist zu hitzig, um an das Formelle seiner Schrift zu denken.

Es ist sehr von Wichtigkeit, ob einer das Leben des Jünglings als beglückter Freund der Vergangenheit schreibt oder als Eiferer, der Jugendlehrer anklagt und brandmarkt. Michalski ist ein Eiferer, ein Revolutionär, Kurt Aram, der gemässigte und milde Schriftsteller, ist ein Optimist. *Jugendsünden* heisst sein Buch /Berlin, Fleischel/. Sein Jüngling ist gar der Sohn eines Pädagogen, der aber von Erziehung nicht die geringste Kenntnis hat. Der junge Mensch löst sich aus eigener Kraft und nur mit der sachten Hilfe eines freundlichen Greisenpaares aus den gefährlichsten Irrungen. Er erwirbt die echte Gläubigkeit, den echten Fleiss, die echte Liebe. All das eigentlich trotz seiner Umgebung. Und so sind die *Jugendsünden* für ihn eine Läuterung, eine Erhebung. Solch Schluss ist immer willkommen, eine Tröstung für sanfte, friedliche Gemüter. Zu denen aber redet Aram. Er redet viel emsiger, viel schmeichelnder zu ihnen, besser und geschmackvoller als in dem überlauten Roman des *Schlusses Etwich*. Einmal erfindet er sogar die ebenso unwahrscheinliche wie liebenswürdige und rührende Irrfahrt eines jugendlichen Liebespaares. Und darin zeigt sich, dass er über die gewöhnlichen Erzähler hinausragt.

Jetzt ist der Jünglingsroman nicht mehr persönliche Angelegenheit, das dem Poeten notwendige Werk, sondern nur ein Stoff, ein Thema, ein Problem, ein stilistischer Versuch. An Ernst Schur prägt sich das am deutlichsten aus. Er hat einmal Berlin in Strophen besungen, und da er vor der Überschwänglichkeit zurückschreckte, photo-

graphierte er mit Worten, beschrieb er, schilderte er. Er machte früher gar nicht den Versuch das Leben der *Steinernen Stadt* zu symbolisieren. Jetzt aber wollte er mehr: im Gegensatz zur engen Stadt die ewige Weite der ganzen Welt. Und in dieser Welt, die ihm offenbar wird als Meeresunendlichkeit in Sonne oder Nebel, lebt ein Paar in *Einsamer Liebe* /Berlin, Oesterheld/. Liebender und Geliebte staunen über die Pracht und Erhabenheit der Natur, und während der Mann, ein Denker und ein Poet, über die Art der Geschlechter grübelt, über die Hässlichkeit der gewöhnlichen Ehe, über den Adel der freien und vornehmen, wird die Geliebte reif dem Manne im Sonnenschein und Himmelsleuchten und Windwehen das Letzte zu schenken. Eine stille, beschauliche Idylle wollte Ernst Schur schreiben, eine Geschichte von Seelen, denen meist die Heiterkeit begegnet, die zur Traurigkeit selten geführt werden. Aber das gelang ihm nicht ganz. Wenn seiner Prosa auch nicht die Innigkeit mangelt, eine herzliche Frömmigkeit, so spürt man doch, dass der Verfasser gar nicht einfach und schlicht ist. Und dennoch lobe ich den Hang zu einer kindlichen, ergebenen Versunkenheit. Viel Lyrik ist in dem Buch vorhanden.

Der Jüngling wächst zum Manne, weil er sich von der Natur heben und halten lässt. Er wird zerknickt und geht ein, da er sich vom Natürlichen entfernt. Das ist das Ende Martin Staubs in Albert Geigers Geschichte /Berlin, Concordia/. Ein Kunstjüngling, der vom Vater schöne Gaben, aber ein verlorenes Herz geerbt hat, kann beides nicht ausgleichen. Er wird vom Herzen vernichtet, und der Selbstmord ist sein Ende. Das hat Geiger ohne Glanz und auch sehr gebunden an das Konventionelle erzählt.

Um das Thema vom Jüngling ist auch der Roman vom *Amerikaner* der Gabriele Reuter /Berlin, S. Fischer/ geschrieben. Der Jüngling war ein Tunichtgut. Er ging nach Amerika, erwarb dort kein Geld sondern nur die Fertigkeit einer freien Seele. Mit der bringt er erst Missvergnügen in ein dumpfiges Adelshaus, dann aber doch Glück, Reichtum, Hochzeitsgelegenheiten. Er selber — er hat sich nach dem Volksspruch die Hörner abgelassen — heiratet ein Prachtmädel, das schon nah am Verschrumpfen war. Gabriele Reuter gibt

hier nicht viel von ihrer guten Kunst, sie schrieb einen Familienroman. Viele werden ihn gern lesen.

In ihren Spuren, mit geringerem Ehrgeiz allerdings, wandeln dann zwei Männer, Erich Köhler und Josef Buchhorn. Köhlers Roman heisst *Ein Sieger* /Berlin, Kontinent/. Das ist ein Lyriker, der ein schlechter Versemacher, doch ein anstelliger Kopf ist. Er jagt die Geliebte des Leids zum Teufel, er lässt sich von einer lasterhaften Warenhausbesitzersgattin sinnlich abstrapazieren und hernach an ein reiches Gänschen verheiraten. Dass er es über sich bringt die Jugend so fortzuwerfen ist sein Sieg. Derart sieht im Gehirn wenig begabter Autoren das Problem vom Jüngling aus. Buchhorn erzählt einen Tübinger Studentenroman, *Die Hohenstaufen* /Berlin, Taendler/. Also Paukbodenromantik, ein wenig Naturschwärmerei, viel, viel Suff, Bummel und zum Schluss zwar ein Bierherz, aber ein goldenes. Die alten Dinge, Ereignisse und Bräuche gewinnen durch Buchhorn einen gewissen Glanz. Am besten kritisiert man das Buch auch mit einem Ausdruck des Bierstichs: Es ist mit einem gewissen Schmiss heruntergeschrieben. Das ist nicht für die Literaturgeschichte, aber für den Rucksack und das Eisenbahnkupee.

×

**Kurze Chronik** Vier Romane Bernard Shaws sind jetzt deutsch bei Ledermann in Berlin erschienen. Es sind Jugendarbeiten von verschiedener Bedeutung. Während der *Amateursozialist* nicht sehr witzig ist, gelang die Satire auf Standesurteile in *Cashel Byrons Beruf* nicht übel. Die *törichte Heirat* und *Künstlerliebe* stehen diesem Buch bedeutend nach. × Zwiefach ist wiederum versucht worden einen Roman der homosexuellen Männer zu schreiben. Die Verfasser nennen sich nicht. *Liebchen* /Wien, Wiener Verlag/ ist wertlos und grob. *Daniel Daniela, aus dem Tagebuch eines Kreuzträgers* /Berlin, Concordia/ ist im Stil besser, aber doch sentimental und nicht ergreifend. × Bei Bruns in Minden wird die deutsche Ausgabe *Flauberts* fortgesetzt, und jetzt sind die *Drei Erzählungen* erschienen. Dr. E. W. Fischer besorgte die Übertragung und Einleitung, und er erweist sich als ein Mann von grosser Kenntnis seines Autors.